

Kritik der westdeutschen Gewerkschaften
Nr. 2

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Die Partei der Arbeit
im Dienste von
Wirtschaft und Nation

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Die Partei der Arbeit im Dienste von Wirtschaft und Nation

Kapitel I

Was an einer nationalen Gesinnung auszusetzen ist – und was sie kostet	5
---	---

Kapitel II

Der praktische Nationalismus des DGB: Arbeit und Lohn für die Nation	21
1. Wie billig ist der Lohn?	22
2. Lohnkampf als Tarifrunde	30
3. Fortschritte der Tarifbewegung	41
<i>Taktik '82</i>	47
<i>Realismus '82: Gewerkschaftliche Null-Lösung</i>	55
4. Das reale Scheingefecht	60
5. „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“	69
<i>Die humane Rationalisierung</i>	71
<i>Vom Recht der Arbeitnehmer – auf ihre Ausbeutung</i>	75

Kapitel III

Die „soziale Gegenmacht“ – Wirtschafts- und Sozialpolitik des DGB	91
--	----

Kapitel IV

Die Mitbestimmung der Gewerkschaft	111
Die Einheitsgewerkschaft = überparteiliche Staatsgewerkschaft	121
Die Basis – das Arbeitsvolk des DGB	124

Kapitel V

Der DGB und die Weltpolitik: Offensiver Nationalismus im Namen der deutschen Arbeit	129
1. Der Internationalismus des DGB	131
2. Ein deutsches Europa	135
3. Unsere Interessen in der „Dritten Welt“	137
4. Solidarität mit Polen	139
5. Deutsche Friedenspolitik	142
6. Gewerkschaft und Bundeswehr: Kriegs- und Arbeitsdienst	146

Kapitel I

Was an einer nationalen Gesinnung auszusetzen ist – und was sie kostet

Die Vorwürfe, die in dieser Auseinandersetzung mit der Politik des DGB erhoben werden, lassen sich in der Kritik zusammenfassen, daß es der westdeutschen Einheitsgewerkschaft weniger um das *Interesse der Arbeiter* zu tun ist als um das der *Nation und ihrer Wirtschaft*.

Diese Kritik wäre keine, würde das Wohlergehen der Lohnabhängigen mit dem Geschäftserfolg der deutschen Industrie und der Stärkung des bundesrepublikanischen Staates zusammenfallen. Sicher – behauptet wird dies oft genug, und nicht nur von den berufsmäßigen Sachwaltern des Allgemeinwohls, von den Politikern. Auch die Gewerkschaften lassen aus dem Munde ihrer Vorsitzenden regelmäßig verlauten, daß das Wohl deutscher „Arbeitnehmer“ prinzipiell und dauerhaft nur durch das *Gelingen deutscher Politik* – im Innern wie nach außen – gesichert werden könne. Seltsamerweise fällt den Vertretern des Volkes ebenso wie denen der arbeitenden Menschheit ihre Weisheit immer dann ein, wenn sie nach guten Gründen dafür suchen, daß eine gerade fällige Maßnahme genau das Richtige für die sei, die den Schaden von ihr haben. Stets beharren sie darauf, daß *Opfer* nicht nur sein müssen, sondern sich letztlich auch immer *lohnen*, wenn sie im Namen der eigenen Nation verordnet und für sie geleistet werden. In diesem Sinne gilt ihnen noch jede durch Gesetz oder im Betrieb beschlossene Beschränkung als „vernünftig“, und dem Verständnis für die „Betroffenen“ fügen sie die Mitteilung hinzu, daß die verfügten Maßnahmen „notwendig“ seien und ihrerseits Verständnis verdienen.

1. So wenig diese demokratische Art, vom Benzinpreis über die Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zur Aufrüstung alles als Auftrag der Bürger und allein in ihrem Wohl ersonnene „Politik der Vernunft“ darzustellen, mit irgendeinem Versprechen aufwartet; so wenig da der *Lohn* für die *Opfer* beziffert wird, so geläufig ist doch *eine* Begründung geworden: die „Betroffenen“ in dieser unserer Demokratie hätten in der FREIHEIT noch allemal einen sehr einleuchtenden Grund, sich auf die Veränderung ihrer Lebensbedingungen einzulassen.

Zunächst fällt am Lob der FREIHEIT eines auf: als Kompliment an den Staat, in dem wir leben und der uns dieses hohe Gut beschert, läßt dieses Lob *keine Unzufriedenheit* gelten. Regt sich einer über die Teuerung der Lebenshaltung auf, so erscheinen seine Anstrengungen beim Einteilen seiner Lohntüte recht banal und weiter nicht der Rede wert, ist erst einmal klargestellt, daß er immerhin in einem freiheitlichen Lande zu Hause ist. *Dankbarkeit* für die Gunst, in FREIHEIT leben zu dürfen, fordern die Festredner der politischen Ordnung bei jeder Gelegenheit – und insbesondere dann, wenn Ansprüche irgendeiner Art erhoben werden. Nichts geht ihnen leichter von den Lippen als der Hinweis auf den Genuß von Rechten, die Bürgern hierzulande *gewahrt* werden. Und kaum haben sie betont, was sie – im Unterschied zu drüben – den „Menschen“ alles „zugestehen“, erläutern sie die *Grenzen* der Freiheit und warnen vor ihrem *Mißbrauch*.

Wohltaten und materielle Vorteile werden also nicht aufgezählt, wenn für Freiheit und damit um Einverständnis mit dem eigenen Staat geworben wird. Auch sind die Zeiten vorbei, als mit dem „Mut zu mehr Demokratie“ die Freiheit zumindest als eine Aufgabe des Staates hingestellt wurde, durch deren Erfüllung er seinen Bürgern mehr *Möglichkeiten*, mehr Lebenschancen eröffnet. Die Vertreter dieser Politik haben es über ein Jahrzehnt an Tatkraft nicht fehlen lassen, und die unangenehmen Wirkungen ihrer freiheitlichen Sozial-, Konjunktur- und Außenpolitik beschwören sie heute als „schwere Zeiten“. Niemand erliegt irgendwelchen Illusionen darüber, wie es gemeint ist

- wenn zur Schonung der Staatskasse mehr Steuern und Beiträge für Versicherungen aller Art erhoben werden und aus demselben Grund beim Unterhalt von Arbeitslosen, Rentnern und bei der medizinischen Versorgung von Kranken ein „Sparprogramm“ veranstaltet wird;
- wenn im Interesse *unserer* – freien – Marktwirtschaft die Einkünfte von Staat, Unternehmern und Banken gar nicht hoch genug sein können, also die Preise kräftig steigen müssen, während die Löhne fallen: sie sind nämlich Kosten;
- wenn zum Schutz derselben Marktwirtschaft und unserer Freiheit das Verhältnis zum Ausland wieder gründlich erneuert wird. Ausländer, die sich in die Bundesrepublik flüchten in der Hoffnung, hier ginge es ihnen besser als in ihren Staaten, müssen sich fragen lassen, ob sie auch wirklich wegen der Freiheit kommen. Wenn sie sich Vorteile ausrechnen, sind

sie „Wirtschaftsflüchtlinge“ und wir können sie nicht „verkraften“. Ausländer, die in Japan leben und billig für den japanischen Export arbeiten, sind ein Vorbild für uns „verwöhnte“ Deutsche. Ausländer in der amerikanischen Regierung sind unsere *Freunde*, die einen Anspruch auf unseren „Verteidigungsbeitrag“ haben, der nicht zu knapp ausfallen darf. Weil nämlich die Ausländer in den Ostblockländern unsere *Feinde* sind, vor denen wir nur dann keine Angst haben müssen, wenn wir so gut gerüstet sind, daß wir sie in die Freiheit zwingen können.

Offenbar verträgt sich die Freiheit nicht nur sehr gut mit Not und Gewalt – zwei Dinge, die die Freunde der Freiheit immer nur auswärts entdecken –; Bescheidenheit und die Bereitschaft zur Unterwerfung unter den Staat, der sie schützt, werden als der ganz selbstverständliche *Preis der Freiheit* gefordert.

2. Mit dem Bekenntnis zur Freiheit ist der erste und wichtigste Schritt zu einer nationalen Gesinnung vollzogen. Wer nämlich die *Abhängigkeit* von seinem Staat zum Anlaß nimmt, dafür zu sein, wird bei der Suche nach guten Gründen für seinen Entschluß noch allemal fündig. Man braucht sich ja nur von den Anwälten der Freiheit die passenden Vergleiche an die Hand geben zu lassen, und schon weiß man, daß der täglich entrichtete Preis für die großzügige politische Führung, die man genießt, wahrlich nicht zu hoch ist.

Da gibt es – das Fernsehen macht sogar farbige Bilder davon – Länder, in denen die Menschen keine Arbeit, geschweige denn etwas zum Beißen haben. Diktatoren schlagen bei jedem Anflug von Opposition mit Waffengewalt zu, so daß einem die nächste Frührschicht eigentlich ganz gemütlich vorkommt. Nur auf eine Kleinigkeit darf ein moderner, demokratisch eingestellter Nationalist nicht verfallen: daß die mit Abscheu vorgeführten auswärtigen Zustände meist in den Zuständigkeitsbereich der eigenen Herren Politiker fallen; daß die deutschen Kanzler und Außenminister Diktatoren durchaus zu ihrem politischen Freundeskreis rechnen und höchstens die bange Frage stellen, ob das Volk irgendwo dahinten oder da unten „reif“ für eine „Rückkehr“ zur Demokratie sei! Umgekehrt ist es richtig, wenn man keinem Zweifel an den Leistungen der Freiheit erliegen will: Zu vergessen hat ein moderner Bürger auf alle Fälle, daß die geschäftlichen und politischen

Beziehungen, die seine einflußreichen Landsleute mit dem Ausland pflegen, irgend etwas mit den „unmenschlichen Verhältnissen“ dort zu tun haben könnten. Nur wer diese Übung beherrscht, ist zu einer gescheiterten *nationalistischen Kritik* fähig. Die eigenen Herrschaften sind unschuldig, also liegt es an den fremden wenn nicht gar am Volk, das es nicht besser verdient. Zum Beweis dafür, daß man es selbst nicht nur *gut getroffen* hat mit seinem freiheitlichen Staatswesen, sondern ein solches Regiert werden auch *verdient*, taugt dann die deutsche Wertarbeit. Deren Siegeszug auf dem Weltmarkt muß ja schließlich etwas mit den eigenen Fähigkeiten zu tun haben auch wenn sich der Arbeitstag eines guten Deutschen von dem seines gastarbeitenden Kollegen gar nicht unterscheidet. Spätestens an den Unsitten der Ausländer, die „wir“ auch noch beschäftigen, wird ja wohl klar, wer da wem überlegen ist. Der Auslandsurlaub liefert die restlichen Beweise!

Durch die vorzügliche Waffe des Vergleichs verschafft sich freilich nur die politische Führungsgarnitur in Staaten wie der Bundesrepublik *ihre Freiheit*. Wer sich dieses nationalen Blicks in die Welt befleißigt und sich ständig die *Verurteilung* des Auslands, der Staaten wie der Völker, zum Anliegen macht; wer jedes Fußball-Länderspiel, jeden Streik und jeden Volksaufstand samt seiner gewaltsamen Unterdrückung auswärts zur Bestätigung dafür heranzieht, wie gut man mit seinem „eigenen“ Land fährt ein solcher Bürger legt seiner Regierung bestimmt kein Hindernis in den Weg. Wer sich als Untertan der offiziellen vergleichenden Besichtigung der Welt anschließt, der will ja seine Minister nicht daran messen, was sie *für ihn leisten*. Er hat sich vielmehr entschlossen, die „Bewältigung“ der politischen Probleme, die als die entscheidenden „seiner“ Nation aufgemacht werden, sehr prinzipiell mit seinen eigenen Anliegen zu verwechseln.

Und dieser Entschluß trägt Früchte nicht erst dann, wenn das Vaterland verteidigt werden muß, weil die Nation in der Macht einer anderen ein untragbares Hindernis entdeckt. Ein anständiger Nationalist fängt bei sich zu Hause an, und zwar damit, daß er sich ein Rechtsbewußtsein zulegt. Daß sein Staat mit Recht und Polizei sämtliche Gegensätze in der Gesellschaft unter Kontrolle hält, damit sich niemand störend gegen das „große Ganze“ bemerkbar macht, leuchtet

ihm ein. Aber natürlich nicht deswegen, weil ihm da einiges aufgehalst und verboten wird, weil er einen „Rahmen des Erlaubten“ serviert kriegt, der ihm zumindest dann einiges verwehrt, wenn er von Arbeit lebt; vielmehr deswegen, weil er die Einschränkung anderer für den besten Schutz seines Interesses hält. Mit Klarheit über die Natur einer Rechtsordnung, die für die Nutzung von Eigentum und die Benutzung von Arbeit sorgt, hat dieser Gerechtigkeitssinn aber wenig zu tun. Er ist auf die angemessene Behandlung anderer Bürger gerichtet, die sich angeblich mehr herausnehmen, als ihnen zusteht. Aus der Unzufriedenheit mit dem mäßigen Erfolg, der sich bei aller Pflichterfüllung noch nicht einmal sicher einstellt, wird da der Anspruch auf ganz viel Recht & Ordnung. An Gesetzesbrechern, aber auch an Hausbesetzern und Demonstranten, an Gammlern und Studenten – freilich nicht an erfolgreich Studierten wie den Machern von Bonn – entdeckt da mancher private Anwalt der Gerechtigkeit seine Vorliebe für einen sauberen und starken Staat, der ohne zuviel Umstände seine Macht geltend macht. Dann muß der „ohnmächtige“ Staat sich schützen vor all dem gefährlichen Volk – im Namen und Auftrag der anständigen Leute, die dann auch nicht mehr vom Leben haben, aber immerhin in einem Lande wohnen, wo keiner zuviel darf!

Ganz als wäre das Recht, die von der Staatsgewalt durchgesetzten Pflichten, eine Waffe des kleinen Mannes bei seiner längst beendeten Karriere, erklärt er sich mit seinem Ordnungssinn zum treuen Gefolgsmann „seiner“ Nation. Dabei macht es ihm auch wenig aus, daß er sämtliche Illusionen über Freiheit verabschiedet. Mit der kritisch gegen seine engere und weitere Umgebung gerichteten Frage „Wenn das alle täten?“ steht ihm schließlich die verantwortliche Prüfung all dessen offen, was er für unerlaubt hält. Empfehlungen an die Staatsmacht, mit ihren Untertanen öfter mal so umzuspringen, wie es in unfreien Ländern Sitte ist, gehören natürlich dazu. . .

3. Es ist auch kein Zufall, daß ein Bürger, der aus seiner Betroffenheit zum Parteigänger seines Staates wird, mit der nationalen Geschäftswelt nicht allzu hart ins Gericht geht. Immerhin entnimmt er seiner Sorge um eine gelungene Politik auch die Weisheit, daß ohne eine gelungene Wirtschaft schon gleich nichts geht. Also gesteht er seinem Staat auch zu, alles für den Nutzen derer zu tun,

die „die Wirtschaft“ heißen. Wenn eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für den Aufschwung gut ist, wird sie eben bezahlt. Wenn die Stärke der deutschen Exportindustrie Steuererleichterungen und Investitionshilfen erfordert, dann muß eben der Staatshaushalt dafür gerade stehen. Daß sich kräftige Lohnerhöhungen nicht mit dem Erfolg der nationalen Wirtschaft vertragen, leuchtet einem Menschen mit nationalem Verantwortungsbewußtsein ohne weiteres ein. Er will ja auch nicht die kommunistische Auffassung vertreten, daß zwischen dem Interesse von Staat und Kapital einerseits und dem von Arbeitsleuten ein *Gegensatz* besteht, den die letzteren immerzu *ausbaden* müssen – als Lohntütenempfänger, als „König Kunde“ und als Steuerzahler. Nein, es ist ihm darauf angekommen, die *Abhängigkeit* von „uns allen“ zu betonen – vom Erfolg des deutschen Geschäftslebens. Und dafür taugt dann auch von seiten eines Geschädigten die Frage, wieviel Lohn und andere Ansprüche die Nation eigentlich verträgt. Oder: ob „wir nicht alle über unsere Verhältnisse leben?“

Daß Abhängigkeit der beste Grund für Vorsicht beim Anmelden der eigenen Wünsche sei, läßt sich ein Nationalist nicht zweimal sagen. Diese „Vernunft“, die er teuer bezahlt – am Arbeitsplatz wie auf dem freien Markt –, leidet auch nicht unter dem sinnfälligen Zuwachs von Reichtum, der sich als Kapital anhäuft oder vom Staat für Rüstung ausgegeben wird. Gegen die gewaltsame Absicherung sämtlicher nationaler Interessen, die sich mittlerweile über den ganzen Globus erstrecken, läßt sich schon deshalb nichts einwenden, weil es *unsere* sind und „wir alle“ eben vom Erfolg unseres Staates in der Welt abhängen. Also muß die Aufrüstung sein. Was das Privateigentum, das sich da anhäuft, anbetrifft, so ist nur dann ein Einwand fällig, wenn sich einer als „zu reich“ erweist. Dann also, wenn Luxus und Verschwendung von Kapitalisten und Politikern öffentlich breitgetreten werden – oder eine Betrugsaffäre, etwas Unrechtmäßiges also, ruchbar wird. Ansonsten verfressen Unternehmer ihr Kapital ja nicht, sondern legen es an und „schaffen Arbeitsplätze“, von denen wiederum alle leben.

Anders steht es wiederum für den nationalistischen Sachverstand mit der Beurteilung von Leuten, denen das Bewußtsein ihrer Ab-

hängigkeit von Staat und Wirtschaft noch nicht recht einleuchten will. Ihnen muß entgegengehalten werden – so als ob man von der Bescheidenheit anderer leben könnte, weil es einem die Nation großzügig zugute kommen läßt, was sie an anderen Bürgern spart –, daß der „*Staat kein Selbstbedienungsladen*“ ist. An Studenten und Rentnern, Krank geschriebenen und Arbeitslosen läßt sich die Logik von Nationalisten studieren, die da in Kraft tritt: die Mißbrauchs- und Schmarotzerdebatte in unserer Republik setzt konsequent die Unverschämtheit fort, die mit der Lüge von den „sozialen *Leistungen*“ in die Welt gesetzt wurde. Von wem der Staat zwangsweise die Gelder einkassiert, wird getrost vergessen – er „verteilt“ milde Gaben und jeder Bürger hält sich für befugt, sich wie eine Kontrollinstanz zu gebärden. Zur freien Diskussion steht erstens nicht, warum der Staat ausgerechnet dann kein Geld für die Versicherten hat, wenn die Beitragszahler auf ihre „Ansprüche“ angewiesen sind. Zweitens ist die Frage überflüssig, wieso so viele Leute krank und arbeitslos sind – wenn sie doch gestellt wird, dann mit der postwendenden Antwort vom „ungesunden Leben“ (das mit der gesunden Arbeit nichts zu tun hat!) und der „Arbeits-scheu“ und den Ausländern, die Arbeitsplätze klauen. Drittens ist die Sorge um die Staatsfinanzen fällig, an denen auf Kosten der Abhängigen *gespart* werden muß. Und viertens ist – der Gerechtigkeit halber – immer zu prüfen, ob die Empfänger der „Leistungen“ diese auch *verdienen!*

Unter dem Rechtstitel des „*Steuerzahlers*“ und allgemein des anständigen Bürgers, der seine *Pflicht* tut, klagen dann an der Erhaltung nationaler Wirtschaftskraft interessierte Menschen die Beschränkung ihrer Mitbürger ein! Daß man an dieser Wirtschaftskraft hauptsächlich selbst durch *Dienste*, und das eben nicht zu knapp beteiligt ist, gilt als der Ausweis der guten Staatsbürgergesinnung – und *die* berechtigt zum Protest gegen die „Genüsse“ anderer im „sozialen Netz“. Daß der Staat dieses Ding als *seine Geldquelle* erhalten will, also mehr dafür kassiert und weniger davon auszahlt, behauptet so schnell keiner. Eher wird die wachsende Staatsschuld so betrachtet, als wäre sie dasselbe wie die Schuldenlast eines Privatmannes, der sich nicht einzuteilen mußte; aller-

dings ohne den Vorwurf an die „*Maßlosigkeit*“ *der Politiker*, sondern mit vernichtenden Urteilen über die Unbescheidenheit ihres Volkes!

Insofern feiert die nationale Einstellung derer, die für Politik und Wirtschaft geradezustehen haben, einen weiteren Triumph über Freiheitsillusionen. Und sie gefällt sich darin, die für ihre Nation *Zuständigen* klar von den *Betroffenen* zu unterscheiden. Den einen gestehen sie die *Freiheit* zu, über die anderen zu verfügen. Den anderen halten sie den *Preis der Freiheit* vor Augen, den sie zu entrichten haben ganz als gehörten sie nicht selbst zu ihnen. Von deren Nationalismus ist nämlich hier die Rede, nicht von den öffentlichen Beamten der staatlichen Notwendigkeit.

4. Wenn die vielen, die vom Dienst am Eigentum anderer leben, sich den kostspieligen Irrtum leisten, die Staatsgewalt wäre für sie da und nicht für die reibungslose und effektive Benutzung ihrer Leistung; wenn sie den Beschränkungen, die ihnen die freie Marktwirtschaft in Arbeit und Einkommen auferlegt, die „Einsicht“ entnehmen, es hätte ihnen darüber hinaus noch auf einen gescheiterten Staat anzukommen – dann sind sie *reif für die Demokratie*. Diese Sorte politischer Herrschaft honoriert den Fehler, so zu tun, als wäre man ihr nicht ausgeliefert, sondern hätte ein Recht auf sie. In den politischen Parteien tummeln sich berufsmäßige Politiker, die ausschließlich das Interesse an einem funktionierenden Staatswesen verfolgen, weil sie die Vertretung dieses Bürgerwillens an die Macht bringt. Sie stellen sich allen, die bereit zur Unterwerfung sind, „zur Verfügung“. Vorschriften lassen sich diese Volksvertreter von denen, die sie regieren wollen, keine machen – aber man darf sie *wählen*.

Alle, die sich gescheit regieren lassen wollen, kommen in den Genuß, darüber entscheiden zu dürfen, von welcher Mannschaft ihre Abhängigkeit vom Staat organisiert wird. In der Konkurrenz um diese Zustimmung werben umgekehrt die Kandidaten der Staatsmacht um das Kreuz auf dem Stimmzettel. Dabei kommt es ihnen sehr darauf an, sich von den jeweils anderen, die dasselbe wollen, zu unterscheiden. Also behaupten sie, die Konkurrenz beherrsche das politische Handwerk nicht richtig und würde den Staat versauen bzw.

hätte ihn durch ihre bisherige Amtsführung in die „Krise“ gebracht. Wenn die Mehrheit des Volkes die „Krise des Staates“ oder einer Partei mit ihrem eigenen Mißerfolg verwechselt, so ist es ihnen recht. Was ihre Wahlversprechen betrifft, so sind sie nicht geeignet, diese Verwechslung zu provozieren: die Stärkung oder Rettung des Staates wird versprochen – nicht ein Leben in Saus und Braus. In der Bundesrepublik halten sich Wahlkämpfer seit Jahren an das solide Grundsatzprogramm, das jedem Nationalisten einleuchtet:

- ganz viel Recht und Ordnung
- alles für die Wirtschaft
- alle nötigen Abstriche beim Einkommen der „sozial Schwachen“
- Vermehrung der Staatsschulden für wichtigere Dinge
- Erhaltung der Freiheit

Um bereits vor der Wahl zu beweisen, was durch sie entschieden wird: wer die „Verantwortung“ zurecht trägt, pflegen die in ihren Programmen so einmütigen Charaktermasken der Politik das *Bild* von sich, so wie sie sich es im Volk verankert wünschen. Diese Veranstaltungen sind eigentlich hervorragend dafür geeignet, die Illusion der Wähler zu zerstören, mit der Bitte um ihre Stimme würden sich Politiker von ihren Bürgern *abhängig* machen: Da wird öffentlich auf Parteitag, wie sie in Moskau nicht schematischer und keimfreier organisiert werden könnten, darüber „diskutiert“, daß die jeweilige Partei „einheitlich“ sei, noch „geschlossener“ werden müsse, damit „Führungskraft“ unter Beweis stellen – und daß man das „Vertrauen“ und die „Glaubwürdigkeit“ der eigenen Mannschaft wiederherstellen wolle. Die dabei öffentlich bekannt gemachten Mittel reichen vom Farbfoto der Kandidatenfamilie über die deutsche Fahne bis zur Frisur, deren Veränderung aus dem Kanzler in spe einen Frauenliebling verfertigen soll. Da wird ganz offen die Berechnung ausgesprochen, daß man bei der Stimmenwerbung weder auf das materielle Interesse noch auf die Intelligenz der Wähler setzen dürfe, weil aus beiden kein guter Grund für das Kreuzchen zu gewinnen ist – und mit purer Anmaßung, mit Gesten und Worten einer im sonstigen Verkehr nicht empfehlenswerten Arroganz und Heuchelei um *Sympathie* geworben. Da wird unverhohlen darüber beraten, wie man *sich darstellt*,

also so tut, als ob! Für die Jugend einen Wahlslogan, einen anderen für die Frauen, für die Intellektuellen einen Dichter im Reisepäck, für die Arbeiter einen Gewerkschafter – und ein Kandidatenbesuch im Altersheim in der Fabrik, in der Grube – „vor Ort“! Der Erfolg gibt den Staatsschauspielern die allerdings das Volk nicht ergötzen, sondern beherrschen wollen, dann Recht und die Macht, an der die unterlegenen Parteien, in ihrer Eigenschaft als Opposition und auf die nächste Wahl spekulierende Alternative ebenfalls beteiligt sind. Vorausgesetzt, die kritischen Bürger behaupten, daß sie den Laden „durchschauen“, aber „trotzdem“ wählen, weil sie sich diese einzige Gelegenheit zur „Einflußnahme“ auf die politischen Geschäfte – nicht auf deren Gang, aber immerhin auf die Verteilung des Personals nicht entgehen lassen wollen. Vorausgesetzt, sie wollen ihrer „Enttäuschung“ über die gelaufenen Regierungskünste durch die Zustimmung zu den künftigen „Luftmachen“, und sie halten den *Stimmzettel* für einen *Denkzettel*.

Dann haben nach dem Wahltag die Politiker die *Freiheit*, Gesetze zu erlassen und für ihre Durchsetzung und Erfüllung sorgen zu lassen. Das Volk lernt die *Notwendigkeit* der Politik und ihrer „Sachzwänge“ kennen wie immer – und kann sich am letzten Zipfel der Freiheit, der *ihm* reserviert bleibt, bedienen. Durch seine *freie Meinung* hält sich zwar keiner schadlos, immerhin vermag er sich – bei der Zeitungslektüre, an der Tankstelle, vor den Fernseher und am Stammtisch – seine *Unzufriedenheit* über den Lauf der Welt mit ihren Ungerechtigkeiten zu bestätigen. Also in seiner Rolle als *Betroffener* weiterhin theoretisch so zu tun, als wären seine Berechnungen irgendwie von Belang. Er kann sich vor allem vor seinesgleichen darüber beschweren, daß er nur als Mitmacher gefragt ist in dem Staat, dem er seit seiner Geburt – und ohne daß man ihn länger um Beitritt zu dieser Vereinigung freier Menschen gebeten hätte angehört.

5. Mit einem kritisch-pflichtbewußten und zuverlässigen Volk läßt sich gut Politik machen. Auf der einen Seite bemüht es sich nach Kräften, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, also mit den Anforderungen des Kapitals zurechtzukommen, weil es in seiner Mehrheit kein anderes Mittel *hat*. Dadurch *ist* es Mittel des Privateigentums, auf dessen Wachstum der Staat scharf ist; von

dieser Sorte Reichtum fällt nämlich das Nötige für ihn ab, weil er sich bei jeder Art Einkommen und Geschäft bedient – es sei denn, das Geschäft würde darunter leiden. Auf der anderen Seite ergänzt das Volk seinen Dienst, zu dem es durch seine Mittellosigkeit und auf seine Brauchbarkeit berechnete Entlohnung erpreßt wird, um die nationale Gesinnung – so daß zwar nicht sein Leben, wohl aber die Politik eine krisensichere, rundum gelungene Sache wird.

Ein so regierter, reicher und mächtiger Staat freilich ist in einer Hinsicht mit Land und Leuten unzufrieden: wenn sie bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden, entdeckt er die Grenzen dessen, was sie hergeben. Längst nicht alle Gaben der *Natur* sind auf seinem Hoheitsgebiet versammelt – und die von außerhalb wären so nützlich für Produktion und Markt. Und wird nicht auch außerhalb Reichtum *geschaffen*, mit dem ein Geschäft zu machen ginge? Kurz: eine moderne, nach allen bisher besprochenen Techniken der Kunst verwaltete Nation betätigt sich auch *international*. Und je mehr sie in aller Welt *Geschäfte* abwickelt, also auch Land und Leute außerhalb zum Mittel ihres Reichtums macht, desto mehr *Gewalt* braucht sie, um ihre *Interessen* zu verteidigen. Schließlich sind „wir“ durch die auswärtigen Beziehungen von fremden Staaten abhängig, die ja auch ihre Interessen aus ihrem Umgang mit ihrem Volk in die „Beziehungen“ einbringen. Da kann es schon vorkommen, daß die hohen Herren der Weltpolitik und des Weltmarkts befinden, daß ihre Freiheit durch die ihrer Partner beschränkt wird – und dieses Hindernis aus dem Weg geräumt gehört! Die Mittel dazu sind ja vorhanden: das eigene Volk und der Reichtum, den es schafft.

Kein Wunder also, daß im Namen der Freiheit die nationale Gesinnung eines modernen Bürgers auch ihre *internationale* Bewährungsprobe abzulegen hat. Eine Notwendigkeit, die dem guten Mann den *letzten* Preis der Freiheit deutlich macht:

- Ein stattlicher Teil des nationalen Reichtums wird in die Rüstung gesteckt.
- Der Staat erlaubt es sich, auf eine ansehnliche Masse genützter Arbeitskraft zu verzichten, indem er sich Soldaten ausbildet.
- Der Staat stellt also seinem Volk den Krieg in Aussicht, in dem es die Freiheit verteidigt.

In Sachen *Krieg und Frieden* erteilen die Regierenden ihrem Volk die eindeutigste Auskunft darüber, für wen sich die Freiheit lohnt. Sie liefern ihm damit einen unübersehbaren Grund dafür, das Mitmachen aufzukündigen, das sie sich im demokratischen Alltag des Vaterlandes angewöhnt haben. Schließlich wird ja für den Ernstfall nicht versprochen, daß das Vaterland die Bürger, ihre Wohnung und ihren Lebensstandard schützt. Umgekehrt wird verlangt, daß man unter Einsatz des Lebens das Vaterland rettet!

Staatsmänner scheinen zu wissen, was sie ihren Untertanen da zumuten. Deshalb setzen sie alles daran, auch die Taten, die die *Staatsgewalt* in aller Welt vollbringt, als eine Aufgabe ihres Volkes darzustellen, die *in seinem Interesse* liegt. Auch hier, wo das Volk sehr offensichtlich nichts zu melden hat, soll es seine *Abhängigkeit* nur als Anlaß für die Erfüllung seiner *nationalen Pflicht* nehmen. Zur Aufrechterhaltung nationaler Treue bis zum „Ernstfall“, über den selbstverständlich die Regierung entscheidet, werden also die entsprechenden Lehren verabreicht. Das geht so:

Die im und mit dem Ausland abgewickelten *Geschäfte* darf man sich nach Auskunft derer, die sie abwickeln, erstens als eine wegen und für die einfachen Leute veranstaltete Wohltat denken. Export und Import nützen „uns allen“, weil sie Südfrüchte auf den Tisch, billige japanische Autos in die Garage und Öl an die Tankstellen und in die Heizung bringen. Sie schaffen Arbeitsplätze, ernähren „uns“ also. Getrost darf man die Tatsache übersehen, daß der ganze Welthandel um des Geldes willen gemacht wird, die schönen Dinge ihren Preis haben, den der Staat zusätzlich zu dem, was die Multis an ihm verdienen wollen, kräftig steigert. Erlaubt sind Bedenken gegen die multinationalen Geschäftemacher, weil sie nicht lauter deutsche Kapitalisten sind!

An die Geschichte mit den Arbeitsplätzen soll man schon wegen der 2 Millionen Entlassenen glauben und sie als Notwendigkeit akzeptieren: gerade wegen „unserer Exportabhängigkeit“ müssen „wir“ konkurrenzfähig bleiben, also rationalisieren, ganz viel im Ausland investieren und daheim die Lohnkosten niedrig halten – so wird aus dem *Geschäft* eine einzige Leidensgeschichte von

Bankiers, Industriellen und Politikern, die ihr Volk trotz aller „Sachzwänge“ versorgen wollen, dabei aber nicht umhin können, es zur Kasse zu bitten.

Zusätzlich darf das Volk die Armen bedauern, die der internationale Handel auf dem Globus schafft: Nicht als *Wirkung* „unserer“ Beziehungen soll es das Verhungern in den Ländern auffassen, wo VW, Siemens und Bosch investieren, sondern als *vorgefundene* „Unterentwicklung“. Kapitalanlagen sind nicht rentabel eingesetztes Geld, sondern wie jeder zielbewußt vergebene Kredit an afrikanische und lateinamerikanische Diktaturen eine menschenfreundliche „Entwicklungshilfe“. Die Waffen, die an sie verkauft werden, dienen nicht der Unterdrückung, sondern schaffen – Arbeitsplätze. *Mißtrauen* gegen diese Lügen darf ein guter Deutscher allerdings auch hegen – wir leben doch in einer Demokratie! –, aber bitte *nationalbewußt*. Man darf also Bedenken anmelden, ob sich denn Kredite überhaupt rentieren, so tun, als würde man höchstpersönlich einem Negerhäuptling Geld schenken, das einem dann fehlt. Man darf auch zweifeln, ob es gut ist, mit kommunistischen Staaten Handel zu treiben aber erst, nachdem man sich 10 Jahre lang angehört hat, der Osthandel diene dem Frieden und schaffe – Arbeitsplätze!

Kurz und gut: ein lohnabhängiger Deutscher soll sich zu allen *Diensten* am imperialistischen Geschäft hergeben, weil er *davon betroffen gemacht* wird – und sich immer dabei denken, daß er zumindest so gut bedient wird, wie es geht!

Die *Rüstung*, die viel kostet – nämlich das Volk, von dem der überschüssige Reichtum produziert wird, den der Staat da zu Waffen umschmilzt –, darf ein anständiger Deutscher als *Beweis für den Friedenswillen* seiner Regierung begreifen. Eine Zeitlang deswegen, weil kein „*Gleichgewicht*“ mit den Russen war, dann wegen *Afghanistan*, wo unsere Freiheit auf dem Spiel steht, etwas später wegen *Polen*, wo unsere Freiheit hinexportiert werden muß, jetzt also wegen der *Überlegenheit*, die allein den Frieden garantiert! Unter dem *Frieden*, der die Werbung im Wahlkampf um einen Posten erweitert hat, darf sich ein Mensch mit nationalem Gewis-

sen „*kein Krieg*“ denken, dankbar sein dafür, daß 30 Jahre Aufrüstung eben ein einziges Zuckerschlecken waren und jede Waffe der NATO – in der ist er nämlich – ein Instrument zur Sicherung des Friedens ist. Kriegsmittel, so soll er beteuern, sind die einzigen Mittel dieser Welt, die nie eingesetzt werden – außer zur Abschreckung. Deswegen brauchen „wir“ auch so viel von dem Zeug, ganz abgesehen davon, daß ein Deutscher ein Freund der USA ist, also sich nach Kräften zu beteiligen hat an der *Sicherung* „*unserer*“ *Einflußsphären*. Die muß sein, weil wir abhängig sind davon, daß die Geschäfte auf jedem Kontinent nicht durch widerspenstige „Machtpolitiker“ durchkreuzt werden.

Kurz und gut: Jeder Schritt der *Kriegsvorbereitung* ist eine *Friedenstat*. Erschrecken darf man als erprobter Nationalist zwar über die *Waffen*, aber nicht über die, die Raketen aufstellen – Russen ausgenommen. Entsetzen ist erlaubt über den „Kriegsschauplatz Deutschland“, nicht aber darüber, daß der schon 30 Jahre vor Afghanistan in der NATO-Strategie feststand. Die „Kriegsgefahr“ darf einem Angst machen, aber nur, um nach ihren Urhebern nicht zu fragen. Vertrauen in die Friedenspolitik ist geboten; Vorschläge für Alternativen der Rüstung sind erlaubt, aber unrealistisch, weil die Regierung schon die beste „Sicherheitspolitik“ betreibt. Die NATO ist eben die größte Friedensbewegung, weil sie wie jede Armee zwischen den Kriegen den Frieden sichert. Sagt der Außenminister.

Der Verteidigungsminister stärkt inzwischen das Vertrauen des Volkes zu „seinen“ Soldaten, und umgekehrt zeigt er den Soldaten, daß das Volk hinter ihnen steht. In öffentlichen, durch Fackelschein gezielte *Rekruten-Vereidigungen* wird das *Opfer*, das Soldaten für die Nation bringen, *gefeiert*. Wer fragt, ob sich der Dienst oder gar das Sterben lohnt, muß sich fragen lassen, ob er ohne deutsche Soldaten überhaupt die Freiheit hätte, das Maul aufzureißen. Deswegen muß er es dann halten. Diese einleuchtende Begründung für den staatlichen Tötungsauftrag im Militärdienst braucht ein guter Demokrat aber nicht so aufzufassen, daß sich bei der Verteidigung der Freiheit ihr Gebrauch aufzuhören hat. Dem *guten Willen zur Kritik* eröffnet die Republik durchaus ihre Möglichkeiten. Es ist erlaubt zu fragen, ob denn auch die Finanzierung

der Bundeswehr gesichert sei, ob denn der Leopard wirklich der beste Kampfpanzer wäre, ob die Tornados endlich das miserable Zeitalter der abgestürzten Starfighter beenden usw.

Kurz und gut: Jede Sorge um die *Tauglichkeit* der Friedenstruppe ist – wo sie „uns“ schon so viel kostet! – ein berechtigtes Anliegen jedes Deutschen, der sich den „Sparhaushalt“ im Namen der Aufrüstung gefallen läßt, kein feiger Kriegsdienstverweigerer ist und sich eine Welt ohne Militär „nicht vorstellen“ kann. Er sieht ja an den Beschlüssen seiner Regierung, daß es nicht geht. Was Bedenken gegen die großen Zapfenstriche angeht, so sind auch sie erlaubt, wenn der *Nutzen der „Traditionspflege“* im Auge behalten wird. Dann darf man einwenden, die öffentlichen Aufmärsche würden an die Militarisierung der vorigen deutschen Nation erinnern und Abneigung hervorrufen, was die Bundeswehr absolut nicht vertragen kann. Die alte Nation hat nämlich einen Krieg geführt – und verloren!

Zu guter Letzt ist die Zuverlässigkeit der nationalen Gesinnung auch noch an den Punkten zu sichern, wo noch dem treuesten Untertan der Verdacht kommt, so weit her könne es mit der russischen Gefahr doch nicht sein. Das diplomatische Auftreten des US-Präsidenten und seiner Mannschaft zeugt ja nicht gerade davon, daß der „freie Westen“ – zu dem gehört ein Deutscher eben auch! – Sorgen hätte mit einer russischen Überlegenheit, die die Sowjets aufgrund „unserer“ Schwäche zu einem Krieg verleiten könnte. Die Abfahren, die ein deutscher Kanzler im Zusammenhang mit östlichen Verhandlungsangeboten und Bereitschaft zum Rüstungsstop erteilt, sind ja nicht gerade ein Zeichen von Angst vor der SS 20-Rakete. Die Sprüche und Beschlüsse der NATO-Politiker über das „Ende des Weltkommunismus“, an dem sie arbeiten würden, deuten auch nicht gerade auf Vorsicht im Umgang mit der ach so gefährlichen Weltmacht Sowjetunion. Zur Einstimmung auf die offiziell verkündete *Politik der Stärke* die den Russen mit Hilfe der Abhängigkeit vom Westen zuleibe rückt, in der sich ihre Wirtschaft längst befindet; zur Begründung jeder *Erpressung*, die dem „unberechenbaren“ Osten seit Polen aufgemacht wird; und zur Verpflichtung auf das schöne Programm des „Totrüstens“, das der Sowjetunion die *Kapitulation* anträgt und zugleich von ihr be-

hauptet, sie wolle sich als *Weltmacht* bewähren – zu allen Fortschritten der NATO-Politik also, die einen Hinweis auf den *Urheber der „Kriegsgefahr“* geben könnten, will ja eine plausible Erklärung gegeben sein, mit der sich ein anständiger Nationalist auch zufrieden gibt.

Diese Erklärung, die den Westen, die USA und die Bundesregierung so richtig *glaubwürdig* macht, wenn sie das „Ende der Entspannung“ durchführen, ist nicht schwer. Sie lautet:

Der Osten ist 1. ein System der Unfreiheit und 2. ein kaputtes, morsches Wirtschaftssystem dazu. Insofern wir es bei denen mit einer *zum Untergang verurteilten Sorte* Staat zu tun haben, steht es uns auch zu, *unser Urteil zu vollstrecken*. Da sie sich nicht freiwillig aufgeben – wir kennen sie ja – müssen wir Aufrüstung total betreiben. Wozu wir ja *berechtigt* sind, weil unser Nationalismus der überlegene *ist*.

Das tut gut und eröffnet jedem in Freiheit lebenden Menschen eine Bestätigung seiner nationalen Gesinnung. Als Manövriermasse „seiner“ Politiker darf er diese Gesinnung praktizieren, auf die Freiheit für sich verzichten und sie dem Feind bringen.

Daß die Anliegen eines deutschen „Arbeitnehmers“ mit den Interessen von Wirtschaft und Nation zusammenfallen, können nur Nationalisten behaupten. Im DGB gibt es nicht wenige – die maßgeblichen Figuren zählen alle dazu –, die ihre Politik auf diese Lüge gründen.

Deshalb organisiert die deutsche Einheitsgewerkschaft nicht die Arbeiter *gegen* Kapital und Staat, sondern die *Dienste* der *deutschen* Arbeiter *entsprechend* den Zwängen und maßlosen Ansprüchen der *deutschen* Wirtschaft und Politik.

Kapitel II

Der praktische Nationalismus des DGB: Arbeit und Lohn für die Nation

Mit dem erhebenden Gefühl, ein Deutscher zu sein, braucht ein Arbeiter nicht jeden Tag in die Fabrik zu marschieren. Er braucht nicht mit dem hoffnungsvollen Stolz seine Arbeit zu tun, steter deutscher Fleiß und sein Ergebnis, die „deutsche Wertarbeit“, würden sich in der Welt schon durchsetzen. Auch braucht er nicht ständig daran zu denken, daß er, wenn er den Reichtum der Nation produziert, hehre Dienste verrichtet für die (kleine) Betriebsgemeinschaft und die (große) Volksgemeinschaft.

Er geht nämlich in die Fabrik, weil er Geld für seinen Lebensunterhalt braucht. Er unterwirft sich all den unangenehmen „Wechselfällen“ der Arbeit, weil es für ihn zur Lohnarbeit als dem Mittel seiner Existenzsicherung keine Alternative gibt. Seine materiellen Notwendigkeiten und der ökonomische Zwang des Unternehmens in Gestalt des Arbeitsplatzes, den die Firma durchkalkuliert hat, sorgen dafür, daß er arbeitet – und zwar so, daß es den Reichtum mehrt.

Dafür, daß die Arbeit der Millionen Arbeitnehmer ohne Abstriche der nationalen Wirtschaft zum Segen gereicht, ist allerdings eins erforderlich: Die Arbeitskräfte müssen die unternehmerischen Kalkulationen mit profitbringenden Arbeitsplätzen akzeptieren. Sie müssen den Unternehmern die Freiheit dieser Kalkulation mit Lohn und Leistung einräumen und die entsprechenden Arbeitsumstände für selbstverständlich halten, obwohl sie ihnen das Leben schwer machen. Dagegen wurden einmal Gewerkschaften gegründet, aus der Einsicht heraus, daß Lohnarbeiter von ihrem Dienst für das Kapital nicht leben können, wenn sie sich nicht organisiert zur Wehr setzen: gegen den rücksichtslosen Verschleiß ihrer Gesundheit am Arbeitsplatz; gegen die Techniken der Leistungssteigerung im Betrieb; gegen die Minderung ihres Lohnes im Betrieb und durch Preissteigerungen, Inflation sowie Steuern, also durch die konzertierte Aktion von Kapital und Staat.

Heute dagegen hat sich der DGB einer anderen Aufgabe verschrieben. Er legt an die Arbeit den Gesichtspunkt des nationalen Fortschritts an und berücksichtigt die Konkurrenzfähigkeit der *deutschen Wirtschaft* als unumstößliche Leitlinie, wenn er sich an der Vertretung der *Arbeiter* zu schaffen macht. Die *Gewerkschaft* handelt tatsächlich aus dem erhebenden Gefühl, *deutsche* Gewerkschaft zu sein. *Sie* repräsentiert den Stolz über die Ergebnisse deutschen Fleißes in der Welt. Deshalb sind auch die *Arbeiter*, die tagtäglich in die Fabrik marschieren, vollauf beschäftigt, mit den Zwängen des Arbeitsplatzes zurechtzukommen. Sie haben es mit einer gewerkschaftlich besiegelten Unternehmerfreiheit zu tun.

1. Wie billig ist der Lohn?

Während jeder, der von der Arbeit leben muß, nicht umhin kann, sich das ganze Arbeitsleben die praktischen Fragen zu stellen: Wieviel Lohn bekomme ich, was kann ich mir dafür leisten, was muß ich dafür tun, halte ich die Arbeit aus und wie lange?, weiß der DGB genau und besser, was die Arbeiter und Angestellten, die er vertritt, brauchen:

„Um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, haben die Arbeitnehmer und ihre Familien Anspruch auf ein Arbeitseinkommen, das ausreicht, sie wirtschaftlich zu sichern und ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.“ (DGB-Grundsatzprogramm)

Läßt man einmal beiseite, was man sich denn unter einem menschenwürdigen Leben vorzustellen hat (etwa Lohngruppe 4 oder einen Akkordarbeitsplatz bis zum Rentenalter; gar ein Eigenheim, für das man sich kaputtshuftet; oder nur die Zufriedenheit, Arbeit zu haben und mit dem Lohn über die Runden zu kommen?); läßt man einmal beiseite, was man sich bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben denken soll (Fernseher, Fußballstadion, Bundestagswahl und Teilnahme an einer Gewerkschaftskundgebung?); läßt man all diese schönen Worte beiseite, unter denen sich jeder vorstellen kann, was er so tut, dann bleibt doch die Frage, was denn nun ausreicht zur wirtschaftlichen Sicherung. Eine solche Frage will der DGB nicht stellen und erst recht nicht die Antwort geben, daß der Lohn der Arbeitnehmer nicht und nie ausreicht.

Das Ideal, das die Gewerkschaft hinschreibt, ist eben ein Ideal und soll gerade nicht in Heller und Pfennig und in den dafür erhältlichen Gebrauchsgegenständen ausgerechnet werden. Für eines allerdings ist es gut: es taugt für eine doppelte Lüge über die Leistungen der Gewerkschaft. Erstens und vor allem ist Lohnarbeit nämlich nach Aussagen der Gewerkschaft *kein* Problem mehr. Genau dem Anspruch, den der DGB aufstellt, wird in der BRD Genüge getan, weil die Arbeiter so vorbildlich fürs Kapital gearbeitet und die Gewerkschaften sich so vorbildlich am Ausbau des Staates beteiligt haben:

„Die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft (!) und dem Fleiß (!) der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem Kampf der Gewerkschaften um soziale und wirtschaftliche Reformen zu verdanken ist, hat vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Aber...“ (Grundsatzprogramm)

Die *bleibende* Notwendigkeit der Verteidigung der Lebensansprüche, für die gerade Schaffenskraft und Fleiß im Dienste einer blühenden Wirtschaft keine Garantie sind, gilt dem DGB nur noch als eine schöne, *abgeschlossene* Tradition, auf die er sich selbstzufrieden beruft: Wie schlecht stünden Arbeiter *ohne* die geschichtlichen Leistungen „der“ Gewerkschaft da; deutsche Arbeitnehmer können stolz auf sich und ihre Vertretung sein, es geht ihnen *gut*, *weil besser* als in den früheren *schlechten* Zeiten; sie können zufrieden mit dem DGB sein, weil frühere Gewerkschaften Kämpfe geführt haben, von denen der DGB heute nichts mehr wissen will.

Zweitens „*aber*“ geht die Gewerkschaft natürlich nicht so weit festzustellen, es bleibe für sie nichts mehr zu tun. Umgekehrt gilt alles, was den Arbeitern heutzutage *mit* ihrer Gewerkschaft zugemutet wird, als Nachweis dafür, wie nötig auch heute noch die „Solidarität“ mit dem DGB ist, der über die Arbeits- und Lebensbedingungen der von ihm vertretenen Klasse jetzt mit einem „*aber*“ getreulich Klage führt. Da wird angeführt, daß zunehmend Arbeiter ihre Arbeit und damit ihren „gehobenen Lebensstandard“ verlieren; daß die laufende Intensivierung der Arbeit ihre Wirkung tut; daß es mit der Gesundheit bei fortschreitendem Arbeitsalter rapide bergab geht; daß durch Preiserhöhungen und Steuern lau-

fend der Lebensstandard gesenkt wird usw. usw. Aber das alles ist eben nur ein „aber“, nachdem man festgestellt hat, daß die Löhne schon stimmen. Ein Versäumnis will die Gewerkschaft damit also nicht eingestehen und als Einwand gegen die „sozialen und wirtschaftlichen Reformen“ und die „neuen Möglichkeiten der Lebensgestaltung“ will sie das schon gar nicht verstanden wissen. Ganz im Gegenteil! Das alles gilt als Argument dafür, daß heute, in der demokratischen BRD der 80er Jahre, im Prinzip die deutsche Wertarbeit ihren Mann anständig ernährt.

Was nach Aussagen der Gewerkschaft zu tun bleibt, ist daher auch nicht die Gegenwehr gegen die von ihr „*auch heute noch*“ festgestellten Unannehmlichkeiten des Arbeiterdaseins. Denn die hat sie ja in einen *Gegensatz* zu den finsternen Zeiten gesetzt, da man noch für Lebensnotwendigkeiten kämpfen mußte. Heute sonnt sich der DGB in dem Glanz, *statt* einer Organisation zur Verteidigung der Arbeiterexistenz eine anerkannte und machtvolle Instanz im „Modell Deutschland“ zu sein, die allenfalls auf noch *verbliebene* „*Mißstände*“ hinweist:

„Die Akzente der gewerkschaftlichen Arbeit haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verschoben. Aus der ‚Lohnmaschine‘ die zu Beginn des Maschinenzeitalters antrat, um die Hungerlöhne der Arbeiter zu verbessern, ist der Anwalt der gesellschaftlich bedeutendsten Interessengruppe geworden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen 16 Einzelgewerkschaften vertritt heute nahezu 7 Millionen Mitglieder in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen.“

Umfassender Anwalt der größten *Interessengruppe* in Staat und Gesellschaft statt „bloß“ *Lohnmaschine* der *Arbeiterklasse* gegen Wirtschaft und Staat, das steht auf einem silbernen Werbefaltblatt des DGB. Das Bild vom Anwalt ist passend gewählt. Anwälte gewähren als Rechtsinstanz ihren Mandanten nur so und nur soweit Unterstützung, wie es rechtens erlaubt ist; sie respektieren also die staatliche Festlegung, was erlaubte Interessen und Freiheiten und was verbotene Ansprüche und notwendige Pflichten sind; sie kümmern sich also darum, die Erwartungen ihrer Klienten mit den herrschenden Maßstäben in Einklang zu bringen. Genauso hält sich der DGB zugute, sich im Namen seiner Mitglieder mit

ihren Anliegen in den Rahmen des politisch Erlaubten einzufügen und die Millionen Arbeiter zu einem konstruktiven Teil des staatlichen Lebens zu machen. Er vertritt sie in „politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen“, definiert also *ihre* Lebensnotwendigkeiten um in eine Frage der politischen Gestaltung der Nation, an der *er* sich unbedingt beteiligen möchte. Das Interesse der Arbeiter spielt insoweit eine Rolle, wie Lohn und Leistung dem Fortschritt der Wirtschaft, der Sicherung des sozialen Friedens und der Stabilität der Demokratie dienlich, also unterzuordnen sind.

Für den Lohn eintreten ohne wenn und aber, dafür mit der Kampfkraft der 7 Millionen Mitglieder zu drohen und sie einzusetzen, all das ist nicht im Sinne des mächtigen deutschen Gewerkschaftsbundes. Und er findet von Jahr zu Jahr neue und unverschämtere Weisen, dies seinen Mitgliedern vorzuführen selbstredend sind sie dabei die Vorgeführten.

1979 läßt er die Drucker und Stahlarbeiter zu matten Schwerpunkstreiks antreten, die weder den „Rationalisierungsschutz“ bei den Druckern noch Arbeitszeitverkürzungen bei den Stahlarbeitern gebracht haben, und feiert das als Erfolg. 1980 bedauert er die erhebliche Belastung, die *ihm* die Streiks aufgeladen haben und nicht etwa den mangelnden Erfolg. Mit zynischer Berechnung auf die wirklich opfervoll gelaufenen Streiks wiegelt der Verwalter der Streikkasse etwaige Wünsche nach einer härteren Gangart ab und kleidet das in ein hohes Lied von Kampf, Gefahr und Opfer:

„Der Streik, die gemeinsame Arbeitsniederlegung, ist das *wirksamste* Mittel unseres Kampfes um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir reißen ihn nicht leichtfertig vom Zaun. Er ist mit hohen persönlichen Opfern und großen Risiken für die Arbeitnehmer und ihre Familien verbunden: Sie müssen *Einkommenseinbußen* und *Maßregelungen* befürchten. Aber die Arbeitnehmer nehmen diese Opfer bereitwillig auf sich, denn sie wissen, daß es keine Alternative gibt.“ (Vetter, Quelle 2/80)

Der Gewerkschaftsvorsitzende merkt schon gar nicht mehr, daß er erst vom „wirksamsten Mittel“ spricht, dann aber klarstellt, daß diese Waffe so nicht eingesetzt werden soll. Sonst erübrigte sich nämlich das Gerede von Einkommenseinbußen ein Streik würde

dann das Einkommen so erhöhen, daß er sich gelohnt hat. So aber prahlt Vetter lieber mit der Kampfmoral seiner Mitglieder, so als sähen die einen Streik der Gewerkschaft als ihre einzige Alternative an, ausgerechnet da, wo ein Arbeitskampf gar nicht zur Debatte steht. Die Gegenseite versteht die friedliche Botschaft gut – die Gewerkschaft ist zum Nachgeben bereit. Und genau so sollen die Mitglieder sie verstehen und ja keine zu hohen Erwartungen hegen.

1981, nachdem über die neueste Erfindung gewerkschaftlichen Kampfes, die „neue Beweglichkeit“, mit ein wenig Beteiligung der Kollegen an der Basis eine deutliche Lohnsenkung geregelt war, sieht die Erfolgsmeldung so aus:

„Es ist bewiesen worden, daß die IG Metall willens und fähig ist, die Interessen der organisierten Arbeitnehmer auch unter den verschlechterten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Gegenwart wirksam zu vertreten.

Das läßt sich zunächst an den erreichten Ergebnissen ablesen. Es steht fest, daß ihr materielles Volumen eindeutig über fünf Prozent liegt, daß wir die von Gesamtmetall gewollte Wende der Tarifpolitik am Beginn der achtziger Jahre verhindert haben und das Arbeitgeberkonzept der sogenannten produktivitätsorientierten Lohnpolitik nachhaltig durchkreuzt worden ist. Es steht allerdings nicht fest, ob die nunmehr vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen die von der IG Metall gewollte Sicherung der Realeinkommen gewährleisten. Das wird zuallererst von der unternehmerischen Preispolitik abhängen. Deswegen muß mit Nachdruck unterstrichen werden, daß auch die Metallindustriellen mit der Unterschrift unter den Tarifverträgen nicht aus ihrer preispolitischen Verantwortung entlassen sind.“ (Loderer, metall 10/81)

Ein schönes Ergebnis, das alles auf den Kopf stellt! Mit der Behauptung, den Unternehmern einen Strich durch ihre – von der Gewerkschaft extra dazu erfundene – Rechnung gemacht zu haben, verkündet die IG Metall die Fortsetzung *ihrer* Tarifpolitik-Linie auch in den 80er Jahren: Lohnabschlüsse die keine Leistungssteigerung und Preiserhöhung kompensieren; und als Gratisgabe demonstrative Appelle an die andere Seite, sie solle sich doch bitte zurückhalten bei den Preisen, deren Steigen im vergangenen Jahr die IG Metall ganz verantwortlich nicht zum Argument für Lohn erhöhungen gemacht hat. Die Zeit, da die Arbeiter auf gute Ergebnisse in der Tarifrunde besonders angewiesen sind, wird zum Beleg für den Erfolg unter den schwierigen Bedingungen, die man

sich zuallererst zu Herzen nimmt; was sie für die Mitglieder bedeuten, steht nicht zur Debatte. Der Erfolg für die arbeitenden Menschen liegt eigenartigerweise genau „eindeutig über fünf Prozent“. Dieses Maß kommt natürlich nicht zustande, weil man errechnet hat, daß die Arbeitnehmer 1981 genau so viel brauchen, um wenigstens die Lohnverluste des letzten Jahres auszugleichen. Nein, das volkswirtschaftlich *Vertragliche* liegt so hoch und ist lang vorher von den Sachverständigen, Regierungsvertretern und Kapitalverbänden als volkswirtschaftliches ‚Rahmendatum‘ prognostiziert worden. Der Sprung über die 5 % bezeichnet den Punkt, an dem die Gewerkschaft „ihr Gesicht wahrh“ (Letzteres gehört auch zum Programm des DGB.) Daran soll es dann auch liegen, daß sich die Unternehmer, die mit dem 5 %-Abschluß zufrieden sind, mit ihrer Wende nicht durchgesetzt haben, obwohl offensichtlich ist, daß ihre Ideologie: Was nicht produziert ist, kann nicht verteilt werden, von der Gewerkschaft längst beherzigt wird. Denn der bekannte „Produktivitätszuschlag“, mit dem sie einen Teil ihrer Tarifforderung begründet, setzt doch wohl voraus, daß die Gewinne größer geworden sind und damit die Ausbeutung gestiegen ist. Deutlicher könnte der DGB seine Verantwortung für das Wohl der deutschen Wirtschaft nicht zur Schau stellen als durch das Eingeständnis, daß sein angebliches Ziel, die Sicherung der Realeinkommen, *nicht* erreicht ist. Die Gewerkschaft hat einen Tarifabschluß unterschrieben, bei dem es vom „guten Willen“ des Gegners abhängt, was er schließlich für die Arbeiter bedeutet: die sichere Lohnsenkung nämlich. Diese Verantwortung übernimmt die Unternehmerriege gern – bewußte Preispolitik in ihrem Sinne hat sie schon immer betrieben, zumal wenn die Gewerkschaft jeden Druck unterläßt.

Für 1982 schließlich sieht die Vorbereitung der Tarifrunde so aus, daß die IG Metall schon bei der Aufstellung der Forderungen die Prüfung fordert, „wie groß zu ihrer Durchsetzung das wahrscheinliche Risiko eines Arbeitskampfes ist“. Forderungen, für die man nicht zu streiten braucht, die also der Gegner von vornherein für verträglich hält, das ist gewerkschaftliches Kampfprogramm!

Die Gewerkschaft verzichtet also sehr freigiebig darauf, die einzige Möglichkeit für die Arbeiter zu nutzen, gegen die laufende Verschlechterung des Verhältnisses von Lohn und Leistung anzugehen. Das *ganze Jahr* über behandeln Kapital und Staat den Lohn als eine Geldsumme, die zu ihrer Verfügung steht: Die Unternehmer verändern laufend die Arbeitsplätze, steigern die Anforderungen und drücken die Lohnkosten; sie machen jeden Pfennig Lohn von der Erfüllung betrieblicher Ansprüche abhängig und entwerten auf der anderen Seite den Lohn durch Preissteigerungen. Der Staat bedient sich immer großzügiger bei seinem Arbeitsvolk und streicht auf der anderen Seite immer mehr „unproduktive“ Sozialausgaben zusammen. Kurz: Der Lohn wird ganz selbstverständlich als einziger Selbstbedienungsladen der Nation behandelt. Und was macht die Gewerkschaft aus der *einen offiziell zugestanden* Gelegenheit im Jahr, bei der die Arbeiter diese Anschläge durch gewerkschaftliche Härte ausgleichen könnten und sich für die erlittene Schädigung schadlos halten könnten, ohne gleich neue Verpflichtungen bezüglich ihrer Leistung und ihres politischen Gehorsam eingehen zu müssen?

Sie macht aus der Lohnfrage einen Streit um die gemeinsame Verantwortung von Gewerkschaften und Unternehmern für eine einvernehmliche Regelung des Lohns. Sie übernimmt dabei den Part „lohnpolitische Verantwortung“ und hält sich mit Forderungen erklärtermaßen zurück. Für die Gegenseite aber, die längst ihre Kalkulationen in die Tat umgesetzt hat, erfindet sie die moralische Verpflichtung, das Entgegenkommen der Gewerkschaften zu honorieren. Wie es nun einmal mit der Moral ist: Die Gewerkschaft bleibt immer Sieger, der moralische nämlich, und ihre Mitglieder haben den Schaden davon. Für die Kapitalisten, die mit der Anwendung der Lohnarbeiter ihr Geschäft machen, hält die Gewerkschaft nämlich so gut wie keine Kosten für tragbar; für die Arbeiter, die von ihrem Lohn ja nur leben müssen, aber so gut wie jeden Verlust für verschmerzbar.

Mit ihren Abschlüssen liefert sie die Unterschrift unter ein Jahr gelaufene und einen Freibrief für ein Jahr weitere Lohnsenkung. Für diese Wirkungen der Tarifrunde erklärt sie sich dann in der nächsten wieder nicht für zuständig:

„Wir wissen, daß weder die negativen Folgen der Sparbeschlüsse noch die Steuerprogression durch unsere Tarifpolitik ausgeglichen werden können. Einkommenssicherung heißt Ausgleich der vorhersehbaren (!)“ (also nicht der vergangenen!) „Preissteigerungsrate bei den Bruttoeinkommen. Es ist dann eine Frage der unternehmerischen Preisdisziplin nicht eine Frage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, ob am Ende der Laufzeit des Tarifvertrags das von uns angestrebte Ziel tatsächlich erreicht sein wird.“ (Hans Janßen, metall 1/82)

Ausgerechnet den Lohnstreit, bei dem diese gegensätzlichen Ansprüche aufeinandertreffen und die Kapitalisten ihre billige Benutzung der Arbeiter geschlossen verteidigen, hält die Gewerkschaft nämlich für eine einmalige Gelegenheit, mit lauter Entgegenkommen die Überflüssigkeit dieses Streits zu beweisen. An *ihr* soll es nicht liegen, daß noch um Lohnprozente gerungen werden muß. Angesichts der Unnachgiebigkeit der Unternehmer, die noch die bescheidensten Forderungen für zu hoch befinden, beteuert sie ein ums andere Mal, daß sie der tagtäglichen Erpressung der Betriebsmannschaften nicht entgentreten will. Auch und gerade dann nicht, wenn sie das organisierte Interesse der Arbeiter am Lohn vertritt und mit der geschlossenen Macht ihrer Mitglieder eine Gegenerpressung aufmachen könnte.

Das einzige *Mittel*, die für den einzelnen Arbeiter bedrohliche Abhängigkeit vom Willen seines Anwenders wenigstens teilweise außer Kraft zu setzen und die Unternehmer zu Zugeständnissen zu bewegen, die gemeinsame *Arbeitsverweigerung* bzw. die ernsthafte Drohung mit ihr, hält die Gewerkschaft für eine einzige Gefährdung der schönen sozialen Ordnung. Sie *weiß* also um die *Wucht* der Drohung, die ihre 7 Millionen Mitglieder aufmachen könnten – und versichert gerade deswegen laufend, damit auf *keinen* Fall Ernst machen zu wollen; ja nicht einmal den Anschein will sie erwecken, es könnte ihr irgendwie doch einmal ernst sein. Der soziale Friede soll von uns nicht gestört werden, versichert sie öffentlich immerzu, während die Gegenseite dieses Angebot nach Kräften ausnutzt. Die Gewerkschaft macht aus dem Lohnstreit also eine einzige Demonstration ihrer Staatstreue und einen einzigen Beweis ihrer Abneigung gegen jede Sorte Streit um Lohn. Dementsprechend sieht er auch aus.

2. Lohnkampf als Tarifrunde

„Die deutschen Gewerkschaften sind von Anbeginn weder Tarifmaschinen noch Umstürzler gewesen. Sie haben in ihrer Gestaltungsfunktion die Schutzaufgabe immer genauso ernst genommen wie die Rolle als Gegenmacht. Das läßt sich nicht voneinander trennen.“

Wohl aber läßt sich bemerken, daß der DGB sich als positive gesellschaftliche Kraft versteht; daß er den „Schutz“ der Arbeiter dieser mitgestalterischen Aufgabe unterordnet; daß er Lohnforderungen deshalb schon für einen halben Umsturz hält; daß er keine Gegenmacht, sondern Teilhaber an der *Macht* sein will; und daß er deshalb die kleine Lüge für richtig hält, deutsche Gewerkschaften wären schon immer die treuesten Sozialstaatsdiener gewesen. Für den störenden Eindruck, den die Gewerkschaft trotz allem auf den Gegner macht und den sie so gerne vermeiden möchte, kann sie jedenfalls nichts.

„Die Arbeitgeber bestreiten diesen gesellschaftlichen Auftrag und politischen Anspruch der Gewerkschaften schon deswegen, weil gerade sie bei unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen um ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß nicht zu fürchten brauchen. Darin liegt ja das eigentliche Ungleichgewicht in unserer Gesellschaft: Die Gewerkschaften müssen auf gesellschaftliche Veränderungen drängen und können daher leicht als Unruhestifter dargestellt werden. Die Arbeitgeberverbände können sich darauf beschränken, ihren vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu nutzen, um solche Veränderungen zu verhindern, ja: Erreichtes rückgängig zu machen.“ (Vetter, 1981 auf dem Bundeskongreß)

Man merkt den Wunsch, der hier geäußert wird. Statt Widerspruch einlegen zu müssen, ersehnt man getreu dem Vorbild der Unternehmer bleibenden Einfluß – man wäre also die dumme Sache los, ausgerechnet wegen der Arbeiter, die eine Gewerkschaft nun einmal vertritt, als Gegenmacht angesehen zu werden. Kein Wunder, daß man sich an das Bild gewöhnt hat, einen Gewerkschaftsführer, den Bundeskanzler und den Chef der Industriellen friedlich vereint beieinander zu sehen.

Die Gewerkschaft *ist* eine anerkannte politische Macht, die sich etwas darauf zugute hält, wesentlich zum Wiederaufbau der BRD beigetragen zu haben und sich um das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität der nun schon dreißigjährigen Demokratie verdient gemacht zu haben. Die Kapitalisten hält sie nicht mehr für den *Klassengegner* (so als würden in der modernen Indu-

strieigesellschaft die Gewinne nicht mehr mittels der Ausbeutung der Arbeiter gemacht), sondern für den „Sozialpartner“, der auf seine Art zum Gedeihen des Landes beiträgt.

Die deutsche Gewerkschaft sieht ihre Rolle also genauso wie der Staat, der mit seinen Rechtsvorschriften und der entsprechenden politischen Gewalt dafür sorgt, daß der Gegensatz von Kapital und Arbeit möglichst friedlich im Sinne des wirtschaftlichen Fortschritts und der öffentlichen Ordnung, also gegen die eine Seite erledigt wird. Sie betrachtet sich selbst als Partei vom „überparteilichen“ Standpunkt. Deshalb stellt sie an sich selber und an die Wirtschaftsvertreter den Anspruch, die eigene Position im Streit auf den „übergeordneten“ Gesichtspunkt zu beziehen und das Begehren der Gegenseite gleich verständnisvoll mitzubedenken. Für die Unternehmer bedeutet das eine einzige Aufforderung, ihre Erwartungen an die Arbeitervvertretung ohne Abstriche geltend zu machen. Schließlich sind *sie* sich von vornherein mit der politischen Oberinstanz darin einig, daß das Arbeitsvolk für ihren Fortschritt einzustehen hat und daß ihre Interessen die „Notwendigkeiten“ der Wirtschaft und Politik, also des Allgemeinwohls sind. Für die Gewerkschaft bedeutet es umgekehrt, daß sie sich bedingungslos darauf verpflichtet, eben dies anzuerkennen und peinlichst zu beherzigen. Was sonst bei keinem Geschäft oder gar Geschäftsstreit einer der beiden Parteien in den Sinn käme, nämlich die Berücksichtigung, was der Preis ihrer Ware für die Gegenseite bedeutet das macht ausgerechnet die Gewerkschaft und ausgerechnet beim Preis der Ware Arbeitskraft, von dem der Arbeiter leben muß. Je mehr die Kapitalisten auf ihrer Kalkulation beharren, um so mehr bekundet die Gewerkschaft daher ihr Einverständnis. Und bittet nur noch um das Zugeständnis, daß ihr die Zustimmung durch das wenigstens dem Schein nach zugebilligte Verständnis für ihr spezielles Anliegen erleichtert werde. Sie versteht sich also als eine Instanz, die im Kampf um den Lohn *selber* eine *Vermittlerposition* einzunehmen hat. Deshalb stellt sie für die Berechtigung und Vertretung ihrer Forderungen gleich alle Kriterien des „Partners“ in Rechnung, die diesen Forderungen entgegenstehen. Sie behandelt als einzige der streitenden Parteien den Lohn

als ein Problem, dessen man gemeinschaftlich Herr werden muß. Das Ideal, wenn es um den Lohn für die Mitglieder geht, heißt Kompromiß. Kompromiß ist deshalb auch nicht das mindeste Ergebnis, weil gar nicht mehr von der Gewerkschaft gestritten wird. Sie verpflichtet sich ja vorab auf eine für die andere Seite kompromißfähige, d.h. genehme Lohnforderung, nimmt also die „Kompromißbereitschaft“ der Wirtschaftsvertreter gar nicht in Anspruch. Sie erledigt statt dessen die „Abstimmung“ der Prozente mit den Forderungen des Gegenüber gleich selber. Sie zeigt also grenzenloses Verständnis für die ökonomische Rationalität des Gegners und ordnet dem jeden eigenen Anspruch unter. Deswegen hält die Unternehmerseite den „kompromißfähigen“ Angeboten der Gewerkschaft auch regelmäßig genau die Kriterien noch einmal kompromißlos entgegen, welche die Gewerkschaft selber schon in Anschlag gebracht hatte. Umgekehrt aber hält dem die Agentur der Lohnarbeiter nur eines entgegen: Daß sie Lohnforderungen schon gar nicht mehr anders vortragen will als mit Idealen über ihren wirtschaftsfördernden Charakter. Die Erträge der Arbeitnehmer sollen sich für die Wirtschaft lohnen; Tarifpolitik ist genaugenommen Wirtschaftspolitik, heißt es:

„Die aktive Tarifpolitik soll dazu beitragen, daß u.a. Vollbeschäftigung und stetes Wirtschaftswachstum gesichert, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung erreicht und die Preisstabilität gefördert wird.“ (DGB 1967)

Der Lohn darf keinesfalls zum Wirtschaftshindernis werden, bedeutet das in Wirklichkeit. Schließlich weiß die Gewerkschaft nur zu gut, daß der einzig wirtschaftsgerechte Lohn ein möglichst niedriger Lohn ist. Sie richtet sich daher nach der Konjunktur und wacht darüber, daß ihre Tarifpolitik dem wirtschaftspolitischen Fortschritt keine Steine in den Weg legt. Und das immer gleiche Bemühen kleidet sie in sehr konjunkturgerechte Angebote und Begründungen. Heute ist es konjunkturgerecht, wenn die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Arbeiterklasse für die Anwendung durch das Kapital und zum Nutzen der Wirtschaft in den Worten der Gewerkschaft „eine angemessene Verbesserung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer“ – in folgendem großzügigen Angebot besteht:

„Angesichts der absehbaren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Situation, die sozialen Sprengstoff (!) in einer für die Nachkriegszeit neuen Größenordnung anzuhäufen droht, fordert die IG Metall von den Arbeitgebern die Rückkehr zu einer Tarifpolitik gesellschaftspolitischer Vernunft und sozialer Verantwortung.“

Die Sicherung des sozialen Friedens stellt eben die höchste Leistung der deutschen Einheitsgewerkschaft dar. Mit der erfundenen Gefahr eines drohenden sozialen Unfriedens gibt sie den Unternehmern von vornherein zu verstehen, daß sie auf dem Gebiet der materiellen Forderungen zu beträchtlichen Zugeständnissen bereit ist, wenn die Gegenseite sie dabei gut aussehen läßt. Das Opfer einer Lohnsenkung, ja bitte schön, aber in partnerschaftlicher, sozialer Verantwortung:

„Angesichts der absehbaren wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Perspektiven erklärt die IG Metall aufgrund ihrer tarifpolitischen Ziele ihre Bereitschaft, in Gesprächen und Verhandlungen zu Lösungen zu kommen, die die Eskalation der sozialen Konflikte und ihre explosionsartige Entladung zu vermeiden helfen. Dies wird jedoch nur dann möglich sein, wenn Gesamtmetall von der bisher praktizierten totalen Konfrontations- und Verweigerungsstrategie abrückt. Die IG Metall betrachtet die Tarifbewegung 1981 als Testfall dafür, ob und wieweit die Metall-Arbeitgeber in der Lage sind, ihren Beitrag zur Lösung der drängenden sozialen Probleme in den 80er Jahren gemeinsam zu leisten.“ (beide Zitate: Janßen, Dez.1980)

Die Gewerkschaft erklärt sich bereit, in „schweren Zeiten“, also ausgerechnet da, wo es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß die Löhne sinken und weniger wert sind, der Nation ein Lohnopfer zu bringen und die sozialen Konflikte zu verhindern, die sie sorgenvoll an die Wand malt. Daß das Verlangen, die Unternehmer sollten dieselbe Verantwortung zeigen, ein hohler Appell ist, weiß dabei jeder Gewerkschaftsfunktionär. Die Wirtschaft soll schließlich die behaupteten schweren Zeiten bewältigen, und deshalb hat man ihr gleich jede „Verantwortung“ in Sachen Preise und Arbeitsplätze erlassen.

Damit ist die Marschroute festgelegt. Die Gewerkschaft behandelt die Tarifrunde als einen Testfall für ihre bedingungslose soziale Friedensstrategie. Die Berechnung der Lohnforderung kann also beginnen – ein Akt, der der modernen deutschen Arbeitsfront, die um Himmels (der Demokratie und freien Marktwirtschaft) willen keine „Lohnmaschine“ sein will, alle Ehre macht. Auf einer „Klau-

surtagung“ werden da in ehrlicher Souveränität gegenüber den Wünschen der Mitglieder alle taktischen Raffinessen ausgelotet, wie man ein angepeiltes Ergebnis mit propagandistischem Geranke und viel Gerechtigkeitsphrasen versieht. Die Mitglieder zu fragen, was sie brauchen und ob sie es durchzusetzen bereit sind, gehört in die Klamottenkiste des DGB. Wie sollen auch einfache und fleißige Arbeiter wissen, was der wirtschaftliche und politische Sachverstand von DGB-Funktionären weiß, die in Gesprächen und auf Reisen mit hohen Politikern und in Aufsichtsräten die Luft mächtiger Verantwortung geschnuppert haben! Genau andersherum läuft es: Man führt die Basis ins Feld, ohne daß sie irgend etwas für die Führung bedeuten würde. Sogar die traditionellen Tarifforderungen in Betriebsbelegschaften die entweder traditionell auf der Linie der Gewerkschaftsforderung oder traditionell maßvoll darüber liegen, gibt es kaum noch. Selbst auf diesen früher so gepflegten durchsichtigen Schein demokratischer Meinungsbildung glaubt man inzwischen verzichten zu können. Heute bekommt nur noch jeder, der gegen die aufgestellte Forderung den Mund aufmacht, weil sie ihm zu niedrig ist, eins auf die Schnauze. So einer kennt nicht die schwierige Lage, weiß nichts von der mangelnden Kampfbereitschaft der Kollegen im Norden (im Norden wird das gleiche mit anderer Himmelsrichtung erzählt), ist schließlich un-solidarisch und am Ende schon ein Kommunist, der in der Gewerkschaft nichts zu suchen hat. Die Mitglieder werden wie ein anspruchsvolles Volk behandelt, das man zurechtweist, und dessen Wünsche zu dämpfen sind:

„Im Vorfeld tarifpolitischer Entscheidungen dürfen nicht Erwartungen geweckt werden, die nachher selbst unter Aufbietung unserer organisationspolitischen Kraft nicht eingelöst werden können.“ (Mit „nicht können“ ist „nicht wollen“ gemeint.) „Eine Korrektur verteilungspolitischer Fehlentwicklungen aus mehreren Jahren“ (was hat denn die Gewerkschaft in den letzten Jahren getan? – wahrscheinlich dasselbe gesagt!) „kann nicht die Aufgabe einer einzigen Tarifbewegung sein.“ (Klausurtagung IG Metall, Herbst '79)

Dieser wichtigste Grundsatz der politischen Behandlung der Arbeitnehmerinteressen räumt mit der Vorstellung auf, der DGB wäre auch nur im entferntesten so etwas wie ein Interessenverband aller Arbeitnehmer. Zu den Sorgen seiner Mitglieder – und die haben

sie wahrlich dank solcher Tarifpolitik genug – stellt sich die Gewerkschaft durch und durch berechnend. Getreu der Devise: „Wir fordern, was für die Selbstdarstellung des DGB taugt“ wird ausgeheckt, worauf man diesmal den „Schwerpunkt“ legt. Was gibt es denn da? Arbeitszeit, Urlaub, vermögenswirksame Leistungen, Abgruppierung, untere Lohngruppen, Gerechtigkeit, Leistungsbeurteilung, Lohn und Gehalt oder ein wenig von mehrerem; mit solidarischen Kampfmaßnahmen – diesmal im Bezirk, auf dem Verhandlungswege, aber mit starker Solidarität...? Oder einfach Einkommensverbesserungen, sprich „Erhaltung des sozialen Besitzstandes“? Genau, das ist jetzt Sache. Denn der Einstieg in die 35-Stunden-Woche ist schon gewesen, läuft vertraglich festgelegt bis 1984 und hat viel Streikgeld gekostet. In der Sicherung der Abgruppierung haben vergangene Runden das Ihre getan – wär’ jetzt ungut, wo doch die Rationalisierungen gerade jetzt so notwendig sind. Soziale Gerechtigkeit für die unteren Lohngruppen könnte man erwägen – sieht immer gut aus. Kampfmaßnahmen? Unmöglich angesichts der Streikkasse und bei der angespannten Wirtschaftslage – würde unserem Ansehen in der Öffentlichkeit nur schaden. Also ergeht folgender Beschluß:

„Anhand seiner Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage, vor allem aber mit Blick auf die Schwerpunkte der aktuellen Meinungsbildung in der Mitgliedschaft,“ (die nicht gefragt wurde) „ist der Vorstand zu der Auffassung gekommen, daß am Beginn des nächsten Jahres Einkommensverbesserungen für die Arbeitnehmer der Metallindustrie Vorrang haben sollten. Unter den gegebenen Bedingungen“ (dies immer die Entschuldigung für die zurückhaltenden Forderungen) „ist dieses Ziel erreichbar über die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen sowie über eine Verbesserung der Einkommensstruktur. Der Vorstand stimmt darin überein, daß eine Aufstockung der tariflichen Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt) nicht von uns aus in die kommende Tarifbewegung eingebracht wird.“ (Seht, Unternehmer, wir überziehen nichts!) „Die aktuelle Prioritätenbildung zugunsten von Einkommensverbesserungen bedeutet keinen Bruch mit dem Grundsatz einer wachsenden Bedeutung qualitativer Forderungen in der Tarifpolitik der Zukunft.“ (Klausurtagung IG Metall, Herbst ’79)

So geht das also. Nachdem die Gewerkschaft mit ihren Streiks zu Abgruppierung und Arbeitszeit zwar keine bessere Qualität für die Arbeitnehmer erreicht hat, aber einigen Zirkus veranstaltete, sucht

sie sich ganz frei den Lohn heraus, nicht weil die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten dies erforderlich machen würde, sondern weil die Gewerkschaft ihre eigene Lage so einschätzt. Daß sie keine wirklichen *Lohnerhöhungen* durchsetzen will, kündigt sie schon mit dem Dogma von der großen Wichtigkeit qualitativer Forderungen an. Und erst die Berechnung der Höhe! Weder in der letzten noch in der vorletzten Tarifrunde wurden die steuerlichen Mehrbelastungen und die Abnahme der sogenannten staatlichen Leistungen irgendwie in Anschlag gebracht, genauso wenig wie die Lohnsenkungen, die während eines Jahres durch Leistungssteigerungen zustande gekommen sind. Die Zahlenspielereien, die den Schein einer objektiv errechneten Größe vortäuschen, haben nichts mit der wirklichen Lohnhöhe und der Notwendigkeit von Lohnerhöhungen zu tun. Die Gewerkschaft *erfindet* Formeln und wirtschaftliche Daten als Gründe der anstehenden Lohnforderung. Die Summe steht vorher fest und ist zustande gekommen aus dem verantwortlichen Kriterium, was denn der Volkswirtschaft zuzumuten sei und wie der DGB dabei gut aussehen kann. Steht so die Forderung – etwas mehr als die Hälfte soll dann wirklich herauskommen –, tut man so, als hätten bestimmte unverrückbare Daten zu diesem Ergebnis geführt: „Inflationsausgleich“, „Anteil am Produktivitätsfortschritt“, „Verteilungskomponente“ oder „Anteil am Gewinnzuwachs“. Die Zahlenspielereien mit inlands- und auslandsbedingter Inflationsrate, Steuerprogression, Gewinnzuwachs und Produktivitätssteigerungsrate – all das soll *Gesetzmäßigkeiten* für eine bestimmte Lohnhöhe vorgaukeln, justament wo die *Auseinandersetzung* um seine Höhe stattfindet. Wenn sich schon die Arbeitervertretung laufend bemüßigt fühlt, jedes Lohnprozent gesondert zu rechtfertigen, und sich nicht auf das Argument beruft, daß mehr Lohn gebraucht wird, dann ist jeder dieser angeblichen guten Gründe auch ein Argument gegen die *Notwendigkeit* von Lohnerhöhungen. Die verschiedenen Posten sind das gewerkschaftliche Mittel, Lohnverhandlungen von der erzwungenen Rechnung des Arbeiters mit seinem Lohn zu trennen und an ganz anderen Maßstäben zu messen.

Daß mit Tarifrunden kein Lohn zu *sichern* ist; daß vielmehr jährlich neu die Anschläge auf den Lohn korrigiert werden müssen; daß jede neue Lohnfestsetzung die alltäglichen Methoden der Lohndrückerei und Leistungssteigerung auf der Gegenseite provoziert – diese traurige Wahrheit über die Abhängigkeit des Lohnarbeiters hält die Gewerkschaft für eine Beleidigung. Sie vertritt unbekümmert die Ideologie von der Lohnsicherung. Daß mit der Geldsumme, die ein Arbeiter bekommt, nichts entschieden ist, was sie bedeutet, bestreiten die Tarifrundenexperten beharrlich. Daß diese Summe nichts über die Leistung aussagt, die dafür zu erbringen ist, und nichts darüber, was man sich dafür leisten kann, hält sie geradezu für eine infame Verleumdung gewerkschaftlicher Erfolge. Ihre Forderung nach „Inflationsausgleich“ ist nämlich nicht ein Angriff auf die unternehmerische und staatliche Übung, den Lohn laufend zu entwerten und zur Grundlage von Leistungssteigerungen zu machen. Für die Gewerkschaft ist der Nominallohn schon in Ordnung, wenn nur nicht die 5% Preissteigerung gewesen oder zu erwarten wären. Auf der einen Seite tut sie so, als ob die fixe Lohnsumme einem jeweils fixen Quantum Waren und Warenpreisen gegenüberstünde, und nicht der Arbeiter mit der laufenden Schmälierung seiner Lohnsumme durch die Warenpreise und die finanzpolitischen Manöver des Staates zu kämpfen hätte. Wo sie auf diese Praktiken zu sprechen kommt, da rechnet sie jenseits jeder realen Verteuerung der Lebenshaltung und jenseits jeder realen Schröpfung des Arbeiters durch den Staat mit statistischen Durchschnittswerten, die pure Ideologie sind. Da rechnet sie säuberlich auslandsbedingte Inflationsprozente ab, für die unsere armen Unternehmer nichts können, will nicht vergangene, sondern künftige offizielle Preissteigerungsangaben zugrunde legen, klammert die politische Beschneidung des Lohns ganz aus. Kurz: Ihre Ausgleichsberechnungen sind nur die Methode, eine bestimmte niedrige Prozentzahl zum Maß eines zufriedenstellenden Lohnes zu erklären. Auf der anderen Seite tauchen die vermehrten Leistungen, die Unternehmer für den Lohn verlangen, ganz anders auf, nämlich als Wirtschaftsdaten die über die „Lohnsicherung“ hinausgehende Zusatzprozente begründen, als Fortschritte der Wirtschaft, an denen die Gewerkschaft Teilhabe fordert für ihre Mitglieder. So als

ob Produktivitätsfortschritt, steigende Gewinne und Konzentration des Reichtums in der Hand der Privateigentümer nicht auf Kosten der Lohnarbeiter – durch ihre billige Ruinierung und ihren Ausschluß von den Produkten ihrer Arbeit – zustande kämen, beruft sich die Gewerkschaft auf die Erträge guter deutscher Arbeit, auf die die Arbeiter einen gewissen berechtigten Belohnungsanspruch hätten. Der künstliche Bezug auf irgendwelche volkswirtschaftlichen Daten verleiht diesen paar geforderten Prozenten also den Charakter eines Extra, einer zusätzlichen Belohnung für erfolgreiches Werkeln – und zwar unabhängig davon, was diese Prozente für den Arbeiter bedeuten. Die Gewerkschaft erfindet einerseits einen festen Lohnfonds, den es zu sichern gilt, und andererseits lauter zusätzliche Prozente, die eine einzige Bereicherung der Arbeiter darstellen, weil sie Übertragungen aus allen möglichen anderen Fonds an die Arbeiter sind. Dabei stört es die Gewerkschaft keineswegs, daß sich ihre ganze Prozentrechnung schon daran blamiert, daß die Abschlüsse eingestandenermaßen schon seit Jahren nicht einmal mehr die von ihr behauptete Inflation ausgleichen. Denn sie wird ja nicht unter dem Gesichtspunkt aufgeführt, was der Arbeiter braucht, sondern um auf der einen Seite die Forderungsprozente als objektiv ökonomisch vernünftige und sozial berechnete Zahl zu demonstrieren, und auf der anderen Seite die geplanten wirklichen Prozente als Ergebnis harter Auseinandersetzungen und als relativen Erfolg darzustellen: Umverteilung konnte nicht erreicht werden, Reallohnsicherung in etwa. Die ganzen „Komponenten“ sind also nur erschwandene Größen für die Berechnung, mit wieviel Geld weniger die Arbeiter wieder auszukommen haben. Im Ergebnis ist gerecht und durchsetzbar, was zur aktuellen wirtschaftlichen Lage paßt.

In Zeiten der aufrüstungsbedingten Staatsverschuldung redet die Arbeitnehmervvertretung fast nur noch von der „schwierigen wirtschaftlichen Lage“, weil sie sich sicher ist, daß in solchen Zeiten das Angebot eines Opfers die Forderung der Arbeitnehmer zu sein hat. Denn wichtig ist doch nur, daß die Wirtschaft „wieder in Gang kommt“, für die Gewerkschaft die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Dies gegen den geltenden ökonomi-

schen Sachverstand, der niemals Arbeitslosigkeit als Problem im Kopf hat, sondern im Gegenteil mittels ihrer sein Geschäft gestaltet. Aber dem Staat liegen die Arbeitslosen auf der Tasche. Um so mehr erscheint es dem DGB geboten, daß die Arbeiter den Nicht-Arbeitern nicht in den Rücken fallen, als ob es in ihre Macht und Verantwortung fiele, daß andere auf die Straße gesetzt werden. Solidarität durch Lohnsenkung heißt der gewerkschaftliche Beitrag zur „Lösung des Arbeitslosenproblems“ und zum „Erhalt des sozialen Netzes“. Das kommt der offiziell geforderten „Lohnpause“ schon ziemlich nahe und die Gewerkschaft schweigt sich darüber keineswegs aus. Denn selbst von „Reallohnsicherung“ spricht sie nur noch wie von einem unerfüllbaren Wunsch. Genau die Gründe, die eine Lohnerhöhung gebieten, führt die Gewerkschaft als Gründe dafür an, daß beim Lohn nichts zu sichern „geht“. Alles, wofür eine Lohnforderung entschädigen müßte, wird gegen sie ins Feld geführt. Die Gewerkschaftsfunktionäre ergehen sich in öffentlichen Klarstellungen, daß „Reallohnsicherung“ bloß ein Spruch im Tarifizirkus ist. Das beginnt bei den verräterischen Absichtserklärungen, „die Realeinkommen der Arbeitnehmer – insbesondere (!) die der unteren Einkommensgruppen – zu erhalten“ (Janßen, IGM) – erklärtermaßen die der „oberen Einkommensgruppen“ insbesondere nicht! Das setzt sich fort mit Warnungen vor falschen Erwartungen:

„Lohn- und Gehaltsabschlüsse in der Nähe oder gar oberhalb von 5 % sind ohne massive Arbeitskonflikte für die aber unter den zur Zeit obwaltenden Bedingungen sowohl das Verständnis der Öffentlichkeit wie auch die notwendige Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen fehlen würde, nicht durchsetzbar.“

Das endet mit dem Hinweis, daß schon in den vergangenen Jahren der Lohn nach diesem Muster gesunken worden ist:

„Die Preise im Inland stiegen um durchschnittlich über 6 % an.“ (Die Gewerkschaft kennt also die unternehmerische „Preisdisziplin“ und rechnet die Preiserhöhungen nicht zufällig nur im Durchschnitt!) „Die durchschnittlichen Lohnsteigerungen von 5 % konnten daher eine Senkung der realen Kaufkraft nicht verhindern.“ (Pfeiffer in „Quelle“ 1/82)

Und zu guter letzt beglückwünscht dieser Pfeiffer die Mitglieder noch zu mehr Reichtum – weil die Unternehmerklasse angeblich weniger Gewinne gemacht hat:

„Infolge des privaten und öffentlichen Nachfrageausfalls schrumpften die Unternehmensgewinne sogar um etwa 3 % Aufgrund der sehr viel geringeren Reallohnsenkung hat sich trotz des Kaufkraftverlustes die Einkommensverteilung wieder zugunsten der Arbeitnehmer verändert.“ (Pfeiffer in „Quelle“ 1/82)

Das ist keine Kritik an den gängigen Berechnungen, die die Löhne als volkswirtschaftliche Gesamtgröße den Gewinnen gegenüberstellen. Es ist das Eingeständnis, daß die Gewerkschaft genauso und nur so rechnet. Nicht einmal mehr eine bestimmte Lohnsumme wird hier veranschlagt, sondern ihr Verhältnis zu einer angeblich gefallenen Gewinnsumme angeführt, die das Einkommen der Kapitalisten sein soll. Nach dieser Logik ist jeder Konkurs steigendes Einkommen für die Arbeiterklasse. Hier wird also eine höhere volkswirtschaftliche Gerechtigkeit jenseits und gegen den materiellen Sinn von „Einkommen“ ins Spiel gebracht – und zwar um zu bekunden, daß man sich beim Lohn durchaus zurückhalten kann:

„Es ist also nicht zu bezweifeln, daß nach 1980 auch 1981 eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer stattgefunden hat. Diese Umverteilung ist jedoch zuallererst das Ergebnis der Lohnpolitik. Sie ist zuallererst das Resultat von Einkommensübertragungen an das Ausland und von gesunkener Kapazitätsauslastung... Es liegt angesichts der verteilungspolitischen Entwicklung 1980/81 in der Gesamtwirtschaft und in der Metallverarbeitung nahe, auf die Einbeziehung einer Umverteilungskomponente zugunsten der Arbeitnehmer in das Forderungsvolumen 1982 zu verzichten.“ (Gewerkschafter 1/82)

Eine Lohnsenkung läßt sich also lässig volkswirtschaftlich als Gewinn verbuchen und auf der anderen Seite den Mitgliedern mit Gerechtigkeit beibringen:

„Wenn wir also 1981 alle (?) den Gürtel enger schnallen müssen (?), dann müssen wir fragen, wer das auch noch kann.“ (Das fragt die Gewerkschaft natürlich nicht; statt dessen:) „Wir fordern eine soziale Komponente.“ (Steinkühler)

Nach gelaufenem „Tarifkampf“ berufen sich die Unterhändler dann gegenüber ihren *Mitgliedern* darauf, „das Schlimmste“ verhindert zu haben. Einmal die nominelle Null-Runde als drohenden Maßstab eingeführt, dann hat jedes nominelle Lohnprozent als Erfolg zu gelten, unabhängig davon, was man dafür mehr zu leisten hat und sich weniger leisten kann. Gegenüber *Staat* und *Unternehmern* aber führen dieselben Gewerkschaftler zynisch ihre aktive

Mithilfe ins Feld und verlangen Anerkennung für sich für die Opfer, die ihre Mitglieder zu bringen haben:

„Vom Arbeiter verlangen wir (!), daß er die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten einsieht, die vielleicht seinen Arbeitsplatz kosten. Dann können wir (!) ihn (!) aber nicht von der Entscheidung ausschließen.“ (Pfeiffer in „Bild am Sonntag“)

Die Unternehmer rationalisieren, wenden Arbeitskräfte profitabel an und schaffen deshalb Arbeitslose. Die Gewerkschaft aber hält das für ein Zeichen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, denen abgeholfen werden muß – durch Lohnverzicht. Zwar wird dadurch auch nach Aussagen der Gewerkschaft kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, dafür aber die Arbeitskraft verbilligt. Der Staat erhöht die Steuern, verschärft die Zumutbarkeitskriterien der Arbeitsvermittlung und spart bei der Auszahlung des Zwangspartens. Die Gewerkschaft entdeckt darin eine ungebührliche Belastung der Nation, der Rechnung zu tragen ist durch Lohnzurückhaltung. Zwar wird dadurch der politische Zugriff auf den Lohn gewerkschaftlich abgeseignet statt kompensiert, aber die Arbeitskraft wird verbilligt und der Staat bereichert sich trotzdem an ihr. Das Ganze läuft unter dem Stichwort „schwere Zeiten“, das die Gewerkschaft nicht nur eifrig nachplappert. Die verheerenden Wirkungen staatlicher Bereicherung und unternehmerischer Weltmarktoffensiven auf das arbeitende Volk gelten da auch noch als Beweise dafür, welche Probleme „wir“ und das heißt der Staat zu bewältigen haben.

Die Gewerkschaft teilt also nicht nur die unverschämte Ideologie vom „verwöhnten Volk“; sie entscheidet auch praktisch, daß der „zu hohe“ Lohn Abstriche verträgt.

3. Fortschritte der Tarifbewegung

Die deutsche Gewerkschaft kennt offenbar keine Grenzen beim Umgang mit den von ihr Vertretenen. Sie läßt sich signalisieren, was dieses Jahr an Billiglöhnen fällig ist und klappert in ihren Überlegungen die offiziellen wirtschaftspolitischen Begründungen nach. Wo alle Welt alles mit dem Hinweis auf die Arbeitslosen begründet, mag auch der DGB nicht zurückstehen, der schließlich an ihrer Schaffung mitbestimmend ist. Die Tarifrunden finden heuer

als Beschäftigungsprogramm-Runden statt. Entlassungen verhindern will die Gewerkschaft auf keinen Fall. Aber mit Hinweis auf das Arbeitslosenheer den Kapitalisten die Lohnkosten noch niedriger machen als im letzten Jahr, das möchte sie auf jeden Fall. Abschlüsse, bei denen im Fernsehen der Reallohnverzicht unterm Strich schon öffentlich verkündet wird, während der Gewerkschaftsvertreter noch die Unternehmer zum Entgegenkommen bei den Preisen auffordert, sind die praktische Konsequenz. Die gewerkschaftlich vertretenen Gründe für diese Abschlüsse entsprechen diesem Fortschritt.

Früher hatte sich der DGB als Widerlegung der Legende von der „Lohn-Preis-Spirale“, mit der Staat und Kapital jede Lohnerhöhung als Schaden der Wirtschaft *und* der Lohnarbeiter zurückweisen, die Umkehrung einfallen lassen: „Hohe Löhne sind ein Segen für die Wirtschaft, weil sie ‚Kaufkraft‘ bedeuten“. Damit hat sie das Unternehmerargument, das aus dem Interesse an Senkung der Lohnkosten und Preissteigerungen ein ökonomisches Gesetz von steigenden Preisen *wegen* steigender Löhne macht, nicht widerlegt. Sie hat vielmehr die durchsichtige kapitalistische Übertreibung bloß umgedreht, um die Verträglichkeit des Arbeitereinkommens mit dem Gewinninteresse der Unternehmer vom selben gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus zu beweisen. An dieser Betrachtungsweise möchte sie also keineswegs Kritik üben. Eher versteigt sie sich schon zu volkswirtschaftlichen Milchmädchenrechnungen, die sich vor jeder Unternehmerekalkulation blamieren, weil sie ihnen die Sorge um ihre (eingebildete) Nachfrage empfehlen wollen, wo die Unternehmer gerade die Kosten und Gewinne ihres Angebots, also die profitable Produktion planen, mit der sie sich auf dem Markt durchsetzen. Der Streit ist allerdings fiktiv und nur der Ausdruck des jeweiligen Interesses der „Sozialpartner“. Die Unternehmer glauben an alles andere als an das von ihnen aufgestellte Gesetz; es ist schließlich nur eine heuchlerische Umformulierung ihrer Geschäftspraktik, die Lohnkosten zu drücken und die Preise zu verlangen, die der Markt erlaubt. Die Löhne sind die Kosten, die nicht vom Markt vorgegeben sind, also gerade keinem unmittelbaren Gesetz gehorchen, sondern durch Verhandlungen und den

Einsatz der jeweiligen ökonomischen Macht festgelegt werden. Und um sich da durchzusetzen, ist den Unternehmern jede Lüge recht. Ebenso wenig glaubt die Gewerkschaft an ihre alternative Lohn=Nachfrage-Theorie. Im Unterschied zur Gegenseite aber hat sie sich mit *ihrer* Lüge über angebliche ökonomische Sachgesetzmäßigkeiten den Kriterien der Gegenseite anbequemt und einen fiktiven Berechtigungsnachweis für Lohnprozente geführt, der praktisch immer ins Gegenteil ausschlägt. Wenn schon mit dem Wohl der Volkswirtschaft argumentiert wird, dann endet das zwangsläufig bei der „Einsicht“, daß die Unternehmer die einzig legitimen Vertreter wirtschaftlichen Erfolgs sind. Der gewerkschaftliche Hinweis auf die „Massenkaufkraft“, die sie mit den Löhnen anbieten möchte, hat deswegen noch stets zu Abschlüssen geführt, die im Namen der von Sachverständigenrat, Politikern und Unternehmerverbänden prozentual festgelegten ökonomischen Vernunft der eigenen Kaufkraft-Ideologie Hohn gesprochen haben.

Inzwischen aber hat der DGB seinen Standpunkt revidiert und die „Lohn-Preis-Spirale“ offiziell in sein Programm aufgenommen. Wenn alle, die für deutsche Arbeitnehmer etwas gelten, vom notwendigen Lohnverzicht reden und die Arbeitslosen, die sie schaffen und billig verwalten, als Beweis wirtschaftlicher Probleme gegen die Arbeiter ins Feld führen, dann will sich die Arbeitnehmervertretung nicht einmal mehr dem Schein nach widersetzen. Da kommt ihr das Argument vom Kunden Arbeiter noch wie ein ungebührlicher Materialismus vor. Also nimmt sie den Kostengesichtspunkt in ihre alternative Rechnung mit auf und landet beim „Doppelcharakter des Lohnes als Nachfrage bestimmendem Einkommens- und Angebots bestimmenden Kostenfaktor“. Als ob mit den Lohnprozentsätzen alles in Frage gestellt sei, über den Profit der Unternehmer, das Wohlergehen der Nation und die Freiheit des Staates – nur nicht die Lebenserwartungen der von ihm Abhängigen! Damit verkündet die Gewerkschaft öffentlich, daß sie die profitable Qualität, die sie dem Lohn angedichtet hat, nur noch in Relation zu dem gültigen Standpunkt sehen möchte – daß der Lohn gedrückt werden muß. Andererseits erfindet sie eine ganz neue, in die politische Landschaft passende „Sachgesetzmäßigkeit“, die Lohn-

Beschäftigungs-Spirale, für die das Kaufkraftargument allenfalls aufgewärmt wird. „Ausreichende Lohnerhöhungen“ und „staatliche Beschäftigungsprogramme“ helfen dagegen, daß „etwa die Hälfte der Arbeitslosenzahl letztlich (!) darauf zurückzuführen“ ist, „daß die privaten Haushalte nicht genügend Kaufkraft haben“. (Ist es nicht vielleicht umgekehrt so, daß sich Arbeitslose nicht mehr viel kaufen können?) So tönen Gewerkschaftsfunktionäre, die genau wissen und laufend dafür eintreten, daß die fehlende Massenkaukraft durch Erfolge auf den internationalen Märkten mehr als kompensiert wird. Und mit einem Zynismus sondergleichen bieten sie die unteren Lohngruppen als besonders geeignete Käufer an, weil die Not sie zwingt, ihr Geld auf jeden Fall auszugeben:

„Zum anderen setzt sich aber das verfügbare Einkommen dieser Arbeitnehmergruppen auch auf jeden Fall unmittelbar in Kaufkraft und Nachfrage um.“ (Hans Janßen, metall 1/82)

Nur wer weiß und plant, was er den Lohnabhängigen zumutet, läßt sich die unteren Lohngruppen als besonders betroffene Mannschaft einfallen („Gerade Arbeitnehmer in diesen Einkommensgruppen sind von der anhaltenden Teuerung in besonderer Weise betroffen“), und legitimiert seine Forderung dann noch mit dem geschäftsfördernden Zwang dieser Arbeiter zum Kaufen. Auf der anderen Seite scheut sich die Gewerkschaft nicht, unter „Beschäftigungsgesichtspunkten“ den Lohn unternehmerischer als die Unternehmer als ein einziges Hindernis für Beschäftigungsmöglichkeiten zu interpretieren und bestimmte Prozente für Beschäftigungszwecke abzutreten – natürlich ohne auf irgendeine „Beschäftigungsgarantie“ zu dringen. Das findet seinen vielfältigen Ausdruck quer durch alle Einzelgewerkschaften – und seinen unbestrittenen Höhepunkt im IG-Chemie-Vorschlag einer konzertierten Aktion: die Arbeiter sollen mit Lohnteilen dem Staat Kosten bei der Frühverrentung ersparen und die Unternehmer versprechen, dafür neue Leute einzustellen. Hier eine kleine Auswahl tarifpolitischer Fortschritte des Jahres 1982:

„Wenn wir in diesem Jahr auf die Umverteilungskomponente verzichtet haben, so deshalb, weil wir die Einigung auf dem Verhandlungswege erleichtern wollen. Und zum anderen wissen wir selbstverständlich auch, daß wirt-

schaftlich schwierige Zeiten nicht ohne Einfluß sind auf die Tarifbewegung. Wir erkennen ja an, daß Löhne auch Kosten sind, bestehen aber umgekehrt auch darauf, daß Löhne gleichzeitig Kaufkraft bedeuten.“ (Hans Janßen, Tarifexperte der IGM)

„Wir können zwar den Staat nicht aus seiner Verantwortung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik entlassen. Aber wir können mit den Mitteln der Tarifpolitik flankierende Maßnahmen zur staatlichen Arbeitsmarktpolitik vereinbaren... Die Übergangsgelder (für Frührentner) der Bundesanstalt sollten durch tarifvertragliche Leistungen aufgestockt werden. Hier sind die Gelder aus dem Produktivitätsfortschritt gefragt... Einen Teil dieses Anspruchs (der Arbeitnehmer auf den Produktivitätsfortschritt) sind sie bereit zu opfern, wenn die Arbeitgeber dies auch tun.“ (Günter Döding, NGG-Vorsitzender)

„In der chemischen Industrie gab es 1981 und wird es auch noch im Jahre 1982 Beschäftigungseinbrüche geben, und zwar in Größenordnungen, die unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern und unsere Mitglieder beunruhigen werden. Deshalb sind Fragen der Arbeitsplatzsicherung auch für die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie von vorrangiger Bedeutung. Hauptvorstand und Bezirksleiter haben deshalb einige Überlegungen angestellt, die Tarifrunde Chemie 1982 mit arbeitsplatzsichernden Forderungen anzureichern.“

Unterm Strich bleibt also eine gehörige Bereitschaft, den Lohn zum Sparmittel für Staat und Kapital zu machen, und die gleich wieder zurückgenommene Hoffnung, es könnten dadurch die Unternehmer zu Neueinstellungen animiert werden. Die IGM propagiert diese Bereitschaft in der Form eines ‚denkbaren‘ Lohnverzichts sogar mitten *in* der Tarifrunde:

„Ein Notopfer der Arbeitnehmer, wodurch tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen würden darüber ließe sich reden. Ein Notopfer aber, das alle Probleme noch verschärft – eine Zumutung.“

Kann man noch deutlicher mit dem Zaunpfahl winken, daß die Gewerkschaft jedes Opfer an Lohn zu unterschreiben bereit ist? Wenn die Gewerkschaft an etwas glaubt, dann daran, daß die Kapitalisten Grund zum Klagen haben, und zwar glaubt sie fester daran als die Unternehmer selbst, die doch wenigstens lauter gute Geschäftsgründe für ihr dauerndes Krisengerede haben. Deshalb rechtfertigt sich die Gewerkschaft laufend, daß sie trotzdem noch etwas fordert – noch weniger nämlich als im letzten Jahr. Andererseits sind ihre Forderungen mit lauter Angeboten verknüpft, zur Bewältigung der angeblichen Krise auf Lohnanteile zu verzichten. Das bewährte

Zahlenspiel mit Steuern, Preisen und Produktivität dient inzwischen gar nicht mehr dem Schein, die beschlossene Lohnforderung wäre gerecht und korrekt. Statt dessen wird die Rechnerei immer mehr zum Beweis, daß die Gewerkschaft darauf verzichtet, daraus ein Forderungsargument zu machen. Steuern – kein Thema der Tarifrunde; Preiserhöhungen – die vergangenen kein Thema, die künftigen eine Frage unternehmerischer Preisdisziplin; Produktivitätszuwachs – ein Motor für Beschäftigung, keine Anspruchsgrundlage für Prozente; Einkommensverteilung – nicht einmal mehr Verhandlungsmasse! Die alten Zahlenspiele mit Inflation, Umverteilung, Produktivität – jetzt dienen sie zum Beweis, wovon die Gewerkschaft alles Abstand zu nehmen bereit ist – und zwar noch bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben: Verzicht auf Umverteilung sagen die einen, Verzicht auf den Produktivitätszuwachs die anderen; und das alles in einer „tarifpolitischen Landschaft“, in der bisher mit dem Anspruch auf all das schon kräftige Lohnsenkungen zustande gebracht worden sind. Bedingungslose Nachgiebigkeit ist schon der Charakter der ganzen aufgestellten Bedingungen. Die vorgestellte Verpflichtung der Unternehmer auf ihren Beruf als Arbeitgeber erkennt immerhin eines sehr deutlich an: daß die Arbeitsplätze der Kalkulation der Unternehmer unterliegen. Also fallen diese Sprüche von der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung des Kapitals umstandslos den Verhandlungen zum Opfer. Denn die Ideologien von Staat und Kapital behandelt nur *einer* in dieser Gesellschaft als unumstößliche Notwendigkeit, und zwar praktisch – die Arbeitervertretung nämlich. Die entdeckt daher in allem, was sie fordert, eine potentielle Schädigung der Wirtschaft – und findet in den 1,5-2 Millionen Arbeitslosen den Hebel, das ihren Mitgliedern plausibel zu machen und der Gegenseite „glaubwürdig“ entgegenzukommen. Das einzige praktische Problem besteht darin, auch aus dem bedingungslosen Eingehen auf das wirtschaftlich „Notwendige“ = Erwünschte eine Tarifrunde zu machen, und zwar ohne großen Aufwand und Beweglichkeit, die nur der ach so geplagten Regierung das sozialfriedliche Klima verderben könnte. Dies Problem bewältigt die Gewerkschaft ohne Rücksicht auf Verluste.

Taktik '82

Ein Strategiepapier der IG Metall und deren Klausurtagung zur nächsten Tarifrunde stellen sich die eindeutige Frage: Wenn die Löhne eine einzige Last für Wirtschaft und Staat sind, was machen wir da nur mit der nächsten Tarifbewegung? Wo sie doch noch sein soll, muß sie entsprechend den „veränderten „Rahmenbedingungen“ stattfinden! Das heißt, die IG Metall bewährt sich in der Kunst, ohne Lohnerhöhungen, sondern mit Lohnsenkungen; ohne Verbesserung der Arbeitsbedingungen; ohne den laufenden Rationalisierungen irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen; ohne Arbeitszeitverkürzungen... doch noch eine Tarifrunde daraus zu machen. Das Verfahren spottet jeder Beschreibung:

a) Man mag erraten, weshalb die Metallgewerkschaft „mittelfristige Aufgaben der Tarifpolitik“ zusammenstellt!

- „Bleibende Aufgabe ist es, die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen mit dem Ziel der Sicherung und der Verbesserung der Realeinkommen zu verbinden.“ (Strategiepapier, wie alle folgenden Zitate)

Und da man laufend die Meinung vertreten hat, daß die sogenannte qualitative Tarifpolitik über und an die Stelle von Lohnforderungen zu setzen ist, führt man einen taktischen Rückzieher vor schließlich soll ja der Schein gewahrt bleiben, den Einkommen bleibe ein Spitzenplatz im Tarifkatalog vorbehalten:

„Das oft benutzte Stichwort von der ‚qualitativen‘ Tarifpolitik darf nicht dazu erhalten, falsche Alternativen zwischen ‚bloß‘ ‚quantitativer‘ und ‚qualitativer‘ Tarifpolitik herzustellen.“

Die Alternative der IG Metall ist gegenüber diesem falschen Verständnis, das sie selbst in die Welt gesetzt hat, der von vornherein bekundete Zweifel daran, quantitativ viel durchsetzen zu können, also die Absichtserklärung, es auch nicht zu tun:

„Ohne entsprechende Druckausübung, so stellt sich die tarifpolitische Ausgangslage heute dar, ist immer weniger zu erreichen; nicht einmal die Sicherung des sozialen Besitzstandes.“

Damit will man keineswegs zum Kampf aufrufen, sondern darauf hinweisen, was alles heute nicht mehr gehen soll. Deshalb wird

dasselbe auch noch als differenziertes Problembündel ausgedrückt, damit alles objektiv noch schwieriger erscheint:

„Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden drohende Realeinbußen durch Preissteigerungen und erhöhte Abgaben die Tarifpolitik unter *Handlungsdruck* bei der Festlegung tarifpolitischer Prioritäten in den anstehenden Tarifbewegungen setzen. Dies kann zu *Zielkonflikten* führen im Hinblick auf die gleichzeitige Einbeziehung und Durchsetzung der über Lohn und Gehalt hinausgehenden tarifpolitischen Zielvorstellungen.“

Reallohnsicherung schwierig, alles darüber hinaus bewirkt Zielkonflikt – ergibt: keines von beidem wird sein!

Weitere mittelfristige Aufgaben sollen sich gegen Rationalisierungen wenden und „neue Entgelt differenzierungen“ ins Auge fassen. Der Grund: Die von der Gewerkschaft selbst ausgehandelten Tarif- und Manteltarifverträge haben sich als das erwiesen, was sie sind – kein Schutz vor nichts:

„Die geltenden Tarifverträge geraten in Gefahr, in beschleunigtem Umfang durch die wirtschaftliche und die technische arbeitsorganisatorische Entwicklung überholt zu werden und ihre Schutzfunktion einzubüßen.“ „Die Tarifbestimmungen zur Entgelt differenzierung werden durch die Veränderung in Technik, Fertigungsverfahren und Arbeitsorganisation zunehmend ausgehöhlt.“

Die Freiheit der Unternehmer, zu rationalisieren sowie die Löhne so zu differenzieren, wie es sich für's Geschäft lohnt, die hat die Gewerkschaft geschützt mit ihren ausgehandelten Regelungen. Aber das ist ja gerade eine Möglichkeit, neue Aufgaben zu entdecken, zumindest mittelfristig.

„Ein weiterer mittelfristiger Schwerpunkt der Tarifpolitik ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist notwendig als Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastung, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung...“

Loderer & Co. haben sich hier eine besondere Frechheit zur Findung der Prioritäten der nächsten Tarifrunde einfallen lassen. Sie sagen nämlich sogleich, daß Arbeitszeitverkürzungen aktuell auf keinen Fall gehen, weil sie ohne tarifvertraglichen Schutz vor Arbeitsplatzverlust und Arbeitsintensivierung kein Mittel wären – also geht beides nicht. Und man ist so offen, frei heraus zu sagen, daß man sich selbst mit dem großartigen Einstieg in die 35-

Stunden-Woche ganz freiwillig die Hände gebunden hat und daraus ganz freiwillig den Schluß zieht, Arbeitszeit nicht mehr als Forderungsgegenstand zu behandeln:

„Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit können, soweit die Wochenarbeitszeit betroffen ist, frühestens ab 1984 gestellt werden.“

b) Was nun hat die IG Metall „kurzfristig“ vor? Kurzfristig sind alle mittelfristigen Forderungen unmöglich, *deshalb* hat man sie so definiert. „Lohn und Gehalt mit weiteren Forderungen zu verknüpfen“, da hat die Metallgewerkschaft ihre eigenartigen Bedenken:

„Schon die Sicherung der Realeinkommen zu erreichen, wird in der Tarifbewegung 1981/82 erneut auf große Schwierigkeiten (!) stoßen. Die Situation ist insofern ähnlich der Tarifbewegung 1980/81,“ (stimmt, schon wieder eine Lohnsenkung) „voraussichtlich eher noch schwieriger. Jede zusätzliche Forderung, die mit *Kosten* verbunden ist, verringert den Spielraum (?) für Lohn- und Gehaltserhöhungen.“ „Die zu den mittelfristigen tarifpolitischen Perspektiven genannten Forderungen lassen sich in der anstehenden Tarifbewegung nicht stellen, weil die entsprechenden Tarifverträge noch nicht kündbar sind. Oder sie bedürfen noch umfangreicher und intensiver innergewerkschaftlicher Vorbereitung, Information und Diskussion, bevor sie konkret angegangen werden können.“

Wer eine Tarifrunde hinter sich bringen will und nicht daran denkt, einen Lohnkampf zu führen; wer das Interesse der Millionen Mitglieder im Wohl der deutschen Wirtschaft am besten aufgehoben sieht; wer den sozialen Frieden auf keinen Fall stören will, dem sind die Widerstände des gegnerischen „Partners“ wirklich „Schwierigkeiten“. Der betrachtet seine Forderungen unter dem Gesichtspunkt von „Kosten“ – für wen wohl! Die IG Metall entblödet sich nicht einmal, das saudumme Argument vorzubringen, ihre mittelfristigen Ziele auch deshalb ad acta legen zu müssen, weil es vorher noch die breite Diskussion an der Basis brauche. Als wenn so etwas je stattgefunden hätte und nicht das Ergebnis der Klausurtagung einfach mitgeteilt wurde. Höhepunkt des schwindelhaften Karussells gewerkschaftlicher Prioritätenfindung: die Drohung mit dem Arbeitskampf, wie er von der Arbeitnehmerorganisation an die Wand gemalt wird:

„Jede zusätzliche Forderung von einigem Gewicht muß daraufhin überprüft werden, wie groß zu ihrer Durchsetzung das wahrscheinliche Risiko eines Arbeitskampfes ist. Finanzielle Mittel, die jetzt bei einem Arbeitskampf eingesetzt werden, fehlen bei den mittelfristig (!) anstehenden Auseinandersetzungen um eine neue Entgeltendifferenzierung, die Arbeitszeitverkürzung und die Humanisierung der Arbeit.“

Das ist wahrlich stark. Einmal will man die mittelfristigen Ziele nicht angehen, weil sie angeblich heute unmöglich sind. Dann sind sie nicht aktuell, weil man die Streikkasse gerade für sie, aber ‚später‘ einsetzen zu wollen vorgibt. Nächstes Jahr derselbe Zirkel, der sich auf nur eines zusammenkürzt: Alles was die Gewerkschaft fordert, ist eigentlich zu teuer. So ist man sogar in bezug auf den geliebten Gerechtigkeitsteil der Lohnforderung in Zweifel geraten. Die unteren Lohngruppen extra strukturell zu bedenken, das hat es nicht gebracht:

„sind die praktischen Erfolge in den vergangenen Tariffbewegungen eher kritisch zu betrachten. Soweit Einmalbeträge und Pauschalen durchgesetzt werden konnten, bewirkten sie nicht die angestrebte dauerhafte Veränderung der Entgeltrelationen.“

Weil die Gewerkschaft weiß, daß sie mit ihrer Tarifstrategie die unteren Lohngruppen in besonderem Maße zu Betroffenen macht, gehört es zu den Standarddebatten, wieweit die spezielle Berücksichtigung dieser Gruppen Teil des Forderungskatalogs werden soll. Die paar Mark, die da mit dem Argument der „ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit“ für die Hauptleidtragenden von Lohnverlustabschlüssen gefordert wurden, waren dabei noch stets das billige Mittel, die Solidarität der übrigen zu verlangen und eben diese Abschlüsse durchzusetzen. „Gerechtigkeits“- und „Lohnstruktur“-Fragen sind ja etwas anderes als die Sorge um ein ausreichendes Entgelt. Wenn die *Differenz* zwischen den Einkommen bei geringen Prozentforderungen zum Thema wird, dann nicht, um sie zu beseitigen und schon gar nicht, um für alle mehr zu fordern. Ausgleich unterstellt den *vollzogenen* Schaden, und mit dem argumentieren die gewerkschaftlichen Tarifstrategen wie üblich – gegen überzogene Forderungen. Die einen sollen „für“ die unteren Lohngruppen verzichten, die anderen zufrieden sein, daß für sie eventuell der Lohnverlust verhältnismäßig nicht ganz so hoch ausfällt, oder daß zumindest extra an sie gedacht worden ist. Zu dieser *Wei-*

se der Abwicklung vergangener Tarifrunden stellt sich die IGM dieses Jahr, wo die gelaufene und geplante Lohndrückerei alle bisherigen Grenzen überschreitet, ganz offen taktisch: Zynisch argumentiert sie mit den von ihr *nicht* durchgesetzten Verbesserungen für die Absicht, in dieser Frage gleich gar keine Umstände mehr zu machen und nicht einmal mehr etwas zu fordern. Die Taktiker der Metallgewerkschaft haben kein Problem, sich ihre Argumente so hinzudrehen, daß das Gewünschte herauskommt: Noch ein Mißerfolg auf dem Felde der unteren Lohngruppen (war vor einem Jahr noch ein Erfolg!) wäre „auf Dauer organisationspolitisch schwer zu verkraften“. Hinweis auf den „entschiedenen Widerstand der Arbeiter“ gefällig, woraus die furchtbare Konsequenz folgen könnte, daß „das Mittel des Arbeitskampfes einkalkuliert werden muß“. Erinnerung an die gute alte gewerkschaftliche Tradition, nach der die oberen Lohngruppen weniger zu bekommen haben, wenn bei den unteren „Strukturveränderungen“ (anderer Name für: es hat sich nichts geändert) anvisiert werden. Vorgetäuschter Zweifel, ob da alle, die sowieso nicht gefragt werden, mitmachen: „Dieser Weg ist nur dann erfolgreich zu gehen, wenn bei den Arbeitnehmern, die in den oberen Lohn- und Gehaltsgruppen eingruppiert sind, eine entsprechende Bereitschaft zur Solidarität besteht.“ Nochmals die rhetorische Frage, ob man deswegen einen Arbeitskampf wolle. Denn „andernfalls sollten aus Glaubwürdigkeitsgründen nicht Hoffnungen geweckt werden, die letztlich nicht eingelöst werden.“ Eindeutige Antwort und Abschluß der ganzen Scheinargumentation:

„Kurzfristig ist zu prüfen, ob die Probleme der unteren Lohngruppen nicht verstärkt im Rahmen regionaler Lohnrahmen- bzw. Manteltarifverhandlungen angegangen werden können.“

Dort sind sie gut aufgehoben. Und zwar auf Jahre hinaus. Zumal mittelfristig auf diesem Gebiet noch eine Menge vorgesehen ist, wie man sagt!

c) Im Resultat bleibt die vorgesehene „Priorität“ Lohnsenkung die selbstverständlich nominell ein paar Prozente mehr beinhaltet. Doch ist das der Gewerkschaft, die immer um ihrer selbst willen ein wenig hermachen möchte, die gern etwas in der Hinterhand hat, womit sie

Abstriche bei der Lohnforderung begründen möchte, zu wenig. So landet das Papier bei einem Vorschlag, der verantwortlicher nicht sein könnte. Es ist die „Tarifrente 60“. Diese besitzt eine Menge Vorteile für die Gewerkschaft. Das Ausscheiden von altgedienten 60ern mit einer Rente (90 % des bisherigen Bruttoeinkommens), die der Arbeitgeber zahlen soll, kann den Anschein erwecken, es würde „dazu beigetragen, gute Beschäftigungsprobleme zu mindern“ (steht so da). Was macht es gegenüber dieser Beschäftigungsideologie schon aus, wenn die unternehmerische Praxis gerade nicht darin besteht, Alte rauszuwerfen, um sie durch jüngere Neue zu ersetzen. Weiter besitzt diese Forderung „hohe Popularität“: 1. Kaum ein 60jähriger wird so blöd sein, diese Regelung nicht zu ergreifen, wenn es sie gibt. 2. stimmt das, aber eine Lüge ist es, daß dieser Weg „jüngeren Beschäftigten, die andernfalls um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, die Arbeit zu sichern“ hilft. 3. besteht die größte Popularität der Forderung darin, daß sie dem Staat unter die Arme greifen möchte.

Der zahlt zwar nicht die Rentenversicherung aus seiner Tasche, sondern von den Beiträgen der Leute, aber die Gewerkschaft sieht das Loch in der Staatskasse und befindet, daß dem Staat das (fremde) Geld der Sozialversicherung fehlt:

„Die Herabsetzung der Altersgrenze durch Tarifvertrag soll schließlich das Sozialversicherungssystem bzw. die Allgemeinheit entlasten.“

Und nicht zu vergessen, daß dieses Hilfsangebot an den Staat, das den sowieso nichts kostet, die Möglichkeit bietet, mit den Unternehmern einen Streit anzufangen, der für jede Tarifbewegung unverzichtbar ist – sie sollen die Tarifrente 60 zahlen.

So weit, so gut. Doch wäre unsere Gewerkschaft nicht die deutsche Einheitsgewerkschaft, wenn sie nicht mit ihren eigenen Zweifeln am Erfolg und an den Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer neuen Forderung dafür sorgen würde, daß niemand zu hohe Erwartungen daran knüpfen möge. Da ist es selbstverständlich, daß „die Arbeitgeber ein Entgegenkommen in dieser Frage an die Bedingung einer weiteren Festschreibung der Wochenarbeitszeit knüpfen“. Dies das erste Kompromißangebot an die Unternehmer! Das zweite, unvermeidliche Angebot an dieselbe Adresse:

„Die Durchsetzung dieser Forderung wird unvermeidlich Rückwirkungen auf die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen haben.“

Das dritte:

„Die Beschäftigungseffekte müssen realistisch betrachtet werden. Die Anzahl der über 60-jährigen im Betrieb sinkt seit einigen Jahren laufend. In den Großbetrieben sind ältere Arbeitnehmer über 60 Jahre bereits selten geworden. Eine wachsende Zahl von Beschäftigten scheidet bereits vor dem 60. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben aus. Nahezu jeder zweite Arbeitnehmer verläßt mittlerweile als Frühinvalide den Betrieb.“

Man mag das gewerkschaftlichen Zynismus nennen, angesichts dieses von ihr selbst festgestellten Zustandes in den Betrieben eine solche Forderung auszustellen. Aber ein Verein wie die IG Metall denkt anders und weiter. Wenn dem so ist mit den älteren Arbeitnehmern, dann besteht doch vielleicht eine Chance, aus der Tariffrente 60 einen Tarifvertrag zu machen. Angebot Nr. 4 an die Gegenseite liegt in deren Freiheit, die man nun wirklich nicht anta-
sten möchte:

„Die Beschäftigungseffekte werden zusätzlich dadurch verringert, daß keine Gewähr besteht, daß für ältere Arbeitnehmer, die vorzeitig den Betrieb verlassen, entsprechende Neueinstellungen vorgenommen werden.“

Aber nicht nur das fällt der IG Metall ein, sie denkt sogar daran, daß dem jüngeren Rest mehr abverlangt wird, wenn die Belegschaften um die Älteren reduziert werden; sie überlegt sich sogar die Folgen, nicht wegen der davon Betroffenen – wegen der Kosten, die sie verursachen:

„Der verstärkt vorangetriebene Prozeß der Arbeitsintensivierung zieht die Gefahr der Entstehung von gesundheitlich Angeschlagenen, vorzeitig Verschlissenen und Frühinvaliden auf erhöhtem Niveau nach sich. Raubbau an der Gesundheit und vorzeitiger Kräfteverschleiß führen gleichzeitig (!) zu steigenden volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten für die Allgemeinheit.“

Die Ruinierung des Arbeiters – ein Kostenproblem für die Allgemeinheit; Arbeitslose – ein Verlustgeschäft für die Gemeinschaft; Löhne – eine unzumutbare Belastung. Kurz: Wenn die Arbeiter es sich besser gehen lassen wollen, schaden sie dem Volk; wenn sie die eingezahlten Gelder in Anspruch nehmen wollen, ebenfalls. Offenbar ist es auch für die Gewerkschaft die selbstverständlichste Übung,

zwischen Arbeiter und Volk säuberlich zu unterscheiden und sie gegeneinander auszuspielen. Das Volk faßt sich nämlich für die IGM im Staat und seinen Ansprüchen zusammen. Denen hat der Arbeiter gefälligst dienstbar zu sein und nicht umgekehrt. Als Bürger, meint die Arbeitervertretung, sollen die Arbeiter sich selbst für ein Hindernis des Allgemeinwohls halten. Sie versteht sich also als Agentur des Staates, die dessen Zumutungen für die Werktätigen auch noch in ein Interesse des Arbeiters übersetzt. Als gehorsamer Teil des Volkes soll er sich verstehen, alles andere ist schädlicher Egoismus.

Dieses recht offene Angebot an den Staat, ihm zu helfen, daß ihm die Krankheit der Leute nicht zu teuer kommt, wird noch erweitert. Wegen der Tariffrente 60 darf auf keinen Fall die Beitragsleistung der zahlenden Arbeiter sinken. Da hätte der Staat ja noch weniger als ohne die Gewerkschaft:

„Jede tarifliche Regelung, die zu geringeren Beitragsleistungen an die Rentenversicherung führt, verschärft die finanzielle Lage der Rentenversicherung. Die Kosten soll deshalb der Arbeitgeber tragen... der Arbeitgeber weiterhin verpflichtet wird, Beiträge an die Sozialversicherung abzuführen...“

Dabei macht auch an diesem Punkt die IGM keinen Hehl daraus, daß sie den Unternehmern nichts Ungebührliches abverlangt; sie kennt die Praktiken der Unternehmer, Kosten abzuwälzen:

„Letztlich darf dabei nicht übersehen werden, daß der Unternehmer diese Lasten über die Preissetzungsmöglichkeiten volkswirtschaftlich auf die Gesamtheit abwälzt.“

Weil aber in diesem Falle die „Allgemeinheit“ die Arbeiter sind, die zahlen, und nicht der Staat, übersieht dies die IGM sehr bewußt nicht, sondern hält es für billig.

Alles zum Wohle des Staates, der sich dem Letzten aber nicht so umstandslos anschließen wird, mag er seine Kapitalisten doch nicht in ihrer Freiheit behindern. Alles zum Wohle der Unternehmer, die doch ohnehin die Alten heraussetzen; nur werden sie deshalb noch lange nicht die gewerkschaftlichen Forderungen akzeptieren. Alles zusammen für die deutsche Einheitsgewerkschaft, die nach all den schönen Begründungen und Bedenken für ihre gesellschaftlich verantwortliche Forderung zu guter Letzt

auch noch ihre Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern – weit gefehlt: – gegenüber *sich selbst* als anerkannte westdeutsche Arbeitsfront ausdrückt.

„Werden Forderungen wie die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, die sich bislang an den Gesetzgeber richteten, auf tarifvertraglichem Weg zu erreichen versucht, geht das mittelfristig (?) zu Lasten von anderen wichtigen tarifpolitischen Zielbereichen.“

In den tarifpolitischen Zielbereichen sind die Interessen der Arbeiter und Angestellten so aufgehoben, wie sich die Gewerkschaft das vorstellt, als willige und billige Arbeitskräfte, die man nicht mehr zu fragen braucht, was sie wollen. Tarifpolitik kann einen Arbeiter, der sich darum kümmert, weil es ihn betrifft, nicht gebrauchen.

Realismus '82: Gewerkschaftliche Null-Lösung

Die IGM ist in die Tarifrunde dann doch ohne den Tariffrentner eingestiegen. Stattdessen hat sie auf der Basis dieser Klarstellungen eine „Lohnrunde“ geführt mit der vorweggeschickten „Warnung“, daß nicht einmal „Lohnsicherung drin“ sein wird. Genau dafür hat das interne und gezielt öffentlich gemachte Vorgeplänkel getaugt: Zur Festlegung, daß der Verzicht auf jede „qualitative“ Forderung, die Konzentration auf das „quantitative“ Prozentgeschäft nicht mit der Durchsetzung von Lohnprozenten zu verwechseln ist. Lohnrunde ohne Lohn, das war die erklärte Absicht, und das war auch der Verlauf. Ohne großes Hin und Her sind deshalb 4,2 ¼ und sonst nichts ausgemauschelt worden. Von Verhandlungen oder gar irgendeinem Druck konnte keine Rede sein nicht einmal mehr den Schein einer Auseinandersetzung hat die IGM für nötig gehalten. Die Schlichtung, wo sie überhaupt noch eingeleitet wurde, war reine Formsache, um die Verhandlungen wenigstens noch eine Woche länger hinzuziehen. Die nachträglichen Interpretationen aber sind wohl der Gipfel der Unverschämtheit. Gerade noch daß so getan wird, man hätte immerhin noch Schlimmeres verhindert, wobei man sich fragen muß, wie es denn noch schlimmer hätte kommen können. Die unverfrorene Feststellung, daß Reallohnsicherung nicht ganz erreicht worden ist, so als ob man sie überhaupt vorgehabt hätte, ist da nur der Auftakt dazu, den Streit um Prozente für ein *Unternehmeranliegen* zu erklären:

„Der Wert erreichter Einkommensverbesserungen stellt sich angesichts der gegenwärtigen und absehbaren Wirtschafts- und Preisentwicklung immer weniger am Anfang und immer stärker am Ende der Laufzeit eines Lohn- und Gehaltstarifvertrages heraus. Denn durch die Preisentwicklung, die allein in unternehmerischer Verantwortung liegt, kann der zum Zeitpunkt des Abschlusses beste Vertrag während der Laufzeit entwertet werden. Damit stellt sich aber immer nachdrücklicher die Frage, ob ein Kampf um Zehntelstellen hinter dem Komma“ (für den hat die Gewerkschaft früher lässig ihre Mitglieder antreten lassen, weil es ihr ums Prinzip der Tarifautonomie ging!) „nicht eher dem Kalkül der Arbeitgeber als unseren strategischen Interessen entspreche.“ (Hans Janßen, Der Gewerkschafter 3/82)

Weil wir zulassen, daß die Unternehmer frei den Lohn über die Preise beschneiden, lohnen sich Lohnverhandlungen nicht das ist die gewerkschaftliche Mitteilung an die lieben Kollegen. Ansonsten wird das freche Märchen von der matten Basis aufgewärmt, die sich nicht hat mobilisieren lassen, obwohl die Funktionäre alles getan haben, diese Runde ohne die Basis über die Bühne zu bringen. Nicht einmal zu größeren Warnstreiks hat man sie benutzen wollen; und ein paar nicht bestellte Protestanten bei verschiedenen Tarifverhandlungen waren schon eine solche Provokation der Gewerkschaft, daß die Polizei zitiert wurde und gewerkschaftliche Verhandlungsmitglieder das Schlägern angefangen haben, bevor sie hinter verschlossenen Türen mit den Unternehmern auf das Schlichtungsergebnis aus Düsseldorf gewartet haben, das sie bundesweit übernehmen wollten. Nur eines möchte die IGM vermeiden: Daß irgend jemand diese Tour, ohne jedes Aufhebens die Verarmung der Metaller zu unterschreiben und noch mit der Not, in die sie versetzt werden, gegen jede Forderung zu agitieren, für eine Unverschämtheit der Gewerkschaft hält. Mit ihr soll geworben werden:

„Zum Schluß möchte ich Euch bitten, gemeinsam eine Überlegung anzustellen und deren Ergebnis vor allem denjenigen mitzuteilen, die immer noch glauben, sie könnten auf eine Mitgliedschaft in der IG Metall verzichten, gleichzeitig aber alle Tariferfolge (!) auch für sich in Anspruch nehmen: Welche Lohn- und Gehaltserhöhungen hätten die Arbeitgeber gewährt, wenn es keine Gewerkschaft, keine IG Metall gäbe?

Antwort: Sie hätten NICHTS gewährt.

Was könnte eine IG Metall zustande bringen, die noch stärker ist als die heutige, stärker an Mitgliedern, Beitragseinnahmen und Aktivität?

Antwort: Sie könnte mit Sicherheit ihre tarifpolitischen Ziele, die weit über Lohn- und Gehaltserhöhungen hinausgehen, wesentlich besser durchsetzen. Sie könnte z. B. durch Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung der Altersgrenze, Sicherung des sozialen Besitzstandes, den einzelnen vor den Wechselfällen des wirtschaftlichen und technischen Wandels, vor einer Verschlechterung seiner Arbeitsbedingungen und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wirksamer schützen als dies heute der Fall ist.

Macht dies bitte allen bisher noch nicht organisierten Arbeitern und Angestellten klar. Werbt sie für die IG Metall! Dann können wir zuversichtlich und gestärkt 1983 in die nächste Tarifrunde gehen.“ (Schleinkofer, Metall 4, Nachrichten für Bayern)

Beiträge möchte er also schon noch, dieser Verein, und dafür ist ihm der Hinweis auf die Streikkasse, die angeblich so leere, und die Macht der Gewerkschaft, die angeblich so schwache, recht. Und das erlauben sich Funktionäre zu sagen, die diese Macht gerade bedenkenlos für die Wirtschaft und gegen die Arbeiter eingesetzt haben, und die außer der Zweckentfremdung der Streikkasse Milliardenengeschäfte mit gemeinnützigen Unternehmen machen, die beim Lohn kräftig mit abkassieren.

Andere Teilgewerkschaften haben sich mit entsprechenden Tarifstrategien nicht lumpen lassen. Die NGG-Gewerkschaft hat angeboten, 2 % von der Lohnforderung gleich abzulassen – für Beschäftigung. Die IG Chemie geht gleich ohne jede Lohnforderung in die Verhandlungen und macht stattdessen ernst mit dem Tariffrentner-Konzept: Mitfinanzierung von Frühentlassungen durch einen Fonds, in den die Unternehmer das Geld einzahlen, das die IG Chemie ausgerechnet hat; Bekräftigung des allgemeinen Wunsches nach Neueinstellungen für jeden Entlassenen. Dafür absolute Bereitschaft, beim Lohn gar nichts zu verlangen. Und das alles auf dem Hintergrund des offenen Eingeständnisses, daß es nur noch eine verschwindende Minderheit überhaupt frühzeitig zu verrenten gibt, daß dafür keine Jüngeren eingestellt werden, daß also der Beschäftigungseffekt dieses vorweg angebotenen Lohnverzichts erstunken und erlogen ist. Dafür sieht aber der endgültige Lohnabschluß entsprechend aus. Nämlich Null.

Die Offenheit in Sachen Nullrundenangebote von Gewerkschafts-seiten kennt also keine Grenzen, die Abwiegelei in Sachen „zu erwartende“ neue Arbeitsplätze auch nicht. Erst inszenieren die Gewerkschaften vor und in den Lohnverhandlungen mit Unternehmern und Parteien einen theoretischen Streit, ob die gerade ausgegebenen Antilohnparolen und -maßnahmen das gemeinsame Problem der Arbeitslosigkeit lösen helfen. Dann bieten sie selber als selbst ernannte Oberanwälte des Gemeinwohls Lohnprozente für Arbeitsplätze an, so daß sich jeder fragen muß, was er denn noch von der Beschäftigung haben soll, wenn dafür laufend sein Lohn draufgeht. Und schließlich ordnen sie ganz im Sinne der Unternehmer den wirtschaftlichen „Notwendigkeiten“ ohne jede Rücksicht auf „Beschäftigung“ die Lohnansprüche der von ihnen vertretenen Klasse zu – und befinden sie für ein schleunigst zu bewältigendes Staats- und Wirtschaftsproblem. Die Tarifpolitik der Gewerkschaft läuft also nur auf eines hinaus: Löhne hält sie für eine Belastung – und zwar nicht nur für die politischen und wirtschaftlichen Agenten des Gemeinwohls, sondern vor allem auch für die Arbeitervertretung. Gegenüber ihrem Kontrahenten ist sie nämlich realistisch und läßt sich sagen, was Wirtschaft und Staat an Lohn zu „vertragen“ gewillt sind. „Schwere Zeiten“ schallt es aus Bonn und den Unternehmerzentralen; „schwere Zeiten“ echot die Gewerkschaft zurück, weil sie verstanden hat, daß nur sie damit gemeint war. In Vorstandsetagen über Entlassungen mitbestimmen, die beste Abstimmung der Löhne auf die politischen und ökonomischen Ansprüche mitbeschließen, das hält die Gewerkschaft für ein Gütesiegel. Sie spielt sich also als dritte gewichtige Partei auf bei der nützlichen Verwaltung der Arbeit und bei der Verwaltung der Ansprüche derjenigen, die nützliche Arbeit leisten sollen.

Auf der anderen Seite mimt sie vor ihren Mitgliedern einen Realismus ganz anderer Art. All das, was sie längst zu ihrem eigenen Anliegen gemacht hat, führt sie als „Schwierigkeit“ auf, gewerkschaftlich für sie aktiv zu werden und sie zu aktivieren. Schwierigkeiten, die es gar nicht gibt, mit denen sie jedoch die Mitglieder auf das gewünschte Ergebnis einstimmen will. Während sie längst hinter verschlossenen Türen das Ergebnis ausgemacht hat, ihre

Unterschrift unter ein weiteres Jahr rücksichtslose Unternehmerfreiheit im Geiste schon geliefert hat, lamentiert sie noch gegenüber ihren Mitgliedern über die Anstrengungen, die sie in ihrem Namen unternimmt, und über die Hemmnisse, die dem entgegenstehen. Ihnen gegenüber formuliert sie also die Parteinahme für einen wirtschaftsgerechten Lohn umgekehrt – als Unmöglichkeit, mehr zu erreichen. Taktik ist also ihre Devise gegenüber der Basis, und die besteht in lauter Lügen über Absichten und Einsatz gewerkschaftlicher Macht. Je hemmungsloser sie mit den Führungsgarnituren von Wirtschaft und Politik sich über die Beschränkung der Ansprüche der Arbeiter verständigt, umso unverfrorener inszeniert sie ganz getrennt davon gegenüber der eigenen Mannschaft den Nachweis, daß nur so ihre Interessen vertreten werden können und daß sie überhaupt vertreten werden. Die berechnende Sorge, gewerkschaftliche Politik mit dem Schein zu versehen, sie nähme bei den Mitgliedern ihren Ausgangspunkt und würde alles Mögliche in Gang setzen, diese Sorge ist die einzige Rücksichtnahme, die in den Lohnrunden noch auf die Arbeiter genommen wird. Die Tarifrunden plant sie wie Politiker ihre Wahlkampfauftritte; mit den Mitgliedern kalkuliert sie unter der Fragestellung, wieweit sie um derentwillen überhaupt den Schein einer umstrittenen Lohnauseinandersetzung aufmachen soll, – und alles unter Berücksichtigung des unumstößlichen eigenen Interesses, bei der Inszenierung selbst dieses Scheins sich keinesfalls mit der Gegenseite anzulegen. Die Fortschritte sind bemerkenswert. Längst sind deutsche Gewerkschaften über die alte Trennung der Massenmobilisierung von den Demonstrationen der Verantwortlichkeit gegenüber den Unternehmern hinaus. Inzwischen entwerfen sie die Tarifrundenstrategie mit einer unverfrorenen Offenheit und Gleichgültigkeit gegen ihre Basis. Sie setzen einfach darauf, daß es schon egal ist, wie und mit welchen Argumenten sie ihren Mitgliedern das vernichtende Ergebnis als erfolgreichen Tarifikampf verkaufen. Sie bauen auf die Erfolge ihrer vergangenen Tarifstrategien, auf die laufend in die Welt gesetzten falschen Lehren aus ihren früher inszenierten Streiks. Sie reden und denken deshalb auch nur noch darüber, wie sie die Tarifrunde am besten hindrehen. So stellt sich für die Tarifkommissionen der Gewerkschaften immer nur die ei-

ne, eindeutige Frage: Wie können wir angesichts der gerade ausgerufenen „politischen Landschaft“, auf dem Hintergrund staatlicher und unternehmerischer Generalangriffe auf den Lohn, also auf dem Hintergrund einer gar nicht anspruchsvollen Mitgliedschaft, anknüpfend an unsere letztjährigen Runden und darin aufgemachten Ideologien neuerdings am einfachsten die „Tarifbewegung“ über die Bühne bringen. Dieses Jahr heißt die Antwort schlicht: Wir propagieren eine Lohnrunde unter dem Vorbehalt des Beschäftigungsproblems; wir sagen aller Welt gleich, daß beim Lohn absolut nichts drin ist. Das ist wahrlich Realismus; allerdings einer, der die Arbeiter teuer zu stehen kommt.

4. Das reale Scheingefecht

Um Klassenkampf geht es nicht das heiße ja, es geht um Lohn! Die Gewerkschaft hat eben andere Sorgen. Immerhin steht bei einer Tarifrunde ihre Rolle auf dem Spiel, als verantwortliche nationale Kraft die Weichen der Wirtschaft mit zu stellen. Sie denkt zwar nicht im geringsten daran, in einer Tarifrunde auf das materielle Wohl und Interesse ihrer Mitglieder zu achten und dafür die Druckmittel, die Arbeiter haben, einzusetzen.

Doch heißt das nicht, daß die Tarifrunden still und leise über die Bühne gehen. Mag auch längst vorher feststehen, was Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite schließlich aushandeln, oder was die Tarifkommissionen als aktuell möglich und somit als Gebot der Stunde ansehen und beschließen, für diesen nicht stattfindenden Kampf wird eine Menge hergemacht, damit die Leistung der Gewerkschaft gebühlich zum Ausdruck kommt. An die Stelle des Kampfes um Löhne, Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen tritt eine Kampffront ganz eigener Art, die gerade deswegen so wichtig ist, weil es die um den Lohn nicht gibt und von wirklichen Erfolgen für die Arbeiter auch nicht die Rede sein kann.

Die Unternehmer, deren ökonomische Interessen man in aktiven Gewerkschaftskreisen anerkennt: Gewinne müssen sein, Rationalisierungen für die Konkurrenzfähigkeit sind unumgänglich und hohe Lohnkosten gefährden den wirtschaftlichen Erfolg –, diese Unternehmer und ihr Verband ziehen in Tarifrunden dennoch die Kritik

des DGB auf sich. Dem Interesse der Kapitalisten, die jede Lohnerhöhung – und sei sie auch noch so klein – zu vermeiden suchen, weil sie die allgemeinen Unkosten ihres Geschäfts erhöht, setzt der DGB nicht etwa das Interesse der in ihm organisierten Arbeiter entgegen, die mehr Lohn notwendig brauchen; stets ist der harte Vorwurf fällig, die Gegenseite sei darauf aus, ein „*Lohndiktat*“ zu setzen und sich damit selbstherrlich aufzuführen. Mit dem Recht ausgestattet, über die Löhne zu verhandeln, betrachtet ein deutscher Gewerkschafter das jeweilige Verhandlungsangebot von Kapitalistenseite sehr prinzipiell als Versuch, ihn von der „Lohnfindung“ auszuschließen. Deshalb wird zuallererst um dieses *Recht* gekämpft, ganz als ob man es nicht hätte. Der Zweck dieses „Kampfes“, durch den der Gegner moralisch ins Unrecht gesetzt wird, verlagert sich von der ersten Stunde an vom *Lohn der Vertretenen* weg auf die *Berechtigung ihrer Vertreter*, die sich angegriffen wähnen – und nicht den Geldbeutel ihrer Mitglieder.

„Die Gewerkschaften benötigen keinen Rat und keinen Druck von außen, um Tarifpolitik verantwortlich zu betreiben. Und schon gar nicht ertragen sie über ihre Köpfe vollzogene Beschlüsse in der Lohnfrage. Verantwortung haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit gezeigt, eine verantwortungsbewußte Tarifpolitik wird auch unsere Marschroute für die Zukunft bleiben.“ (Vetter, Quelle 1/82)

Der Verdacht, es ginge um Geld, trifft daher mit voller Wucht die Unternehmer. „*Profitorientiert*“ sind sie, die Herren Kapitalisten. Und das ist keine Tatsachenfeststellung – das für die Arbeiter so unangenehme Prinzip der Gewinnmaximierung will der DGB nicht abschaffen –, sondern der Vorwurf des Egoismus, der „*allein*“ an Gewinn, ans Materielle denkt, was der verantwortlichen Gewerkschaft natürlich fern liegt. Wenn das Gedeihen von Wirtschaft und Nation es schon verlangt, daß Opfer gebracht werden müssen von den Millionen Arbeitern, dann mögen doch auch die Unternehmer Zeichen der Anerkennung setzen und sich genauso kompromißlerisch verhalten, wie es ihre Gegenseite tut. Vergessen ist schon der absurde Anwurf von vorgestern, als der DGB den Industriellen vorzurechnen versuchte, sie würden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie keine Lohnerhöhungen zuließen und damit eine Schwächung der Kaufkraft der Massen durchsetzten. Heute gilt es

als zeitgemäß, die Kapitalisten eines „Katastrophenkurses“ zu bezichtigen, ihnen Unverantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit anzuhängen. *Böse* sind sie, die Fabrikanten der Nation, weil sie nur einen Anteil am Produktivitätsfortschritt zahlen wollen (während die Gewerkschaft mit ihrem Inflationsausgleich ungefähr und im Endeffekt bei derselben Zahl landet), den die Arbeitnehmervertreter erst noch beschließen müssen. Nicht weil die Kapitalisten wie eh und je die willigen Arbeitskräfte preiswert ausbeuten, trifft sie die Verachtung der Tarifkommission. Die „scharfen Sprüche“ gelten der Tatsache, daß Kapitalisten im Unterschied zur Gewerkschaft auf dem Nutzen der Lohnarbeit bestehen. „*Klassenkampf*“ betreiben sie „*noch*“, hört man von Loderer, Steinkühler und ihresgleichen. Was denn sonst, sollte man meinen, doch so will es das Gewerkschaftsgespann nicht gesagt haben. Hier wird Empörung darüber laut, daß einem die Gegenseite die Tarifrunde so schwer macht und sich nicht genauso versöhnlich zeigt wie man selbst.

„Trotz erklärter Verhandlungsbereitschaft und Kompromißwilligkeit der IG Metall und ausdrücklicher Erklärungen, in weiteren Verhandlungen konkrete Lösungsvorschläge zu machen, haben die Arbeitgeber ihr einmal beschlossenes Programm durchgezogen ... Wir halten diesen Schritt (die ‚einseitige Anrufung der Schlichtungsstelle‘) zwar nach wie vor für verfrüht, weil die Metallarbeitgeber selbst zugegeben haben, daß sie am Verhandlungstisch noch nicht ihr letztes Wort gesagt haben. Der Vorstand hat aber dennoch empfohlen ..., diesem Begehren zu folgen, um keinen Versuch auszulassen, die Tarifauseinandersetzung zu lösen.“ (metall, Nachrichten für Bayern 3)

Die eigene Nachgiebigkeit, die Verantwortung für alles und jedes läßt ein Gewerkschaftsvorsitzender auch so heraushängen, daß er „harte Auseinandersetzungen“ befürchtet. So daß man sich nicht zu wundern braucht, daß ein Streik damit begründet wird, die Gegenseite habe das zu verantworten, habe die friedliebende Gewerkschaft dazu gezwungen: „Wir haben diesen Arbeitskampf nicht gewollt!“ – der Streik und das Ergebnis sind dann auch entsprechend. Den Gegner mit dem Mittel der Arbeitsverweigerung wirtschaftlich zu schwächen, damit er sich zu Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen etc. bereit erklärt, ist offensichtlich nicht der Zweck der letzten Streiks gewesen. Das sieht man an ihren Ergebnissen und an ihrer Durchführung. Das gewerkschaftliche Haupt-

schlagwort dieser Streiks war gegen die „ungerechte Aussperrung“ der Unternehmer gerichtet, der man deshalb auch nicht mit einem konsequenten Streik entgegentrat, sondern sich mit der ziemlich stumpfen Waffe, dem Gegner das Recht für seine Gegenmaßnahmen zu bestreiten und sie als Anschlag auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften anzuprangern. Schließlich ist der DGB vor Gericht gezogen, wo klargestellt wurde, daß die Freiheit der Kapitalisten schon im Grundgesetz steht. Moralisch war die Gewerkschaft natürlich schwer im Recht, hatte sie doch viel mehr Solidarität gezeigt als die Unternehmer, von denen 2 bis 3 Fabrikanten die Aussperrung nicht mitmachten. Viele Betriebe wurden von der Gewerkschaft sowieso nicht bestreikt. Und aus was für Gründen! Die einen waren „lebenswichtig“, in den anderen durften Hochöfen einfach nicht ausgehen. Insgesamt galt das Prinzip, die Streikkasse so weit wie möglich zu schonen. Sie hat auch unter den Kämpfen wenig gelitten.

Die Aktionen kamen statt dessen die Mitglieder teuer zu stehen, wofür ihnen das Lob ihrer *Solidarität* sicher war. Denn die Gemeinschaftlichkeit des *Opfers* hält der DGB für die einzig wahre Solidarität. Am Schluß stand der Vorsatz fest, ein so teures Unterfangen so schnell nicht mehr in die Wege zu leiten. 1982 wird mit schnellen und kampflosen Abschlüssen geworben:

„Hinzu kommt noch, daß das Ergebnis fünf Wochen nach Auslaufen der alten Tarifverträge auf dem Tisch liegt und ohne Streik erreicht werden konnte. Dies entspricht zum einen dem immer wieder in der Organisation geäußerten Wunsch nach zügigem Fortgang und rascher Beendigung der Tarifbewegung. Es entspricht zum anderen der Überlegung, nach Möglichkeit keinen Streik allein um Lohnprozente führen zu müssen.“ (Der Gewerkschafter 3/82)

Gewerkschaftliche Solidarität hat eben in der BRD nichts mehr damit zu tun, gemeinsam gegen die Unternehmer Handfestes zu erstreiten. Moderne Solidarität, das ist der moralische Schmuck inszenierter Tarifrunden, den sich gemäß gewerkschaftlicher Taktik die Mitglieder an den Hut stecken dürfen und müssen – wer mehr will als beschossen, ist unsolidarisch. Verhandlungsführer, große und kleine Tarifkommissionen tun viel für die abgekartete Demonstration, wie zäh, beharrlich, geschickt man das Mögliche heraus-

geholt hätte, das schon längst feststand. Das Mitgliedervolk seinerseits darf je nach Entscheidung von oben, wo das beste Scheingefecht beschlossen wird, mehr oder weniger Solidarität beweisen: entweder indem es ein wenig rumläuft, Transparente malt, sich versammelt, warnstreikt oder aber nur brav arbeitet und so voll solidarisch hinter dem Verhandlungsgeschick der Funktionäre steht.

Seit 1981 hat dieses moderne Kind des modernen DGB von demselben den Namen „*Neue Beweglichkeit*“ bekommen und bringt auf den Begriff, wozu eine Tarifrunde heute taugt: zu mehr Lohn, besseren Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzungen auf keinen Fall. Über so etwas Banales ist der Deutsche Gewerkschaftsbund längst hinweg. Ganz unabhängig davon, was in den Leitungsgremien dieses Vereins an „vertretbaren“ Forderungen aufgestellt wird, macht man sich bei den Funktionären der lieben Kollegen an der Basis auch noch die Überlegung, wie man denn für dieses gewerkschaftliche Programm der Stunde auch noch die Millionen Mitglieder einspannen könne zumindest zum Teil und demonstrativ, denn so und so viel Mitglieder haben von ihrer „neuen Beweglichkeit“ auch nur aus den Zeitungen erfahren. Diejenigen, die sich dazu hernehmen lassen, an dieser neuen gewerkschaftlichen Erfindung teilzunehmen, werden so ernst genommen, wie das Politiker mit ihrem Volk zu tun pflegen. Man ruft sie, schickt sie dann wieder heim, wo sie ihren Erfolg nachlesen können:

„Die zurückliegende Tarifbewegung zeigt, daß die erstmals bundesweit praktizierte ‚Neue Beweglichkeit‘ ein Erfolg war. Sie hat das Engagement unserer Mitglieder und Funktionäre ebenso bewiesen wie die Kampfkraft und die Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall. Sie hat zu einem Ergebnis geführt, das in allen Tarifkommissionen breite Zustimmung fand.“ (Der Gewerkschafter 11/1981)

Das mit der Zustimmung durch die Tarifkommissionen ist ein gelungener Scherz. Klar, daß die für gut befinden, was sie vorher angeleiert haben! Diese Art von Erfolgsmeldung stört es gar nicht, daß an anderen Stellen gewerkschaftlicher Verlautbarungen zugegeben wird: Die letzte Tarifrunde hat nicht einmal die „Reallohnsicherung“ erreicht. Der Erfolg einer solchen Aktion mißt sich nicht an schnöden Lohn-Pfennigen und am Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger. In ihr sollte Engagement vorgezeigt, Durchset-

zungsfähigkeit (doch nicht Durchsetzung!) bewiesen werden, damit dieser ganze Zirkus in der Öffentlichkeit bemerkt und von der Gewerkschaft selbst verkündet werden konnte.

Die Emanzipation der Gewerkschaftsführung von ihren Mitgliedern erreicht in dieser verrückten „Kampfform ihren Höhepunkt. Man kommt sich wie in einem sozialdemokratischen Kindergarten vor, wenn Alte und Junge, Männer und Frauen, alle Mitglieder der Gewerkschaft der Aufforderung nachkommen, „Kreativität“ und „Phantasie“ zu zeigen, und dies auch tun, weil sie dem Ergebnis der Tarifrunde, ob es ihnen etwas bringt, relativ gleichgültig gegenüberstehen und sich obendrein noch für jeden Quatsch ihrer Gewerkschaftsführung hernehmen lassen:

In der Luft ein Flugzeug mit der Forderung am Bandl: „Realeinkommen sichern!“ Unten verteilen gestandene Arbeiter vor Kaufhäusern Flugblätter und treffen auf ihre Ehefrauen, wenn sie bei Rentnern, Omas und Opas um Verständnis für die kommende Reallohnsenkung werben. „Nachmittagstreffe für Ehefrauen oder Rentner“, „gesellige Familienabende“, „Jugendfeten“ ... Jung und Alt zogen nicht nur mit ‚Berlinern‘, Luftballons, 8-Prozent-Brezeln, Äpfeln, roten Nelken oder Ostereiern mit dem Aufdruck der Metallforderungen nach Hause. Sie konnten auch ... Ansichtskarten mit Streikaufnahmen erstellen...“ „Nahezu uneingeschränkt positiv nahm die Öffentlichkeit die Bürgerinformation auf.“ ... Häufig ist sogar der Begriff ‚hervorragend‘ zu lesen...“ (Der Gewerkschafter 11/1981)

Gegen eine zahme Gewerkschaft, die sich solidarische Faschingsumzüge leistet, hat wahrlich niemand etwas. Höchstens noch die Unternehmer, denen auch noch 5 bis 60 Minuten Arbeitsausfall, obwohl in der Regel vorher eingearbeitet, nicht passen und die die Gewerkschaft aus dem Betrieb heraushalten wollen. Dabei gehört es schon zur Linie der Gewerkschaft, möglichst auf Straßen und Märkten machtvoll zu demonstrieren, also explizit auf das Mittel des Warnstreiks, einer zeitweiligen Arbeitsniederlegung mit der Drohung, dies auch länger zu tun, zu verzichten:

„Es ist verstanden worden, daß die neue Beweglichkeit wesentlich von ihrer Öffentlichkeitswirkung lebt, vom politischen Druck auf die Unternehmer.“ (ebenda)

Diese waren so beeindruckt, daß sie lässig das taktische Hinauszögern des Abschlusses durch die Gewerkschaft hinnahmen und

dann den Abschluß unterschrieben, den sie sich schon vorher ausgerechnet hatten. Wahrscheinlich, weil ihnen die Aktivitäten der gewerkschaftlichen ABC-Schützen große Sorgen machten:

„ABC der Aktionen

Autokorso durch Städte	Nelken für die Bevölkerung
Briefe an die Unternehmer	Originelle Spruchbandtexte
Chroniken der Tarifbewegung	Plakatieren in Betrieben
Demonstrationen	Quote von Überstunden verweigert
Einladung zu Familientreffs	Rentnerbeteiligung am Infostand
Flugzeug mit Spruch im Schlepp	Sammlung von Unterschriften
Grillfest zum Abschluß	Theateraufführungen
Hausfrauennachmittage	Umzüge durch die Werke
Informationsstände	Versammlungen und Ausstellungen
Jugendfeten	Warnstreiks
Kindergarten während Kundgebungen	X-fache Protestresolutionen
Luftballons und Buttons	Y bleibt der Phantasie vorbehalten
Mieten einer Straßenbahn	Zeitungsannoncen“

(Der Gewerkschafter 11/81)

Wehe, die Unternehmer anerkennen nicht künftig das Recht der Gewerkschaft, sich demonstrativ als Sprecher der geschädigten Arbeitnehmer breitzumachen! Dann bleibt ihnen die harte Reaktion des DGB von A bis Z nicht erspart, und Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern bevölkern mit der Faust in der Tasche und einem entschlossenen Sandwich auf dem Rücken die deutschen Fußgängerzonen und verteilen Flugblätter an ihre Hausfrauen, in denen der Fleiß deutscher Arbeiter gelobt und die Ungerechtigkeit der Unternehmer beklagt wird. Keine Frage, wer auch in den nächsten Tarifrunden sein Interesse durchsetzt: Die deutschen Unternehmer *und* der Deutsche Gewerkschaftsbund!

Gegen alle anderen Behauptungen der Gewerkschaft ist dieses ihr Tam-Tam für die Mitglieder das erklärte Abstandnehmen von jeglichem Druck auf die Kapitalisten – mögen die bisherigen Aktionen auch noch so halbherzig gewesen sein; der Ersatz dafür, mit oder ohne Streik in Verhandlungen etwas durchzusetzen. Die „Neue Beweglichkeit“ selbst soll der Erfolg sein.

„Das neue Instrument ist weder Ersatz für einen Erzwingungsstreik nach Urabstimmung noch (!)auch nur eine Vorform davon. Die neu gewonnene

Beweglichkeit ist eine zusätzliche Handlungsmöglichkeit die wir immer dann, wenn notwendig, aber eben auch nur dann, einsetzen werden. Ihre Dauer wird abhängen von dem Bewußtsein unserer Mitglieder und ihrer Bereitschaft, den Arbeitgebern *und* der Öffentlichkeit die Kampf- *und* Verhandlungsbereitschaft unserer Organisation zu *demonstrieren*.“ (Der Gewerkschafter 11/81)

Freilich, eine gewisse Bereitschaft der Mitglieder, von ihrem Interesse abzusehen und bei den Beschlüssen ihrer Organisation, der Gewerkschaft, nicht mehr an sich zu denken, braucht es schon. Von selbst sind die Mitglieder nicht auf ihre neue Beweglichkeit gekommen, aber wenn dazu gerufen wird, macht ein Teil ohne Bedenken mit. Im Funktionsärsblättchen steht dann, diese moderne Kampfform sei eigentlich viel besser als jeder Streik.

„In diesen Unternehmen bedeuteten Aktionen und Warnstreiks häufig ganz direkte Konfrontation mit dem Arbeitgeber. Es gab nicht mehr die Anonymität eines Flächenstreiks.“ (ebenda)

So kann man auch ausdrücken, daß man am liebsten keinen Streik mehr möchte, der den Unternehmern schadet und deswegen Forderungen durchsetzt. Man kann aber auch gleich die „Neue Beweglichkeit“ da einordnen, wo sie hingehört: ins Arsenal der leeren Drohungen:

„Wir möchten gern am Verhandlungstisch zu einem Ergebnis kommen. Wenn aber die Arbeitgeber nicht bereit sind, ... dann werden wir wieder den Weg der ‚neuen Beweglichkeit‘, womöglich sogar (!) den des Streiks gehen.“ (Janßen, Quelle 2/82)

Eine Gewerkschaft, die ihren gesammelten Erfindungsreichtum darauf verwendet, jede Tarifrunde zu einer Gelegenheit zu gestalten, sich als glaubwürdiger Faktor des sozialen Friedens zu präsentieren, den recht eigentlich nur *sie* herzustellen willens und in der Lage ist, eine Arbeitervertretung, die sich dazu aufgerufen fühlt, machtvoll gegen alle „unvernünftigen Kräfte“ und Instanzen das Wohl der Nation hochzuhalten ein solcher Verein verfällt im Anschluß an die gelungene Erprobung der „Neuen Beweglichkeit“ noch auf ganz andere Ersatzveranstaltungen für den Lohnkampf.

Da wird zum Auftakt einer Metall-Tarifrunde in Stuttgart eine Demonstration *für* ein Beschäftigungsprogramm der Regierung durchgeführt, nachdem in Bonn ein Sparprogramm beschlossen worden ist. An diesem wollte man bemerkt haben, daß es die La-

sten „einseitig“ auf die „Arbeitnehmer“ verteilt und die „Ehre“ von Millionen, „die unser Land aufgebaut haben“, mit Füßen tritt. Der Bonner Staat wurde allen Ernstes dazu aufgefordert, Gerechtigkeit walten zu lassen bei den grundsätzlich für notwendig erachteten Opfern, die er seinen Bürgern aufhalst; kämpferisch durften 70.000 Gewerkschafter den frommen Wunsch vortragen, der Staat solle sich bei allen Parteien der Gesellschaft gleichmäßig schadlos halten *und* sich durch seine Wirtschaftspolitik als Arbeitgeber bewähren. Derselbe DGB, dem bei keiner einzigen Entlassung ein Argument, geschweige denn eine Maßnahme dagegen einfällt, hat sich beim Staat über dessen „Versäumnisse“ in Sachen Schaffung von Arbeitsplätzen beschwert, seine eigene Bereitschaft zu Abstrichen bei den „Lohnkosten“ betont und darauf bestanden, daß die Regierung zumindest für ein in „schweren Zeiten“ gemindertes Wohl der Arbeiter zuständig sei. Wenig später gab es auch in dieser Sache einen Erfolg zu vermelden: das Sparprogramm erhielt nach kleinen Korrekturen – Mehrwertsteuer erhöht, Arbeitslose billiger gemacht – den gewerkschaftlichen Titel „Beschäftigungsprogramm“.

Nachdem die Arbeitslosen, die schon dem Staat als Argument für alles und jedes, was er fordert, dienen, auch der IG Metall als Grund für ihre Minusrunde eingeleuchtet haben, durch die neuen Zumutbarkeitsbestimmungen endgültig für zu teuer erklärt worden sind, ist der „stärksten Einzelgewerkschaft der Welt“ eine Demonstration in Nürnberg als das Allernotwendigste erschienen. In der Bundesanstalt für Arbeit, wo Josef Stingl täglich die überflüssig gemachten und verarmten Lohnabhängigen nachzählt, entdeckte sie den geeigneten Adressaten für ihren Protest – und in einer Kundgebung mit Franz Steinkühler das geeignete Mittel, ihren Einsatz für die mitbestimmt Entlassenen kundzutun.

Noch konsequenter entschied sich die Textil-Abteilung des DGB. Wenn deutsche Textilarbeiter vom Erfolg der deutschen Textilindustrie abhängen und schlecht dabei fahren, so gehört es sich für eine deutsche Gewerkschaft, gegen die ausländischen Kapitalisten und für das einheimische Geschäft zu demonstrieren – hieß der Beschluß. Als ob deutsche Unternehmer nicht in Taiwan mit ihrer Investitionsbereitschaft Arbeitsplätze schaffen würden, als ob Entlassungen

hier ein Verstoß gegen die Rentabilität wären, entblöden sich diese bornierten Nationalisten nicht, im Namen der Opfer deutscher Arbeit ein Recht auf den weltweiten Erfolg deutschen Kapitals anzumelden.

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß in künftigen Tarifrunden der „schwierigen 80er Jahre“ gemeinsam mit Unternehmern und mit schwarz-rot-goldenen Fahnen nur noch gegen ausländische Konkurrenz, gegen Gastarbeiter und für Freiheit in Polen demonstriert wird.

5. „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“

Der sprichwörtliche deutsche Fleiß, der viel gelobte soziale Friede in den Fabriken der BRD, der durch keine Leistungssteigerung, Entlassung oder sonstige unangenehme Begleiterscheinungen des freien Unternehmertums auch nur im geringsten gefährdet wird –, diese Grundlage deutscher Wertarbeit und ihres Siegeszuges durch die Welt hat mit einem vermeintlich deutschen Charakter nichts zu tun, und schon gar nicht mit einem guten Charakter. Die gelungene und effektive Ausbeutung in deutschen Fabriken will gemacht und mitgemacht sein – und wer sie lobt, drückt nur seinen Gefallen daran aus, daß sich deutsche Arbeiter für gar nicht selbstverständliche Opfer immer noch und schon wieder bereit finden. Der Betriebsfriede am Ort der Arbeit mit ihren Folgen für Leib und Leben ist eigentlich auch nichts Selbstverständliches. Für ihn muß gesorgt werden. Die ökonomischen Zwänge allein führen nämlich noch nicht zum unbehelligten und störungsfreien Ablauf der tagtäglichen Arbeit. Schließlich gibt es Grund zur Unzufriedenheit genug und damit auch für Kämpfe der Arbeitnehmerorganisation, die einmal gebildet wurde, damit sich die Arbeiter gegen die Zumutungen der Arbeitgeber wehren können. Diese Gewerkschaft aber ist gerade der Garant des sozialen Friedens in deutschen Betrieben. Sie hat erklärtermaßen und rechtlich abgesichert den Arbeitskampf, das Sich Wehren gegen die tagtäglichen Formen der Ausbeutung, aus dem Betrieb herausgenommen. Im Betrieb werden die Interessen der Arbeitnehmer per Betriebsrat und Mitbestimmung vertreten; dieses Recht hat sich die Gewerkschaft dadurch erworben, daß sie nicht nur sich selbst, sondern auch die

Belegschaft auf den Betriebsfrieden verpflichtet. Vor Ort wird das Interesse der Arbeiter und Angestellten nach Maßgabe der Vorstellungen vertreten, die die Gewerkschaft von einer gerechten Arbeitswelt hegt, was eine ziemliche Härte bedeutet.

Drei Wünsche hat die Gewerkschaft anzumelden für ihre ideale Belegschaft. Alle sollten Arbeit haben, heißt der erste Wunsch, der so die Arbeitsbedingungen zu einer zu vernachlässigenden Größe herabsetzt. Die Arbeitsbedingungen mögen doch bitte „human“ sein, der zweite, der genauso wie der erste ein Ideal anvisiert, das zur Realität der gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze gehört. Insofern als jeder Entlassene und jeder Arbeitsgeschädigte ein Zeugnis dafür ist, daß die Gerechtigkeit noch nicht Einzug gehalten hat in die kapitalistischen Betriebe, hält es die Gewerkschaft für notwendig, die Betroffenen zu vertreten. Im Interesse der Arbeitnehmer möchte die Gewerkschaft bei allen Maßnahmen des Betriebes mitreden und mitbestimmen. Dieser dritte und höchste Wunsch der Gewerkschaft ist insofern schon in Erfüllung gegangen, als die Gewerkschaft tatsächlich rechtmäßig mitbestimmen darf: sie erkennt zwar das unternehmerische Kalkül an, aber nur, wenn die Opfer in den Genuß der Rücksicht gelangen, daß ihrer Betroffenheit das Recht auf Gehör nicht versagt wird. Das Resultat ist der bekannte Betriebsfriede und damit der reibungslose Ablauf aller Methoden der Ausbeutung im Betrieb, bei denen „im Interesse der Arbeitnehmer“ mitgeredet wird oder per Manteltarifvertrag das Recht der Arbeiter zum Zuge kommt, was aber das Gelingen der gewinnbringenden Produktion überhaupt nicht stört und also von den Betroffenen auch keinen Schaden abwendet. So akzeptiert und garantiert die Gewerkschaft die Freiheit des Kapitals, die Arbeitskräfte lohnend anzuwenden oder auch nicht, wenn sich ihre Arbeit nicht mehr lohnt. Zur betrieblichen Praxis hat sie das gleiche Verhältnis wie zur Tarifrunde: daß Unternehmen Gewinne machen und dafür kostengünstige Arbeit angeschafft werden muß, ist ihr sehr selbstverständlich. Alle unternehmerischen Prinzipien sind für sie grundsätzlich in Ordnung und damit auch die grundsätzlichen Folgen für die vom DGB vertretenen Arbeiter und Angestellten. Nicht daß die Gewerkschaft nicht überall im Namen der

Arbeiter Vorbehalte anmelden würde, nur welche? Verhindert hat sie noch keine Entlassung, keine Leistungssteigerung, keine Schichtarbeit, keinen Arbeitsplatz niedrigster Lohngruppe mit Dreckzulage... Sie will das auch gar nicht.

Die humane Rationalisierung

Rationalisierung ist ein gar nicht neues Mittel betrieblicher Kostensenkung. Für die gewinnbringende Konkurrenzfähigkeit, für niedrige Stückkosten eben, ist sie ein ewiger Schlager des Kapitals. Die Organisation der von der Rationalisierung Betroffenen betrachtet das sehr differenziert, also nicht einfach unter dem Gesichtspunkt, wie den Arbeitern dabei mitgespielt wird. Die IG Metall erklärt doch tatsächlich jeden Tag von neuem, das alte Verfahren sei eine wunder wer weiß was moderne Strategie des Kapitals, ein ganz neuer Fluch der Technik oder unternehmerischer Willkür. Nur gegen diese angeblichen Auswüchse hat sie etwas einzuwenden:

„Rationalisierung ist während der letzten Jahre zu einer der wichtigsten unternehmerischen Strategien geworden. Sie hat tiefgreifende Strukturveränderungen (!) bewirkt ... Rationalisierung sollte eine rationale, also eine vernunftgemäße (ratio = Vernunft, Verstand) Maßnahme sein. Und wenn sie das ist, haben wir gar nichts gegen sie einzuwenden. Man kann auch noch schlucken, daß durch bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen Gewinne gesichert werden. Und wir begrüßen sie sogar, wenn durch sie Arbeitsplätze humaner gestaltet und gesichert werden. Wird sie dagegen vorrangig (!) eingesetzt, um Arbeitsplätze zu vernichten (indem Arbeitskraft durch Kapital ersetzt wird), wird Rationalisierung zu einer Machtfrage.“ (Broschüre des IGM-Vorstandes)

Die Gewerkschaft hat kein Problem, *eine* Rationalisierung zu erfinden, die es gar nicht gibt. Deren Vernunft soll in der unternehmerischen Ideologie bestehen, Arbeitsplätze zu sichern oder gar angenehmer zu gestalten. Dafür sind den Kapitalisten auch ihre unverzichtbaren Gewinne zugestanden, solange für diesen Zweck nicht „vorrangig“, sondern wohl nur zweitrangig Arbeitsplätze vernichtet werden. Offenbar leiden die Betroffenen mehr unter „Strukturveränderungen“ aus dem sprachlichen Schatzkästlein des DGB über Fluch und Segen der Technik. Die *andere* Rationalisierung, also die, die täglich stattfindet, ist nämlich verwerflich vor allem wegen der Machtfrage, die sie aufwerfen soll. Das bedeutet auf keinen Fall, daß die Gewerkschaft mit ihrer

ganzen Macht gegen Rationalisierung und ihre Folgen antritt. Diesen Eindruck möchte sie um jeden Preis vermeiden:

„Um von vornherein kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Wir, die IG Metall, sind nicht gegen Rationalisierungen. Wir sind nur dagegen, daß sie allein (!) auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird und allein (!) den Gewinn des Unternehmens erhöht.“ (Soll die Lösung heißen: ein Halb auf dem Rücken der Arbeitnehmer und ein Halb Gewinn?) „Wir haben nichts dagegen, wenn unnötige Kosten eingespart werden, um die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu verbessern, es also leistungs- und wettbewerbsfähiger zu machen. Wir sind auch keine Maschinenstürmer, die den technischen Fortschritt aufhalten wollen. Doch fordern wir, daß der technische Fortschritt so sinnvoll gestaltet wird, daß er nicht zwangsläufig zu einem sozialen Rückschritt wird. Diese Gefahr ist ständig gegeben, solange es oberstes Unternehmensziel ist, vor allem und um jeden Preis Gewinn zu erwirtschaften.“ (IGM: Rationalisierung im Büro)

Es ist richtig, sich hier die Frage zu stellen, wofür denn die Gewerkschaft eintritt, wenn sie Rationalisierung und damit auch ihre Folgen im Grunde bejaht. Was ist denn kein „sozialer Fortschritt“ bei einer laufenden Rationalisierung? Was ist denn nicht „technisch sinnvoll“, wenn Kosten gesenkt werden sollen? Soll etwa, wenn gerade nicht rationalisiert wird, alles okay sein mit und an den Arbeitsplätzen? Was soll man sich schließlich unter einem „humanen“ Arbeitsplatz vorstellen? Der DGB sieht das so:

„Maßstab aller wirtschaftlichen Betätigung müssen menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften für eine sichere Beschäftigung, für die Erhaltung und Verbesserung der beruflichen Qualifikation, für Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit und den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer. Die technische Entwicklung und der organisatorische Wandel führen nicht zwangsläufig (!) zu humanen Arbeits- und Lebensbedingungen. Rationalisierung und Automation dürfen nicht (!) die Beschäftigung, die Qualifikation, die Gesundheit und das Einkommen der Arbeitnehmer gefährden. Produktionsfortschritte, die allein (!) durch eine Intensivierung der Arbeit angestrebt werden, sind zu bekämpfen. Technische und organisatorische Neuerungen dürfen deshalb erst dann durchgeführt werden, wenn die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt und unzumutbare (!) soziale Folgen ausgeschlossen sind. Bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen muß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gesichert sein.“ (Grundsatzprogramm des DGB)

Ein feines Kampfprogramm! „Nicht zwangsläufig“, „nicht allein“ „darf nicht“ Unzumutbares sein für die Arbeitnehmer. Was die Regel in den Fabriken ist, was die Folgen der Rationalisierung ausmacht, steht säuberlich aufgezählt da mit dem Zusatz, die Gewerkschaft kämpfe dafür, daß die ganze Sache anders ablaufe, als sie abläuft. Das zu sagen und zu betonen, es solle eigentlich menschlicher zugehen, ist auch schon der ganze Inhalt des gewerkschaftlichen Kampfes gegen Rationalisierung. Er findet nicht statt. Alle „betriebsbedingten“ Rationalisierungen betriebsbedingt sind sie immer – und ihre Folgen erhalten ihre Zustimmung durch den Betriebsrat oder den gewerkschaftlichen Mitbestimmungskader oder es ist schon in Manteltarifen geregelt, wie sie abgewickelt gehören. Wenn die Gewerkschaft kritisch wird bei Rationalisierungen, hält sie sich an die Konjunktur. Manchmal ist es ihr um die Klage über den Verlust an Arbeitsplätzen überhaupt zu tun – dann spielt die „Humanität“ überhaupt keine Rolle. Ein anderes Mal wird die Rationalisierung gewürdigt mit dem Hinweis, hier würden längst überfällige „menschenunwürdige“ Kraft- und Drecksarbeiten beseitigt und durch moderne, saubere Technik ersetzt – also Arbeitsplätze zu Recht abgeschafft, an denen freilich die Gewerkschaft zuvor nichts auszusetzen hatte. Bisweilen läßt sich ein Arbeitervertreter auch dazu herbei, den Verlust genau derselben Sorte Arbeitsplätze zu beklagen, weil ein ganzer Berufsstand „Qualifikation“ und Stolz, die Einzelgewerkschaft aber ihre Mitglieder zu verlieren droht. Am Ende erscheinen der Gewerkschaft die Arbeitsplätze am humansten, die nicht abgeschafft wurden, und die Rationalisierungen am vernünftigsten, über die sie voll informiert ist und bei denen sie über jeden Schritt mitbestimmen darf, soweit es das Gesetz zuläßt. Draußen wird von der Gewerkschaft ein großes Gezeter angestimmt, welch Problem doch Entlassungen und Arbeitslose darstellten, daß es wirtschaftlich unvernünftig sei, so viel Arbeitskraft brachliegen zu lassen – und welche „menschlichen Schicksale“ sich dahinter verbergen, die man auch „nicht vergessen“ darf. Die Politiker beeindruckt dies nicht; sie wissen, daß die Arbeitslosen zum „Preis“ einer gelungenen Wirtschaft gehören und daß die Gewerkschaft das sehr wohl versteht. Im Betrieb wird entlassen, werden Überstunden geschoben, wird kurzge-

arbeitet und versetzt, finden sich so oder so Qualifizierte an den verschiedensten Arbeitsplätzen wieder, läuft Schichtarbeit mehr denn je und was es sonst noch alles gibt an humanen Arbeitsplätzen – der Betriebsrat und die mitbestimmenden Gewerkschafter klagen erst über ein angebliches Mißmanagement der Firma, stimmen dann schweren Herzens zu, weil es ohne die Rationalisierung noch schlimmer käme und sind zu höchster Freude über ihren Erfolg fähig, wenn sie einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialplan abgeschlossen haben. Der ist auf jeden Fall besser als keiner.

So entlarvt sich die verrückte gewerkschaftliche Behauptung, Unternehmer würden deshalb Maschinen aufstellen und Leute entlassen, weil tote Geräte sich nicht so störrisch aufführen würden wie lebendige und mit Willen begabte Arbeitsmenschen, doppelt als Lüge:

„Maschinen klagen nicht und fordern nicht. Der Unternehmer verfügt so frei über sie wie über sein Kapital. Menschen dagegen sind sehr viel schwieriger zu ‚handhaben‘.“ (Broschüre des IGM-Vorstandes)

Diese Gewerkschaftsvorstände phantasieren sich lieber das Bild vom Kapitalisten zusammen, der sich mit einer widerspenstigen Belegschaft herumschlagen muß, als daß sie auch nur zu einer einzigen Maßnahme nein sagen. Wenn sie mit dem sozialen Unfrieden drohen, dann warnen sie davor, daß unabhängig von jeder gewerkschaftlichen Bewegung und gegen ihren Willen Unmut entstehen und sich Luft machen könnte. Und diese Warnungen verabreichen sie keineswegs als jemand, der Entlassungen, die *eine* Folge von Rationalisierungen, unterbinden will. Sie sagen sie *vorher*:

„Erst in den letzten Jahren ist so richtig deutlich geworden, daß die Rationalisierung zu einer Strategie der Arbeitsplatzvernichtung entwickelt (?) wurde. In diesem Bereich entsteht sozialer Sprengstoff, der spätestens dann die kritische Grenze erreicht, wenn – wie namhafte Experten glaubhaft voraussagen – die 2,5 Millionen-Grenze von Arbeitslosen erreicht sein wird.“ (Broschüre des IGM-Vorstandes)

Vor Jahren war es eine Million, dann derer zwei, jetzt 2,5 Millionen, die der Gewerkschaft Anlaß zu „ernster Sorge“ geben. Wenn diese Grenze erreicht ist, werden die Experten und damit der DGB schon wieder neue Grenzen für die drohende „Explosion“ aufgemacht haben. Diese Einheitsgewerkschaft kämpft nicht gegen Ar-

mut, sondern malt sie beständig als eine Gefahr für die staatliche Ordnung aus, ohne die die Welt wohl nicht in Ordnung ist. Dabei soll den Verantwortlichen die Kontrolle ausgerechnet dann entgleiten, wenn die Gewerkschaft das Zustandekommen der Opfer nicht behindert und das Aufmucken des „Sprengstoffs“ Arbeiter nicht zuläßt, geschweige denn organisiert. Mit der vorgestellten „Explosion“, die Gewerkschaftsfunktionäre bei jedem neuen und weitergehenden Anspruch an das Arbeitsvolk beschwören, bringen sie sich als die Ordnungsmacht ins Spiel, auf die es ankommt. Für gemeinschaftliche Kontrolle der sozialen Gefahr Arbeiterklasse treten sie ein, umso mehr, je mehr Entlassungen zum selbstverständlichen betrieblichen Alltag werden. Eine saubere Begleitmusik zur Durchsetzung des Betriebsfriedens!

Vom Recht der Arbeitnehmer – auf ihre Ausbeutung

Die verschiedenen Methoden, die Unternehmer anwenden, damit sich die Anwendung oder auch Nicht-Anwendung der Arbeitskräfte für sie lohnt, sind der Gewerkschaft allesamt gut bekannt, genauso wie die Wirkungen, die diese Alltäglichkeiten des Arbeitslebens auf die Lohnabhängigen haben. Dies ist aber für die Arbeitnehmervertretung kein Grund, mit ihrer Organisation der Freiheit des Kapitals im Umgang mit seinem Arbeitsmaterial Riegel vorzuschieben. Der DGB steckt sich ganz andere Ziele:

„Der Kündigungsschutz ist zu verbessern. Die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses gegen den Willen des betroffenen Arbeitnehmers und seines Betriebsrates oder Personalrates darf nur durch ein Gerichtsurteil zulässig sein. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine andere angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Er hat Anspruch auf Hilfe, um sich in eine neue Tätigkeit einzuarbeiten. Alle Entscheidungen müssen gemeinsam mit den Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften getroffen werden. Die Arbeitszeit muß bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich weiter verkürzt werden. Ziel ist die 35-Stunden-Woche. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu einer höheren Belastung für den einzelnen Arbeitnehmer führen. Auch bei Schichtarbeit dürfen Arbeitnehmer höchstens 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich tätig sein. Die freien Tage müssen aufeinanderfolgen, möglichst viele Sonntage müssen arbeitsfrei bleiben. Die Bestimmungen über Sonntags- und Feiertagsarbeit sind zu verbessern. Die Möglichkeit, von Arbeitnehmern Mehrarbeit und Überstunden zu verlangen, ist einzuschränken. Entsprechend ist die Arbeitszeitordnung zu verändern. Mehrarbeit und Überstunden einschließlich der Zuschläge sollen verstärkt durch Frei-

zeit ausgeglichen werden. Ein jährlicher Erholungsurlaub von mindestens 6 Wochen ist zu verwirklichen. Die Arbeitsbelastung für ältere Arbeitnehmer ist durch zusätzliche und bezahlte Freizeit zu verringern. Es müssen menschengerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Technologische Entwicklungen müssen sozial beherrschbar sein und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Durch Festlegung von Mindestarbeitsinhalten sind Monotonie und Einseitigkeit in den Arbeitsabläufen abzubauen.“ (DGB-Aktionsprogramm '79)

„Verbessern“ möchte der DGB einiges, anderes „dürfe (eigentlich) nicht“ sein, „verwirklicht“ soll manches werden, den Arbeitern sei „höchstens“ soundsoviel zuzumuten. – Es fällt auf, daß kein hehres Ziel ohne die unterstellte Selbstverständlichkeit des Gegenteils verkündet wird, daß die „menschengerechten Arbeitsbedingungen“ des DGB einen Rechtstitel darstellen, der am freien Umgang des Kapitals mit dem Arbeiter nichts ändert. Dem verbesserungswürdigen Kündigungsschutz folgen Regelungen von Entlassungen; der angeblich angestrebten Verkürzung der Arbeitszeit Bestimmungen über Mehrarbeit, Überstunden und Schichtarbeit; schließlich sollen Rationalisierungen dadurch den Arbeits- und Lebensbedingungen zum Wohle der Arbeitnehmer dienen, daß man an Arbeitsplätzen mit monotoner Arbeit Mindestarbeitsinhalte erfinden will.

Für den DGB sind „Aktionsprogramme“ eben nicht Planung von Aktionen, sondern so etwas wie ein Parteiprogramm: Aufzählungen von Idealen und Demonstrationen der Güte der eigenen Politik. Kein Wunder, daß den „langfristigen“, auf die ferne Zukunft gemünzten Wünschen der Gewerkschaft ein Realismus zur Seite steht, der erst einmal *alle* Formen der für den Betrieb nützlichen Arbeit als unumgänglich ansieht. Warum ist dem DGB Abschaffung von Nacht- und Schichtarbeit keine hoffnungsvolle Perspektive? Weil er sie gar nicht abschaffen will, vielmehr diese Methode zur Verlängerung der Arbeitszeit für eine betriebliche Notwendigkeit, für einen technischen „Sachzwang“ wie den Nachtportier im Hotel hält.

„Richtig ist sicher, daß Nacht- und Schichtarbeit in weiten Bereichen der Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich leider wohl in absehbarer Zeit nicht abgeschafft werden kann (!). Gleichwohl sollten Betriebsräte sich immer dann zur Wehr setzen, wenn Schichtarbeit lediglich“ (welche Schichtarbeit gibt es denn da noch?) „ökonomisch begründet wird und möglicherweise

sogar Überkapazitäten schafft, die irgendwann wieder durch Kurzarbeitsperioden ausgeglichen werden müssen. Eine Verminderung der gesundheitlichen und sozialen Risiken der Schichtarbeit kann jedenfalls nicht durch realitätsferne Maßnahmenvorschläge... erreicht werden. Notwendig ist vielmehr eine praxisbezogene Diskussion (?) positiver Beispiele und Entwicklungstendenzen.“ (Der Gewerkschafter 8/81)

Weshalb regt sich die Gewerkschaft sehr über Leiharbeit auf – sie bezeichnet diesen Arbeitsplatzwechsel auf Zeit als das Menschenunwürdigste (nach Arbeitslosigkeit), was jemand passieren kann –, ohne auch nur einen Finger dagegen krumm zu machen? Weil das ihrer Ansicht nach der Staat zu regeln hätte, zumal dem die Steuergelder und der Gewerkschaft ein Stück personalpolitischer Zuständigkeit verloren gehen.

„Dem Verfassungsgebot der Menschenwürde zum Hohn werden nun schon jahrelang Menschen wie Gebrauchsgegenstände vermietet, ohne daß der Staat wirksame Gegenmaßnahmen unternommen hätte. Zumindest (!) die derzeitige Finanzmisere der öffentlichen Hand sollte aber Anlaß genug sein, den Gesetzgeber zu einem Verbot jeglicher Form von Fremdfirmenarbeit zu veranlassen: Nach Schätzungen gehen mehr als 10 Mrd. DM jährlich der Allgemeinheit (!) an Steuermitteln, Beiträgen zur Sozial- und Krankenversicherung etc. verloren, während (!) zum Ausgleich der Haushaltsdefizite der öffentlichen Hände Sozialleistungen in großem Umfang abgebaut werden.“ (Quelle 9/81)

Genauso argumentiert der Staat gegen die Schwarzarbeit, und die gewerkschaftlichen Entschuldigungen seines Umgangs mit Versicherungsgeldern wird er dankend zur Kenntnis nehmen! Und aus welchem Grund sind die jeweils letzten Sätze folgender Verlautbarungen aus der „Quelle“ der Gewerkschaft so entscheidend? Weil dem DGB nichts wichtiger ist, als bei Kündigungen und Überstunden ein Recht auf Mitsprache zu besitzen.

„In Betrieben mit Betriebsrat ist die Anordnung von Überstunden absolut mitbestimmungspflichtig. Wird die Zustimmung des Betriebsrats nicht vorher (!) eingeholt, so ist die Anordnung rechtswidrig.“ also wird sie vorher eingeholt. „Eine Kündigung ist nur dann sozial gerechtfertigt, wenn sie durch Gründe bedingt wird, die in der Person oder in dem Verhalten des Arbeitnehmers liegen oder dringende betriebliche Erfordernisse vorliegen, die einer Wiederbeschäftigung des Arbeitnehmers entgegenstehen. Gleich welche Gründe bestehen: Eine Kündigung ist immer dann sozialwidrig, wenn ihr der Betriebsrat zu *Recht form-* und *fristgerecht* widersprochen hat.“ (Quelle 9/81)

Die bekannte Tatsache, daß nur sehr wenige von den wenigen, die sich den Gang zum Arbeitsgericht leisten, damit Erfolg haben und wiederbeschäftigt werden, ist ebenso im Sinne dieses Rechts, wie es bei Betriebsräten keine Ausnahme darstellt, wenn diese – was die Gewerkschaft zugibt – kaum Entlassungs- und Kündigungsfälle vor das Arbeitsgericht bringen, obwohl sie häufig die rechtlichen Möglichkeiten dazu hätten.

Recht hat eben mit ‚Anspruch auf Interesse‘ nichts gemein, und das von der Gewerkschaft für gut, wenn auch noch nicht gut genug befundene Betriebsverfassungsgesetz sowie die zwischen den Tarifparteien ausgehandelten Manteltarifverträge sind alles andere als Mittel der Arbeitnehmer, ihr Interesse gegen die Unternehmer durchzusetzen. Mit den geltenden Vereinbarungen ist die Austragung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit auf seiten der Arbeiter passé. Die Gewerkschaften verzichten darauf, sich im Betrieb gegen die verschiedenen Methoden der Ausbeutung zu wehren. Der Gegenseite billigen sie alle „Betriebsnotwendigkeiten“ zu, wenn sie sich nur an die Rechte der Arbeitnehmer hält, die ihrerseits das Recht haben, den geltenden Pflichten nachzukommen. Und diese beiderseitige Verpflichtung, wie und unter welchen Bedingungen der Gegensatz geregelt gehört, bedeutet für die beiden Interessenten einen ziemlichen Unterschied. Während die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften im Betrieb keinen Kampf mehr führen dürfen er wäre ungesetzlich und ein Bruch der Tarifvereinbarungen –, ist dem Kapital seine Freiheit des Umgangs mit dem Arbeitsmaterial gemäß unternehmerischer Kalkulation zum Recht erklärt. Man nehme nur den Fall der Stilllegung eines Werkes in Ulm: Die Entlassungen der gesamten Belegschaft sind, sofern das Unternehmen sich an die Vorschriften der Abwicklung hält, rechtlich in Ordnung. Der Streik der Arbeiter dagegen ist im Sinne des Gesetzes ein „wilder Streik“, auch in den Augen der Gewerkschaft. Im besagten Fall aber hielt sie es für opportun, sich moralisch auf die Seite der Streikenden zu stellen, aber nur um zu erklären, nichts für sie tun zu *können*:

„1700 Menschen sehen nicht tatenlos dem heimtückischen (!) Mord an ihren Arbeitsplätzen zu. Die IG Metall hat dafür vollstes Verständnis. Sie würde

sich gerne an die Spitze des Kampfes stellen. Aber aus rechtlichen Gründen kann sie das nicht.“ (Flugblatt der IG Metall)

Diese Arbeiterorganisation beruft sich nur zu gerne auf die rechtlichen Verpflichtungen, die sie selbst so machtvoll eingegangen ist. Mit einem Schutz der ihr Anbefohlenen will sie ihre Rechte auf keinen Fall verwechseln lassen. Ihr schärfstes Kampfmittel erblickt sie in der öffentlichen Beschwörung der wirtschaftlichen Vernunft. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer leistet sich die Ungeheuerlichkeit, nur *diese* Entlassungen für verwerflich zu halten.

„Videocolor ist wirtschaftlich gesund, *deshalb* gilt für die Kolleginnen und Kollegen: Schulter an Schulter für den Erhalt.“ –,

und dann zu Spenden „Solidarität für Videocolor“ aufzurufen. Statt des Einsatzes der gewerkschaftlichen Streikkasse pflegt man wieder einmal das gemeinschaftliche Opfer für einen sicheren Mißerfolg. Mit der Verbannung des Arbeitskamps aus dem Betrieb darf sich das Kapital in den Fabriken recht freizügig aufführen. Sämtliche „Mindestbedingungen“ im Manteltarifvertrag, die nach Ideologie der Gewerkschaft den Arbeitnehmern „Absicherungen“ oder sogar „Verbesserungen“ von Bezahlung und Arbeitsbedingungen bringen sollen, kann das Kapital ganz legal benützen *und* außer Kraft setzen. Die Besitzer der Produktionsmittel rationalisieren und verändern die Arbeitsplätze, schaffen also ständig neue Bedingungen, so daß die IG Metall zu folgendem schönen Eingeständnis kommt, welches großartigen Schutz sie doch mit ihren Manteltarifverträgen „erkämpft“ hat:

„Ein mittelfristiger tarifpolitischer Aufgabenschwerpunkt liegt im Bereich der Qualifikationen und ihrer differenzierten Abgeltung im Tarifvertrag. Die Tarifbestimmungen zur Entgeltdifferenzierung werden durch die Veränderungen in Technik, Fertigungsverfahren und Arbeitsorganisation zunehmend ausgehöhlt. Vor dem Hintergrund krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen und verstärkten Rationalisierungsdrucks (?) bietet die der heutigen Entgeltdifferenzierung zugrundeliegende Methode der Arbeitsbewertung, insbesondere die analytische Arbeitsbewertung, keine ausreichende Möglichkeit, der Gefahr von Einkommenseinbußen, Entqualifizierungen und sozialem Abstieg zu begegnen. Sie bietet den Unternehmern zu viele Ansatzpunkte, den sozialen Status zu mindern. Die heutigen Bestimmungen zur Entgeltdifferenzierung sind ein Anreiz, systematisch Qualifikationen im Betrieb zu entwerten. Sie erschweren die gewerkschaftliche Politik der Qualifikationssicherungen und

der menschengerechten Gestaltung der Arbeit.“ (Strategiepapier der IG Metall) (Das sagt die IG Metall über ihre „erfolgreichen“ Manteltarifverträge!)

Das heißt nun aber keineswegs, daß man in Gewerkschaftskreisen zugeht, daß alle Manteltarifverträge und ihre bis ins kleinste gehenden Bestimmungen nie und nimmer für die Arbeitnehmer etwas absichern. Die Gewerkschaft kündigt ihre langfristige mittelfristige Politik an, in jahrelangen Verhandlungen neue Manteltarifverträge abzuschließen. So wird der Stand betrieblicher Ausbeutung immer ein paar Jahre später mit dem Siegel der Gerechtigkeit versehen. Die Arbeiter behalten weiter ihr Recht auf nützliche Arbeit und die Gewerkschaften bleiben dem Prinzip ihrer Politik treu, im Betrieb den Arbeitern Rechte und Pflichten zu verpassen und sich selbst das Recht auf Mitsprache zu gönnen. Das Wie und Was der Regelungen im MTV hat nämlich dem Inhalt nach den „Arbeitsplatzbesitzern“ folgende Härtefälle zu bieten.

1. Mehrarbeit, Überstunden, Kurzarbeit

Wo Unternehmer aus Gründen des aktuellen oder erwarteten Absatzes die Produktion drosseln, greifen sie zu dem Mittel der Kurzarbeit, sofern sie damit rechnen, daß sich die volle Anwendung der zeitweilig Kurz-Beschäftigten auch wieder lohnen wird. Sie sparen Lohnkosten ein, ohne zu Entlassungen überzugehen (andererseits schließt sich beides nicht aus), weil die Arbeitskräfte nicht als gänzlich nutzlos, also überflüssig angesehen werden für die gewinnbringende Produktion. Das Recht dazu haben die Betriebe von der Gewerkschaft zugesprochen bekommen.

„Wenn es die betrieblichen Verhältnisse erfordern, kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat für den Betrieb, für Betriebsabteilungen oder Gruppen von Beschäftigten Kurzarbeit nach einer Ankündigungsfrist von 1 Monat (30 Kalendertage), ohne daß es einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses bedarf, eingeführt werden. Eine hiervon abweichende Frist kann bei Vorliegen wichtiger Gründe mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien festgelegt werden. Die Tarifvertragsparteien haben sich mit solchen Anträgen sofort zu befassen.“ (MTV IG Metall Bayern, § 3)

So der Betrieb will – was dasselbe ist wie „wenn es die betrieblichen Verhältnisse erfordern“ –, geht diese Form zeitweiliger Lohnersparnis in Ordnung. Der Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf ihren Lohnverlust besteht darin, daß die Kurzarbeit fristgerecht angekündigt wird

(es sei denn, es liegen betriebliche Gründe vor, sich nicht an die Frist halten zu müssen) und ihr Betriebsrat dabei mitsprechen darf.

In der Regel pflegen Betriebsräte die mit ihrer Mitwirkung angeordnete Kurzarbeit damit zu legitimieren, daß so Entlassungen umgangen würden. Ein ziemlich dummes Argument, denn warum sollte Kurzarbeit dadurch etwas Gutes werden, daß man sie mit Entlassungen vergleicht; außerdem schützt sie nicht vor Entlassungen, aber als Argument für das Verhalten des Betriebsrats taugt diese Lüge allemal. Genauso wie die umgekehrte eines Betriebsrates bei Opel:

„Die große Abfindungsaktion“ (meint: 4.000 Entlassungen) „damals war richtig. Möglicherweise haben wir damit eine der Voraussetzungen für den Aufschwung“ (meint: Sonderschichten) „geschaffen!“ (Opel-Betriebsratschef Rudolf Hahn)

Schließlich hat die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb seine und der Arbeitnehmer Rechte voll und ganz wahrgenommen. Es kann aber auch sein, daß sich ein Betriebsrat dann zu einer Kritik von Kurzarbeit aufschwingt, wenn es bald zu Überstunden kommt. Ohne Kurzarbeit wären die nicht nötig gewesen, lautet der eigenartige Vorwurf gegen ein angebliches Fehlverhalten der Firma. Oder er empört sich auf einer Betriebsversammlung über das „Wechselbad“ von Kurzarbeit und Überstunden und will damit eine chaotische Geschäftsführung anklagen. Denn so ein Betriebsrat kennt sich aus in der Beurteilung von Überstunden und sonstiger Mehrarbeit. Die Rechte, die die Arbeitnehmer dabei haben, stehen ganz genau im Manteltarifvertrag.

„1. Mehrarbeit Zuschlagspflichtige Mehrarbeit ist die über 40 Stunden in der Woche hinausgehende Arbeitszeit, soweit die Mehrarbeit nicht nach den Bestimmungen der AZO zuschlagsfrei ist...

2. Sonn- und Feiertagsarbeit Sonn- und Feiertagsarbeit ist jede an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen in der Zeit zwischen 0 und 24 Uhr geleistete Arbeit...

3. Nachtarbeit Nachtarbeit ist die in der Zeit zwischen 20 und 6 Uhr geleistete Arbeit.“ (ebenda, § 4)

Von wegen 40-Stunden-Woche, auf welchen Kampferfolg der Vergangenheit die Gewerkschaft so stolz ist! Der Betrieb hat gemäß Vereinbarung mit dem DGB alle Möglichkeiten, den *Normalarbeitstag* nach seinem Gutdünken zu überschreiten. Ihm ist nur auf-

erlegt, die vorgeschriebenen Zuschläge zu zahlen und den Betriebsrat nicht zu übergehen.

„1. Mehrarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Nacht- und Nachtschichtarbeit kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat unter Beachtung der Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften eingeführt werden. Kommt eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat nicht zustande, so kann nach den Bestimmungen des § 29 Abschn. D (Schlichtungsstelle) verfahren werden. Wenn es die wirtschaftlichen Belange des Betriebes erfordern oder wenn infolge Betriebsstörung ein unterbrochener Arbeitsprozeß nicht mehr weitergeführt werden kann oder in sonstigen außergewöhnlichen Fällen sind, falls eine Vereinbarung nicht zustande kommt, Überstunden bis zur Entscheidung der Schlichtungsstelle zu leisten.

2. Ist in unvorhergesehenen Fällen die Vereinbarung mit dem Betriebsrat nicht mehr möglich, so ist dieser nachträglich unverzüglich zu verständigen.“ (ebenda, §5)

Wo ist eigentlich die früher einmal erkämpfte Begrenzung des Arbeitstages geblieben? Das Kapital kann über seine Arbeitskräfte verfügen, so lange und wo es will. Selbst auf die Vereinbarung mit dem Betriebsrat, die mit diesem immer zustande kommt, ist es nicht unbedingt angewiesen. Und da, wo ihm die Zuschläge für Überstunden zu teuer kommen und die Maschinen rund um die Uhr produzieren sollen, gibt es Schichtarbeit. Natürlich auch Sonderschichten, wenn die betrieblichen Belange es erfordern...

2. Lohnformen, Normalleistung, Lohngruppen, Arbeitsplatzbewertung

Die Gewerkschaft versteht es blendend, von Humanisierung der Arbeit zu reden, die schlimmen Folgen betrieblicher Praktiken für die Arbeiter und Angestellten zu beklagen. Sie deckt schonungslos die Hetze an Akkordarbeitsplätzen, die gesundheitsschädigenden Wirkungen der Schichtarbeit und ihrer Wechsel per Befragung auf; den Takt der Fließbänder hält sie für unmenschlich, weil sich an ihnen nur entscheidet, wie lange es Arbeiter nicht von ungefähr vor allem Ausländer – an ihnen aushalten, und die Berufskrankheiten besonders giftiger Arbeitsplätze malt manches Gewerkschaftsblatt aus. Das alles beißt sich im DGB offensichtlich nicht mit der festgeschriebenen Akzeptierung all dieser Formen kapitalistischer Ausbeutung als betrieblichen Notwendigkeiten oder als Dingen, die nun einmal zum Arbeitsleben dazugehören. In Manteltarifverträgen werden

all die wegen ihrer Wirkungen auf die Arbeiter beklagten Zustände im Betrieb und an den Arbeitsplätzen als Faktum definiert, alle ohne Ausnahme:

„Die Arbeit wird einzeln oder in Gruppen ausgeführt. Sie wird in Zeit-, Akkord- oder Prämienlohn vergeben. Die Einführung dieser Entlohnungsarten und die damit verbundene Festlegung des Geltungsbereichs ist mit dem Betriebsrat zu vereinbaren...

Zeitlohnarbeit ist solche Arbeit, bei welcher die zur Ausführung der Arbeit notwendige Zeit wegen der Art der Arbeit vorher nicht festgelegt worden ist.

Akkordarbeit ist solche Arbeit, bei der die zur Ausführung der Arbeit notwendige Zeit vorher direkt oder indirekt festgelegt wird.

Prämienlohnarbeit ist solche Arbeit, bei der vorher für einen bestimmten Arbeitserfolg (Güte, Materialeinsparung u. a.) eine Betriebsvereinbarung getroffen wird.

Mehrmaschinenarbeit (Mehrstellenarbeit) liegt dann vor, wenn ein Arbeitnehmer an mehreren Maschinen (Arbeitsstellen) zur Erfüllung von Arbeitsaufträgen tätig ist.

Fließarbeit ist solche Arbeit, bei der ein zeitlich bestimmtes Fortbewegen und ein stetiger Arbeitsfortschritt der zu bearbeitenden Arbeiten, Mengen oder Stücke von Hand, durch Fließband oder auf einem Taktband erfolgt. Gruppenarbeit ist solche Arbeit, die wegen ihrer Arbeitsaufgabe und ihres Arbeitsablaufs oder aus Sicherheitsgründen nicht von einem Arbeitnehmer allein bewältigt werden kann.“ (ebenda, § 14)

Als handle es sich bei einem kapitalistischen Betrieb einfach um eine ganz natürliche Produktionstechnik, die eine bestimmte Art der Arbeit und ihrer Bezahlung bedinge – und nicht um eine Produktionsweise, mittels der die eine Seite Gewinn erzielt, während dafür die andere lebenslang für Lohn arbeiten muß –, werden alle Lohnformen, eben mit der Lüge des technischen Erfordernisses, mit dem Mantel der Rechtfertigung versehen. Für den DGB ist der alte Spruch „Akkord ist Mord“ längst überholt; „Akkord ist tarifvertraglich geregelt“ heißt die Devise, und die unübersehbaren Wirkungen, die der Akkord allenthalben zeitigt, schreibt ein gewerkschaftlich orientierter Arbeitsrechtler lässig der „Tatsache“ zu, daß es an tarifvertraglichen Vereinbarungen doch noch hie und da fehle. Selbst Arbeitsplätze, die sich in besonderem Maße durch Schädigung der Gesundheit auszeichnen, sind der Gewerkschaft

offensichtlich eine ökonomische Notwendigkeit und dem Arbeiter auf jeden Fall zumutbar, hat die Arbeitnehmervertretung doch für das schnelle Fortschreiten von Krankheiten ein kleines Aufgeld ausgehandelt und abgesichert. Und da heißt es immer, die unmenschlichen Zustände kapitalistischer Ausbeutung seien mit dem 19. Jahrhundert beendet, und heute lasse sich keiner mehr seine Gesundheit für ein paar Pfennige abkaufen:

„Alle unmittelbar in Schmieden beschäftigten Arbeitnehmer erhalten für den durch diese Tätigkeit entstehenden Mehraufwand eine nicht akkordfähige Entschädigung (Aufwandsentschädigung) in Höhe von 20 Dpf. je Arbeitsstunde. Das gleiche gilt für solche Arbeitnehmer, die unter erheblicher Einwirkung von Rauch, Ruß, Staub, Hitze, Säuredämpfen oder giftigen Stoffen zu arbeiten haben, wie dies beispielsweise bei Arbeiten mit Blei und Zink, beim Kesselreinigen, Sandstrahlen, Spritzlackieren, Schweißen, Beizen, Galvanisieren und ähnlichen Arbeiten auftreten kann.

Ferner gilt dies für solche Arbeitnehmer, die unter hoher Lärmbelästigung in besonderem Maße tätig sind.

Die Zulage für Lärmbelästigung ist, wenn aus anderen Gründen bereits Anspruch auf eine Entschädigung besteht, in jedem Fall noch zusätzlich zu gewähren.

Arbeitnehmer, die überwiegend bei einer Temperatur von über 35 Grad Celsius arbeiten, erhalten an Stelle der in Satz 1 genannten Zulage eine solche in Höhe von 40 Dpf je Arbeitsstunde. Soweit die Tätigkeit von Transportarbeitern mit einer besonderen Verantwortung verbunden ist, erhalten diese einen Lohnzuschlag von 25 Dpf je Arbeitsstunde. Das letztere gilt auch für Reparaturarbeiten, deren Verrichtung mit besonderen Gefahren verbunden ist.“ (ebenda, §15)

Die schönen Rechte der Arbeitnehmer sind ein einziger Katalog der lohnenden Anwendung der Arbeitskraft, wie sie gang und gäbe ist mit ihren sicheren Folgen für die Lohnabhängigen. Heute ist also tatsächlich Schluß mit der „Unternehmerwillkür“ von einst weil jede Sorte von Gesundheitsschädigung gemessen und als Recht verbrieft ist, mit Kostenangabe. Nur noch zynisch klingt unter diesen Voraussetzungen manteltariflicher Billigung aller Produktionsmethoden der Unternehmer die gewerkschaftliche Definition von Normalleistung.

„Normalleistung ist diejenige Leistung, die von ausreichend geeigneten Arbeitnehmern bei voller Übung und ausreichender Einarbeitung ohne Gesundheitsschädigung auf die Dauer erreicht und erwartet werden kann.“ (ebenda, § 19)

Tatsächlich für normal hält der DGB das in den Betrieben praktizierte System von Lohn und Leistung, die Hierarchie der Lohnarbeit, wie sie von niedrig bewerteten Arbeitsplätzen und deren schlechter Bezahlung bis zu höher bewerteten Arbeiten mit vergleichsweise besserem Lohn reicht. Wo das Kapital unterschiedliche Tätigkeiten nach dem Wert der Leistung für das Geschäft unterschiedlich bezahlt, also nach dem Kriterium der Billigkeit: gezahlt wird, was sich lohnt und zu zahlen ist, um die entsprechenden Arbeitskräfte und ihre Leistung zu bekommen. Wo sich die Unternehmer von bestimmten Berufsqualifikationen derart emanzipiert haben, daß mit ihnen kein Anspruch zu erheben ist, vielmehr im Betrieb die Hierarchie der Lohnarbeiten entschieden wird und an den verschiedenen Arbeitsplätzen ihre Ausfüllung gemäß den Anforderungen die tatsächlich geltende Qualifikation ist hält die Gewerkschaft noch an dem Ideal einer Zuordnung bestimmter Berufsabschlüsse zu bestimmten Arbeitsplätzen fest. Was sie aber nicht daran hindert, der darüber erhabenen Bezahlung der Lohnabhängigen durch die Unternehmer ihr Placet zu geben. Im Grunde hat der DGB trotz aller Nörgelei über die soziale Minderbemitteltheit der unteren Lohngruppen nichts gegen das Prinzip der Skala von Lohngruppe 1 bis 10. Sie legt dieselbe in ihren Manteltarif nieder, weil es ihr selbstverständlich ist, daß je nach Arbeitsplatz Leute weniger „leisten“ und deshalb auch weniger verdienen als andere. Denn sie hält die Konkurrenz per Leistungsvergleich für eine gerechte Sache und wehrt sich deshalb gegen den Vorwurf der Unternehmer, „Strukturverbesserungen“ für die unteren Lohngruppen (in Tarifverhandlungen auch „soziale Komponente“ genannt) würden zu einer Nivellierung der Leistungsunterschiede führen. Das will sie keineswegs. Im Gegenteil hat sie sich Kriterien ausgedacht und manteltariflich zusammen mit den Arbeitgebern fixiert, die den unterschiedlichen Lohngruppen und Arbeitsplatzbewertungen den Schein größter Objektivität verleihen sollen. Nicht die Abschaffung unterer Lohngruppen, in denen Arbeiter und Angestellte von ihrer Drecks- und Tipparbeit kaum leben können, oder die Durchsetzung von Löhnen für sie, die sie brauchen (ohne dabei von den oberen Lohngruppen etwas wegzunehmen), sondern die rechtliche Bestätigung dafür, daß die Unteren tatsächlich und gerechterweise weniger verdienen, hat sich die Gewerkschaft zu ihrem Anliegen gemacht.

Je höher die Lohngruppe, desto höher muß ja wohl die Qualifikation dieses Arbeitnehmers sein, entscheidet die Gewerkschaft, gesteht aber gleichzeitig zu, daß dies kaum das entscheidende Argument des Unternehmers sein kann, der ja kein Problem hat, einen Facharbeiter an einem Arbeitsplatz mit Lohngruppe 6 oder noch darunter einzusetzen. Auf Grundlage existierender Lohnunterschiede an unterschiedlichen Arbeitsplätzen erfindet der DGB das Unterscheidungsmerkmal „Belastung“ und bestimmt es so:

„Unter Belastung im Sinne der Belastungsstufen I und II sind sowohl Belastungen der Muskeln als auch der Sinne und Nerven zu verstehen. Die Belastung der Muskeln wird bestimmt durch den bei der Arbeitsausführung erforderlichen dynamischen oder statischen – auch einseitigen – Kraftaufwand.

Die Belastung der Sinne und Nerven wird bestimmt durch die bei der Arbeitsausführung erforderliche Anspannung, wie sie beim Wahrnehmen, Beobachten, Nachdenken und Reagieren auftritt. Darüber hinaus sind bei beiden Merkmalen die Belastungsdauer, ihre zeitliche Verteilung während der Arbeitsschicht und die Organisation des Arbeitsablaufes (eigen- oder fremdbestimmt) maßgebend.“ (ebenda, § 15)

Man merkt, daß vom Inhalt der Tätigkeiten nicht die Rede ist. Über das Kriterium Belastung gelten alle Arbeiten erst einmal als gleiche, als Verausgabung oder Beanspruchung von Sinn, Muskel, Nerv, um dann einen Unterschied im Belastungsgrad aufzumachen, der so tut, als ginge es um die Bewertung einer konkreten *Leistung*, welche die gewerkschaftlichen Gerechtigkeitsfachleute von Belastung sehr wohl unterscheiden können an einem bestimmten Arbeitsplatz. Daß es sich in Wirklichkeit um die Subsumtion verschiedenster Arbeitsplätze unter ein und denselben Maßstab handelt, ist ersichtlich an der Masse von Tarifbeispielen, die niedergeschrieben sind. Da kommt es zu Beispielen solcher Art:

	Tarifbeispiel Nr. 15	
Montage von Sandwich-Toaster am Fließband	1. Stufe	<input checked="" type="checkbox"/>
	2. Stufe	<input type="checkbox"/>

Werkstück

Sandwich-Toaster 35x25x15 cm, 2,0 kp (kg)

Betriebsmittel

Luftschrauber, Handschrauber, Elektroschrauber, Schränk-eisen, Flachzange.

Arbeitsplatz

Arbeitsplatz am Fließband in einer 15.000 m² großen, hel-len, heizbaren Halle. Arbeitsverrichtung im Sitzen.

Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf

Am Fließband sitzen 15 Arbeitnehmer.

Vormontiertes Teil vom Band herausziehen, Lüsterklemme mit Isolierplatte und 1 Schraube mit Elektroschrauber montieren.

Gehäuse links und 2 Linsenblechschrauben mit Elektro-schrauber montieren.

Gehäuse rechts in Vorrichtung legen und 2 Glimmleuch-terlitzen mit Drücker stecken.

Klemmwinkel mit 1 Schraube und Zahnscheibe montieren.

4 Schrauben von Lüsterklemme mit Elektroschrauber lösen.

1 Gummitülle in Gehäuse rechts einführen.

Montiertes Teil auf Band zurückschieben.

Ausbringung je Stunde

etwa 35 Stück

	Tarifbeispiel Nr. 21	
Auspacken von Paketen und Mengenkontrolle des Inhalts	1. Stufe	<input type="checkbox"/>
	2. Stufe	<input checked="" type="checkbox"/>

Werkstück

Pakete unterschiedlicher Größe und Verpackungsart von etwa 1 bis 25 kp (kg) Gewicht.

Betriebsmittel

Packtmisch, Zählwaage, Blechschere, Zange, Messer, Schere.

Arbeitsplatz

Einzelarbeitsplatz mit zusätzlicher Beleuchtung in einem 250 m² großen, hellen, heizbaren, belüftbaren Raum, in dem neben dem Wareneingang auch die Eingangsrevision untergebracht ist.

Arbeitsverrichtung im Stehen und im Gehen.

Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf

Pakete werden bereitgestellt.

Pakete auf den Packtmisch stellen, öffnen, sodann Inhalt he-rausnehmen. Gelieferte Menge durch Zählen oder Wiegen feststellen. Etwaige Differenzen auf dem Lieferschein ein-tragen. Inhalt in Karton zurücklegen und abstellen für Ab-transport zur Eingangsrevision.

Ausbringung je Stunde

etwa 10 bis 25 Stück (Pakete)

(Manteltarifvertrag für die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer der bayerischen Metallindustrie, Anhang 5)

Bewertungsbegründung	Tarifbeispiel Nr. 15	
1. Muskelbeanspruchung		
1.1 Gewicht/Widerstand		
Bewegtes Gewicht in kp	(kg)	<input type="text"/>
Entfernung in Meter	etwa	<input type="text"/>
Höhe in Meter	etwa	<input type="text"/>
Häufigkeit pro Schicht	etwa	<input type="text"/>
und/oder		
Widerstand in kp	(kg)	<input type="text"/>
Zeitdauer in Minuten	etwa	<input type="text"/>
Häufigkeit pro Schicht	etwa	<input type="text"/>

1.2 Körperhaltung	Sitzen	Stehen	Gehen
Zwangshaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keine Zwangshaltung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

1.3 Muskelgruppe	Beine	Rumpf	Arme	Finger
dynamisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
statisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Sinnes- und Nervenbeanspruchung

arbeitsbedingt vorwiegend beansprucht durch

Wahrnehmen Beobachten Nachdenken Reagieren

3. Organisation der Arbeitsmittel

eigenbestimmt fremdbestimmt

4. Für die Zuordnung der Beispiele in die Belastungsstufe I sind ausschlaggebend:**Muskelbeanspruchung:**

Sitzende, ungezwungene Körperhaltung. Dynamische Beanspruchung der Arme

Sinnes- und Nervenbeanspruchung:

Trotz fremdbestimmter Organisation des Arbeitsablaufs nach nicht für Stufe II ausreichend

Bewertungsbegründung	Tarifbeispiel Nr. 21	
1. Muskelbeanspruchung		
1.1 Gewicht/Widerstand		
Bewegtes Gewicht in kp	(kg)	<input type="text"/>
Entfernung in Meter	etwa	<input type="text"/>
Höhe in Meter	etwa	<input type="text"/>
Häufigkeit pro Schicht	etwa	<input type="text"/>
und/oder		
Widerstand in kp	(kg)	<input type="text"/>
Zeitdauer in Minuten	etwa	<input type="text"/>
Häufigkeit pro Schicht	etwa	<input type="text"/>

1.2 Körperhaltung	Sitzen	Stehen	Gehen
Zwangshaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keine Zwangshaltung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

1.3 Muskelgruppe	Beine	Rumpf	Arme	Finger
dynamisch	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
statisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Sinnes- und Nervenbeanspruchung

arbeitsbedingt vorwiegend beansprucht durch

Wahrnehmen Beobachten Nachdenken Reagieren

3. Organisation der Arbeitsmittel

eigenbestimmt fremdbestimmt

4. Für die Zuordnung der Beispiele in die Belastungsstufe II sind ausschlaggebend:**Muskelbeanspruchung:**

Stehen und gehen, Dynamische Beanspruchung beim Bewegen der Pakete (bis 25 kp/kg, bis 400x je Schicht)

Das verrückte Ergebnis, die Montage von Sandwich-Toastern am Fließband erhält die Wertung Stufe I der Belastung, Auspacken von Paketen und Mengenkontrolle des Inhalts die Wertung Stufe II der Belastung, zeigt nicht den Leistungsunterschied der Tätigkeiten, sondern was sich die Gewerkschaft da leistet. Wo der Betrieb nach seinem Nützlichkeitskriterium den Arbeitsplatz bewertet und bezahlt und durch Messung von Bewegungen wie Sitzen, Gehen, statische bzw. dynamische Muskelbeanspruchung und Reduzierung auf geringste Dauer bei Einsparung jeder überflüssigen Zeit und jeden verschwendeten Meter Raumes die produktivste Nutzung des Arbeitsplatzes erreichen will, geht die Gewerkschaft her und drückt dem einseitigen *Interesse* des Kapitals an kostengünstiger Produktivität den Stempel der *Objektivität* auf: der eine oder andere Arbeitsplatz verlange genau diese oder jene Bezahlung! Die Ideologie des Leistungslohns, nach der jeder gemäß seiner Leistung gezahlt werde, wird zum Recht in Manteltarifverträgen, und die Gewerkschaft bestätigt so mit diesen Vereinbarungen, daß alle Löhne gerecht sind, jeder tatsächlich verdient, was er verdient, wenn die Arbeitsplatzbewertung korrekt, also gemäß Manteltarifvertrag vorgenommen wurde. Wenn Unternehmer „Arbeitsplätze schaffen“, an denen die Arbeiter dazu verurteilt sind, sich als Anhängsel der Maschine, als Vollzugspersonal eines ebenso anstrengenden wie einförmigen Betriebsablaufs zu bewähren, entdeckt die Gewerkschaft mit den Arbeitswissenschaftlern von den Universitäten lässig „Qualifikationen“; so als ob der „Arbeitsplatz“ den Fertigkeiten seines „Besitzers“ *entsprechen* würde, definiert sie kleinlichst das, was einer „kann *und* den dazu passenden Lohn. Die Kapitalseite kann ihrer Kalkulation nachgehen und alle Methoden der Produktivitätssteigerung verfolgen. Veränderungen der Arbeitsplätze und der Organisation der Produktion sind ja gerechtfertigte betriebsbedingte Notwendigkeiten. Nach ein wenig Streit zwischen Unternehmer und Betriebsrat wird sich das neue Tarifbeispiel schon finden lassen, ohne daß der Fluß der Arbeit unterbrochen zu werden braucht.

Das freie Unternehmertum hat bis in die letzten Ecken seiner schöpferischen und effektiven Benutzung der Arbeitskraft von der Arbeiterklasse in Gestalt der Gewerkschaft seinen Segen bekommen. Und die Gewerkschaft ist stolz darauf, im Recht zu sein, so viel Rechte zu besitzen, von nichts ausgeschlossen zu sein. Inso-

fern betreibt der DGB schon an der Quelle des Reichtums der Nation, in den Fabriken, „Gesellschaftspolitik“ und befördert in jeder Hinsicht den Nutzen der Arbeit für die BRD. Was die Arbeiter davon haben, mag noch einmal ein Wort Eugen Loderers zum 90. Geburtstag der IG Metall belegen:

„Starke Gewerkschaften haben als soziale Gegenmacht in unserer Ordnung Gesellschaftspolitik verwirklicht. ... Die IG Metall hat Gesellschaftspolitik nie als bloße“ (das „bloß“ zeigt, wie sehr es dem DGB auf solchen Schutz ankommt: gibt es denn diesen Schutz?) „Schutzfunktion vor den Wechselfällen des Lebens, wie Invalidität, Krankheit, Unfall oder Alter, betrachtet. Gesellschaftspolitik hat für die IG Metall auch eine Gestaltungsfunktion, um humanere Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen.“

Deswegen gibt es wohl nicht nur Arbeitsplätze, an denen sich Leute ihr Leben lang verschleifen *und* aufgrund der manteltariflichen Skala, also ganz gerecht, in einer unteren Lohngruppe landen; sondern auch ganze, gewerkschaftlich aufgemachte, Statistiken über das – immer „noch“ – vorhandene Ausmaß von Invalidität und Krankheit, an dem „die Gesellschaft“ leidet, weil die Geschädigten auch noch so teuer sind!

Kapitel III

Die „soziale Gegenmacht“ – Wirtschafts- und Sozialpolitik des DGB

Jeder Tarifabschluß ist heute ein gewerkschaftlicher *Erfolg*. Zwar gesteht die Gewerkschaft freimütig zu, daß sie einen Reallohnabbau abgeschlossen hat, aber ein erster Schritt ist getan, um das Beschäftigungsproblem zu lösen, die Wirtschaftskrise zu überwinden und die Staatsverschuldung abzubauen bei letzterem fallen der Arbeiterorganisation regelmäßig die Arbeitslosen ein, deren Anspruch auf die von ihnen gezahlte Arbeitslosenversicherung dem Staat Unsummen koste. Dem Lohn und dem Arbeiter, der von ihm leben muß, bekommt es freilich nicht gut, *das* billig gemachte Mittel zu sein, dessen sich Kapital und Staat für ihre Zwecke freigiebig bedienen. Für die Gewerkschaft jedoch geht das in Ordnung. Jede Steuererhöhung, Rationalisierungsmaßnahme und Entlassung gilt ihr als Beweis der Probleme, die „Wirtschaft“, Staat und „Gesellschaft“ aus „schwierigen Zeiten“ entstehen, und kann mit gewerkschaftlichem Verständnis rechnen. Umgekehrt läßt keine Tarifkommission das Argument gelten. Die Arbeiter bei den Lohnverhandlungen für die staatlichen und unternehmerischen Ansprüche zu entschädigen, die sie im Namen „schwerer Zeiten“ auszubaden haben, hält man für unmöglich. Das hieße ja einmal ernsthaft hochrechnen, wieviel die Mitglieder über Inflation, erhöhte Steuerabzüge usw. ärmer geworden sind, die stattgefundenen Leistungssteigerungen berücksichtigen, auf das Ganze noch etwas draufschlagen, weil's bisher schon nichts Rechtes war und das als Forderung durchzusetzen! „Schwierige Zeiten“ haben für die Gewerkschaft eben keine Urheber Staat und Kapital sind vielmehr die eigentlich Notleidenden –, und ihnen zuliebe haben die für das Wohl der Nation verantwortlichen Arbeitsbürger ihre Opfer zu bringen. In deren Namen betreibt der DGB „Tarifpolitik mit Augenmaß“, preist seinen Mitgliedern die neueste Lohnsenkung als „vertretbaren Kompromiß in schwieriger Zeit“ an und beschämt die Männer der Wirtschaft und die Politiker gleichermaßen mit seiner einzigartigen Verantwortlichkeit für das große Ganze. Die moderne Ein-

heitsgewerkschaft betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, auch nur irgendeine Zumutung der anderen Seite zu verhindern und für die Geschädigten herauszuholen, was immer durchzusetzen geht. Sie verweist dagegen auf ihre, ganz tarifautonom vollzogene *Mitbeteiligung* bei der Schädigung als Beitrag zu der Gesundung der Wirtschaft und zur Sanierung der Staatskasse. Auch für die Gewerkschaft ist der Lohn für alles andere gut; nur für ein anständiges Leben dessen, der mit ihm zurechtkommen muß, ist er zu schade.

Die Interessen seiner Mitglieder macht der DGB nur als nationale Opferbereitschaft geltend und klagt seinen „Lohn“ für diese Leistung ein: Wird dem Fleiß deutscher Arbeiter auch entsprechend gedankt durch den Erfolg, den Kapital und Staat daraus machen – eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmer und eine wiedererlangte „Handlungsfähigkeit“ der nationalen Politiker? Nach beendeter Tarifrunde sind Vetter und Loderer wieder einmal befreit vom Makel, bloß *eine Partei* im Tarifstreit zu sein. Als überparteiliche Vertreter und kritische Wächter einer für Staat und Wirtschaft lohnenden Nutzung des obersten nationalen Gutes, der von der Gewerkschaft verwalteten Arbeit, treten sie auf. Mit Stolz verkünden sie, sie hätten ihre Vorleistung erbracht und jetzt sei die andere Seite „im Zugzwang“.

„Bei Preisen und Arbeitslosigkeit muß jetzt eine nachhaltige Trendwende eintreten. Wenn dem Augenmaß gewerkschaftlicher Tarifpolitik in den nächsten Monaten die Maßlosigkeit unternehmerischer Preis- und Profitpolitik und die Tatenlosigkeit staatlicher Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gegenüberstehen, wird dies unausweichlich soziale Spannungen und politischen Zündstoff mit sich bringen „(Der Gewerkschafter, 3/82)

Diese nicht einmal von ihr selbst geglaubte Gefahr beweist erstens: Dieser Gewerkschaft kann keine Partei und kein Unternehmerverband das Wasser reichen, denn an moralischer Verantwortung für die „Gesellschaft“ ist sie unschlagbar: die Verarmung des Arbeitsvolks stellt eine Gefahr nur für die dar, die sie absichtsvoll ins Werk setzen. Zweitens kommt die gewerkschaftliche Kritik an den Maßnahmen von Staat und Kapital ohne die Andeutung eines Gegensatzes aus. Die Arbeiterklasse vertritt der DGB in ihrem nationalen Dienst, viel zu leisten und wenig zu fordern. Staat und Un-

ternehmern schreibt er umgekehrt ebenfalls nützliche Leistungen fürs Ganze zu: ersterer ist eine Instanz zur Verabreichung sozialer Wohltaten; und Kapitalisten sind Arbeitgeber, beglücken „die Gesellschaft“ mit Arbeitsplätzen. Diesem harmonischen Weltbild entspricht dann auch die enttäuschte Kritik an der Wirklichkeit: „Tatenlos“ sind die Politiker mit ihren täglich neuen Einfällen, an welchen Punkten die Bürger jetzt wieder zusätzlich zu sparen haben. Andererseits wird aus dem „Sparprogramm“, nachdem die Gewerkschaft ein halbes Jahr öffentlich über es beraten hat und die Billigung perfekt ist, ein „Beschäftigungsprogramm“, – Genauso sind die unternehmerischen Maßnahmen, mit Leistungssteigerungen und Entlassungen die Arbeit profitabler zu gestalten und die Freizügigkeit, mit der der Staat sich von den Kosten der Arbeitslosen befreit, weil er eine sinnvollere Verwendung für die dafür eingetriebenen Gelder kennt, Beispiele einer *verfehlten* Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

Jeder praktischen Erfahrung spottend, vertritt der DGB eben den unbedingten Zusammenfall von Arbeiterinteressen und denen von Staat und Kapital. So begeistert ist er vom Wert der Arbeit, den er nur im Nutzen für andere sehen will, daß er die Entlassungen, die Unternehmer heute aussprechen, weil mit der umfassenden Rationalisierung die Benützung der Arbeitsleistung profitabler und die Lohnkosten niedriger werden, daß er also den Geschäftserfolg für eine einzige „Krise“ der bundesdeutschen Wirtschaft hält. Für Arbeitervertreter, die nichts so sehr quält wie der Gedanke, daß fleißige deutsche Arbeitshände sich für das Wohlergehen von Wirtschaft und Nation nicht nützlich machen können, schreit die „Beschäftigungskrise“ nach staatlicher Unterstützung der Unternehmer, damit diese ihrer segensreichen Aufgabe, die Arbeitslosen wieder von der Straße zu holen und sie in Arbeit zu setzen, nachkommen können. Ganz konstruktiver Partner der wegen ihrer „Tatenlosigkeit“ beschuldigten Staatsmänner, tut die Gewerkschaft das Ihre zur Lösung des Problems, an dem der Staat wechselweise „versagt“ oder „scheitert“ – Daneben hält sie den Lohn für ein nützliches Mittel, die Probleme zu lösen, die dem Kapitalisten der Verkauf seiner Ware bereiten soll. Der Ruf nach „mehr Kaufkraft“,

weil umsatz- und wirtschaftsfördernd, bleibt jedoch matt und findet sich hauptsächlich auf Flugblättern, mit denen die Gewerkschaft um das Verständnis von Hausfrauen wirbt: Höhere Löhne sind eben höhere Lohnkosten auch für den DGB.

Daß *sie* mit der Tarifpolitik für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zuständig sei, diesen Auftrag von seiten „der Wirtschaft“ hat die Gewerkschaft längst akzeptiert. Ihre Vorstände bekennen sich zu der offiziellen Lüge, daß ausgerechnet die Taten und Unterlassungen der Arbeiterorganisation über den Arbeitsmarkt entscheiden; sie sind bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Unternehmen in ihrer Kalkulation mit dem Lohn sparsam umgehen und ihr Wachstum durch die Leistung einer verminderten Belegschaft erzielen. Die Entlassungen, die die Gewerkschaft als das gesellschaftliche Problem „Massenarbeitslosigkeit“ beklagt, sind nicht ohne Mitwirkung verantwortungsvoller Betriebsräte zustande gekommen. Von diesem Standpunkt aus bedauern sie dann, daß sie ihr Anliegen nicht erreichen. Sachkundig wird dann nach „Gründen“ gesucht. Es fehlt an Hilfe! Ohne Investitionsspritzen und niedrige Zinsen, so der DGB, kann die Geschäftswelt ihre Wohltaten einfach nicht vollbringen! Eine schönere Entschuldigung für die Rationalisierung kann sich wahrlich kein Aufsichtsrat wünschen die Gewerkschaft schimpft auf die Wirtschaftspolitik, die „den Namen Beschäftigungspolitik nicht verdient“, den dafür der DGB mit seinen nie erhörten Alternativen gepachtet haben soll.

Augenmaß beweist der DGB in seiner Lohnpolitik, indem er die „Solidarität“ der noch in den Fabriken Beschäftigten mit den „arbeitslosen Kollegen“ praktiziert Zurückhaltung beim Lohn im Auftrag der gesamten Arbeiterklasse, um damit dem Beschäftigungsinteresse des Kapitals unter die Arme zu greifen! Bloß, wie soll das eigentlich gehen, daß der Lohnverzicht des einen den Unterhalt und die Wiederbeschäftigung des anderen befördern soll? Von gewerkschaftlichen Vorschlägen, das Existenzminimum der Arbeitslosen aufzubessern, ist noch nichts gehört worden; die profitable Verwendung zusätzlicher Arbeitskräfte unterliegt dem Kalkül des Kapitalisten – und für den zählt die Senkung der Lohnkosten erst einmal als Anreiz, alle technischen Mittel zu beschaffen,

um aus einer geschrumpften Belegschaft ein höheres Arbeitsergebnis herauszuholen. Die Praxis der Gewerkschaft, im Namen der „Arbeitslosigkeit“ keine Lohnkämpfe zu führen – wobei diese Organisation keines ihrer Mitglieder nach seiner Meinung dazu gefragt hat –, macht nur für viele der jetzt noch Beschäftigten den Gang zum Arbeitsamt sicher. Am Ende einer unter der Parole „Beschäftigung“ geführten Tarifrunde sind sich Unternehmerverband und DGB Sowie so einig: von diesem Ergebnis gehen keine „Beschäftigungsimpulse“ aus.

Das „Problem der Arbeitslosigkeit“ und der Ruf nach „Beschäftigungsinitiativen“ taugt nur für eines: die Zuständigkeit dieses Vereins bei allen Maßnahmen des Staates und des Kapitals zu betonen und sich mit alternativen Gegenvorschlägen eines 50-Millionen-Investitionsprogramms einer Zinssenkungspolitik bis hin zu einem nagelneuen Konkursrecht in Szene zu setzen. An die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Alternativen braucht zwar niemand zu glauben, Gleichgültigkeit ist jedoch auch in diesem Zusammenhang nicht angebracht. Der Arbeiter ist darin auch vorgelesen: als Problem, das Wirtschaft und Staat mit ihm haben. Sich der „Arbeitslosigkeit“ als eines „gesellschaftlichen Krebsübels“ anzunehmen, ist eben das glatte Gegenteil davon, den Staat oder sonst jemand darauf festzulegen, daß man mit und ohne Arbeit anständig leben können soll und die Zahlung der dafür nötigen Gelder zu erzwingen.

Wer zur Bestreitung seines Lebensunterhalts auf ein regelmäßiges Einkommen angewiesen ist, das er durch den täglichen Gang in die Fabrik verdient, dem kann seine Kündigung nicht gleichgültig sein. Das gewahrt er sehr schnell an den „Leistungen“ des sozialen Netzes, für das er in den Tagen seiner Beschäftigung regelmäßig zahlen muß: Er soll ja möglichst kurze Zeit der Versicherungskasse zur Last fallen, möglichst wenig kosten und sich möglichst schnell auch an einem Arbeitsplatz einfinden, der ihm mehr Mühe als der gewohnte macht und weniger Verdienst einbringt –

So will es der DGB nicht sehen. Aus den Schwierigkeiten, mit denen Arbeitslose konfrontiert sind, wird für einen modernen ge-

werkschaftlichen Betrachter der Arbeitslosigkeit gleich ein Lob *der Arbeit*. Da vergißt er seine eigenen Sprüche über die „Humanisierung der Arbeit“, die immerhin noch die Tatsache zur Grundlage haben, daß es an den Arbeitsplätzen nicht übermäßig gemütlich zugeht. Und was da so ein Arbeitsplatz nicht alles leistet an Wohltaten! Verschwunden ist der Zwang, morgens um halb sechs zur Stelle zu sein und acht Stunden lang den Anforderungen zu entsprechen, die da in Gestalt von Maschinen, ihrer Geschwindigkeit und dem feststehenden Betriebsablauf auf einen zukommen. Einen Arbeitsplatz zu *haben*, erscheint da als pures *Dürfen*, mit dem die Menschenwürde und die Gesundheit dazu verabreicht werden.

Und nicht einmal bei dem für *den Arbeitsplatz* so günstig ausfallenden Vergleich mit seinem Nichtvorhandensein will ein gewerkschaftlicher Betrachter der Arbeitslosigkeit es bewenden lassen. Vor allem *die Gesellschaft* zählt er zu den Leidtragenden jenes Übels, so daß man fast fragen möchte, woraus diese Gesellschaft denn noch besteht, wenn es in ihr schon beschäftigte und überflüssig gemachte Lohnempfänger gibt.

In der Tat macht sich die deutsche Gewerkschaft in ihrem Eintreten für eine „Beschäftigungspolitik“ zum Anwalt des großen Ganzen. Sie wirbt öffentlich für die Vollbeschäftigung, aber mit Vorteilen, die Gott und die Welt, nicht jedoch ein Arbeiter aus ihr zieht. Daß Arbeiter für „die Gesellschaft“, „die Wirtschaft“, „ihr“ Unternehmen und den Staat lohnend eingesetzt werden müssen, daß ihre Beschäftigung *das* Mittel für sämtliche Instanzen der Nation zu sein hat, fällt den Sprechern der Arbeiterorganisation ausgerechnet beim „Problem Arbeitslosigkeit“ ein, das ja schließlich davon zeugt, wie wenig es in der Marktwirtschaft auf die Verköstigung aller brauchbaren Arbeitsleute ankommt. DGB-Funktionäre, Betriebsräte vorweg, wittern bei Entlassungen nie die Kalkulation der Betriebe mit ihrer Belegschaft, sondern stets ein „Mißmanagement“ und Fehler, die den Geschäftsinteressen des Unternehmens selbst schaden; wenn das nationale Wachstum mit eingesparten Löhnen seine Fortschritte macht, empören sie sich über die Beschränkung der Kaufkraft, durch die sich die Unternehmen „ins eigene Fleisch schneiden“. Passieren die Entlassungen in Dort-

mund, bedauern dieselben Leute erst einmal die „Regionalstruktur“ und die gewachsene Schönheit des Ruhrgebiets und sehen schwarz für den „deutschen Stahl“.

Immer macht sich der DGB nicht für die Betroffenen *gegen* das Kapital stark, sondern für eine Sanierung des Kapitals, dessen Erfolge laut gewerkschaftlicher Vereinsmoral das Wohlergehen der Arbeiter automatisch nach sich ziehen. Kaum ist wieder in einer Branche eine Rationalisierungswelle zu Ende gebracht und das Geschäft geht mit verminderter Belegschaft gut, beschwört die Gewerkschaft ihre Versäumnisse und ihre Mitwirkung unter dem Titel „Krise“.

Eine solche Gewerkschaft läßt auch den Verdacht gar nicht erst aufkommen, sie würde sich die Freiheit herausnehmen, etwas für das Wohlergehen ihrer Mitglieder zu tun. Was Unternehmer und Politiker daran hindert, die Wunschträume des DGB nach einer nationalen Einheit von Arbeitsplatzstiftern und Arbeitsplatzbesitzern zu erfüllen, sind „harte Sachzwänge“; deren Notwendigkeiten stehen für die Gewerkschaft zu allererst fest, und gegen sie „kann“ sie nichts unternehmen. Dieser Arbeiterverein will lieber Arbeit und Lohn zur freien Verfügung derer stellen, die für sich etwas daraus machen und das Ganze zu einem harmonischen Miteinander „gemeinsamer Verantwortung“ ausstaffieren. Vom Klassengegensatz, den es ja gibt, weil ihn die andere Seite praktiziert, bleibt nur der Mangel stets unvollkommener Ausnützung des Arbeitsdienstangebots. Bei der Meldung, durch entschieden geführte Tarifverhandlungen hätte sie den Lohn wieder für ein Jahr „gesichert“, wird das Dementi gleich mitgeliefert: der Abschluß ist ein Angebot zur freien Verfügung.

„Wir verbinden mit diesem Tarifabschluß die Erwartung und Forderung, daß die Unternehmer nunmehr Preisdisziplin üben, zumal sie voraussichtlich die Hälfte der Lohn- und Gehaltserhöhungen durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgleichen werden.“ (IG Metall Bayern)

Gegen das staatliche „Sparprogramm“ etwas zu unternehmen – und sei es nur die letzte Benzinpreis- und Mehrwertsteuererhöhung auf die Lohnforderung aufzuschlagen, das erscheint ihr unsinnig und schädlich.

„Das alles führt allerdings auch zu der Einsicht, daß weder die Folgen der Steuerprogression, noch die unsozialen Wirkungen der Sparbeschlüsse durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik korrigiert werden können.“ (Der Gewerkschafter 9/81)

Dem Fortgang der Ausbeutung und der staatlich bewirkten Verarmung ihrer Mitglieder legt die deutsche Staatsgewerkschaft also keinen Stein in den Weg. Was es für die Arbeiter heißt, mitten in der schönsten schwarz-rot-goldenen Demokratie zu leben, zählt sie nur auf, um die Arbeit als moralisches Opfer und daher als Verdienst zu würdigen. Als wäre es kein ökonomischer Zwang, sondern die freie Entscheidung, die deutsche Arbeiter veranlaßt, regelmäßig zur Stelle zu sein, wann immer sie das Unternehmen brauchen will, um für wenig Lohn viel zu leisten, gilt der Gewerkschaft der Betriebsfrieden, unter dem sich das alles abspielt, als das unerreichte Vorbild demokratischer Gesinnung und Verantwortung. Als wäre das Arbeitsleben, das bei den einen schnell seine gründlichen Spuren hinterläßt und den anderen Gewinne verschafft, eine einzige Leistung und ein einziger Besitzstand des DGB, nur weil er bei seiner reibungslosen Regelung beteiligt ist, erschöpft sich dessen Kritik an den politischen Sachwaltern im Messen an der eigenen moralischen Verantwortung. Dieser sind dann Parteigoismus und Profitgier einfach nicht gewachsen.

Der harte Kern dieser Selbstdarstellung, die alle Welt richtig versteht, wenn sie Sprüche Vettters wie: „Wir werden nicht hinnehmen, daß. – „, als leere Drohung und Angebot auffaßt, besteht in der Zufriedenheit des DGB über die Effektivität des nützlichen Verschleißes von Arbeitskräften in deutschen Fabriken. Die Versäumnisse, die die Gewerkschaft hier deutschen Staatsmännern vorrechnet, lauten dementsprechend: Den von der Arbeitsfront verwalteten Fleiß haben sie nicht ausreichend in die dem Arbeiter zustehende Stärke der Nation umgesetzt, bisweilen lassen sie deren Dienste gar nicht erst zustande kommen. Mit Klassenkampfthönen wird die Forderung an den Staat gerichtet, er habe die Unternehmer „in die Pflicht zu nehmen“, weil und wenn sie ausschließlich das „Profitinteresse“ über ihre eigentliche Aufgabe stellen, für Beschäftigung um jeden Preis zu sorgen. Die goldenen Regeln der

freien Marktwirtschaft will der DGB allerdings nicht verletzen. Die „Verpflichtung“ besteht in Investitionspritzen und steuerlichen Abschreibungserleichterungen. Der Wunsch, dies sollte zur finanziellen Entlastung der von Arbeitslosen geschröpften Staatskasse führen, verbindet sich mit dem hoffnungsvollen Setzen auf die beschäftigungspolitischen Wohltaten der Ausbeutung, so wie sie stattfindet.

Ganz als wären die Arbeitslosen vom Himmel gefallen, als wäre es ein Sachzwang, daß das „soziale Netz“ in „Gefahr“ gerät, wenn es in Anspruch genommen wird (daß beides Ergebnis einer zielstrebig betriebenen staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, will der DGB einfach nicht wahrhaben!), vermag der DGB nur *Versäumnisse* dieser Politik zu erkennen. Versäumnisse, mit denen der Staat sich selbst, der Wirtschaft und der Gesellschaft schadet!

Bei so viel Verständnis nimmt jede Kritik am staatlichen Handeln beim DGB die Form tiefer Sorge um die von so mannigfachen „Problemen“ geplagten Politiker an. Auch wenn Herr Schmidt seine Absichten fünfmal am Tag offen ausspricht und sein Programm verkündet, das „verwöhnte Volk“ habe den Gürtel enger zu schnallen, bekräftigen H.O. Vetter und seine Kollegen die Auffassung, hier könne ein Politiker nicht, was dem obersten Stellvertreter der deutschen Nation als natürliche Eigenschaft zukommt: soziale Wohltaten unter die braven Deutschen zu streuen.

Der Staat beschließt, weniger Geld für die „sozial Schwachen“ ausgeben zu wollen und die Aufstockung seiner Schulden für andere Sachen vorzunehmen. Also verkünden die Haushaltsexperten aller Bonner Parteien, es sei zu wenig Geld da, es müsse gespart werden, und zwar genau dort, wo es die Regierung samt Parlament für richtig erachtet. Ziehen sich die Herren Politiker damit den Ärger des DGB zu? Müssen sie mit gewerkschaftlichem Widerstand rechnen? Im Gegenteil: das vollste Verständnis ist ihnen sicher, denn Eugen Loderer hat die *Krise des Staates* entdeckt – und das hält er für ein Unglück. Die Gewerkschaft würde das nämlich nie tun, den Staat in Nöte bringen. Lieber erfindet sie eine Schwierigkeit nach der anderen, in der die Regierenden stecken

sollen: „Hiobsbotschaften“, kundig und interessiert für die Betroffenen der Politik von ihren Machern in die Welt gesetzt, spricht ein Arbeitervertreter ganz aufgeregt nach; bloß – wie machen das die „Arbeitslosenzahlen“, daß sie steigen? Braucht es dazu vielleicht nicht jemanden, der aus seinem Geschäftsinteresse heraus Leute entläßt? Und eine Gewerkschaft die das ebenso bedauerlich wie notwendig findet, also das (Geschäft respektiert und sein Gelingen für äußerst wünschenswert hält? Eine Gewerkschaft, der die internationale Zahlungsfähigkeit zum Hauptproblem aller Arbeiter und Arbeitslosen gerät und die nichts davon verstanden haben will, welche Hebel der liebe deutsche Staat durch seine Verschuldung – auch die „wächst“ angeblich ganz ohne Urheber vor sich hin! – in Bewegung setzt!

Für Gewerkschaftsführer von solch hoher nationaler und verantwortungsvoller Gesinnung liegt nichts ferner, als das „Sonderinteresse“ ihrer Mitglieder geltend zu machen. Etwas anderes ist viel wichtiger: Die arbeitslos gemachten zwei Millionen sind ein einziger Anschlag auf die Haushaltskasse des Sozialstaats. Das stärkste Argument der gewerkschaftlichen Beschäftigungspolitik, die mit staatlichen Investitionshilfen den Unternehmern die Anwendung von *mehr* Arbeit schmackhaft machen will – als wäre nicht genau das das praktische Interesse des Kapitals und als würden nicht deswegen Arbeiter aus den Betrieben hinausgerationalisiert und überflüssig gemacht! –, ist der Beweis: jeder wieder dem Arbeitsleben Zugeführte baut die Staatsverschuldung ab.

„Wer sich heute an der Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen vorbeimogelt, der muß morgen weitere Krisenkosten finanzieren. Ich weise darauf hin, daß 100.000 Arbeitslose jährlich zwei Milliarden an Unterstützung sowie Steuer- und Beitragsausfällen kosten!“ (Alois Pfeiffer Süddeutsche Zeitung, 9.11.81)

Das also sind die *Kosten*, die die Gewerkschaftsführer über das „schwere menschliche Schicksal“ derer klagen lassen, die mit dem Arbeitsplatz auch gleich ihre „sozialen Kontakte“ und ihre „menschliche Würde“ verloren haben sollen. Mit Geld ließe es sich ja auch wohl ohne Arbeit gut und sicher besser leben! Das kann dem DGB freilich nicht einleuchten, schon eher muß er bei

der Inanspruchnahme des „sozialen Netzes“ an *Mißbrauch* denken. Am liebsten würde Eugen Loderer seine Mitglieder zum Arbeitsamt begleiten, um ihre Arbeitsgesinnung zu überprüfen und die „Arbeitsunwilligen“ als Schmarotzer an der Arbeits- und Solidargemeinschaft für die Nation dingfest und haftbar zu machen.

„Gerade bei strukturellen Anpassungsprozessen“ (für die kann niemand nichts!) „ist soziale Sicherheit ein unerläßlicher Schutz für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Einseitiges Anspruchsdenken und eine Überforderung der Solidargemeinschaft sind jedoch auszuschließen.“ (metall 8/81)

So kennt der DGB auch die landläufige Gleichung von arbeitslos = arbeitsscheu und kann sich nicht genug über die Verführer entrüsten, die die Arbeiter zu einem leichten Leben ohne Arbeit geradezu auffordern. Was ihm hierzu alles einfällt, angefangen von geldgierigen Ärzten, die gar nicht schnell genug krankschreiben können, bis hin zu Unternehmern, die Kurzarbeit verordnen, um ihre Belegschaft vom Staat aushalten zu lassen, könnte von der CDU und der FDP, über deren Pläne zum Abbau des sozialen Netzes sich der DGB nicht genug entrüsten kann, nicht besser erfunden sein.

„Da klagen beispielsweise die Ärzte darüber, daß sich die Arbeitnehmer zu schnell krankschreiben ließen und die Arbeitgeber tuten in eben dieses Horn auch. Nur: der Arbeitnehmer ist zur Selbstdiagnose nicht fähig. Wäre er dies, dann bräuchten wir den haarsträubend teuren und auch zeitaufwendigen Gang zum Hausarzt nicht.. – Man müßte die allzu willfähigen Ärzte nur schärfer in den Regreß nehmen, sie also an den Folgen ihres schändlichen Treibens angemessen beteiligen.“ (Gewerkschafter 7/81)

Offensichtlich haben Gewerkschaftssprecher noch nichts von der heutzutage zur täglichen Gewohnheit gewordenen Selbstdiagnose: kann ich mir eine Krankheit leisten? gehört. Daß diese Sorte von ausbrechender Gesundheit unter der Arbeiterklasse den Gang zum Arzt nicht erübrigt, sondern wahrscheinlicher macht, regt sie so auf, daß sie ihre andernorts gepflegten Aussprüche: „Arbeit macht krank – für eine Humanisierung der Arbeitswelt“ gleich als volkswirtschaftlich „schändliches Treiben“ aburteilen.

„Der DGB wird sich“ eben „nicht damit abfinden, daß an die Stelle einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eine bloße Verwaltung der Arbeitslosigkeit tritt“ sagt die IG Metall und begrüßt die Erhöhung

des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 4 % als einen wenn auch unzureichenden „Schritt in die richtige Richtung“. Über die Rettung des sozialen Netzes – wodurch ist es denn ins Gerede gekommen? geht dem DGB nichts. Hier wird schließlich eine Geldquelle des Staates gerettet! Zur Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, mit der die Bundesregierung die Arbeitslosen noch schneller vor die Alternative stellt, Sozialhilfeempfänger zu werden oder ohne Rücksicht auf erworbene Fähigkeiten und Qualifikation jede Drecksarbeit anzunehmen, gibt es dann eine matte Demonstration: die Zumutbarkeits-„Rutschbahn“ verletzt den Stolz des deutschen Facharbeiters. Ansonsten gilt: dieses Gesetz bringt nichts für das, was der Staat sich davon für sich erwartet:

„Bei 2 Millionen Arbeitslosen und 120.000 offenen Stellen ist es völlig unsinnig, den Zwang zur beruflichen Herabstufung für Arbeitslose in der neuen Anordnung festzuschreiben.“

Gerade in Zeiten, wo sich der Staat so ziemlich aller Ansprüche entledigt, die seine Untertanen noch gesetzlich an ihn stellen könnten, steht der DGB dafür ein, jene stolze „soziale Errungenschaft“, unser aller „Sozialstaat“ von und vor seinen Bürgern retten zu lassen. Das „Sparprogramm“, mit dem sich die politisch Verantwortlichen am Lohn des Arbeiters bedienen, ist der Gewerkschaft ein einziger Auftrag, die eigenen Mitglieder, die sich so harmonisch mit ihren Politikern und Ausbeutern zur deutschen Nation zusammengefunden haben, zur Solidarität mit dem verschuldeten Staatshaushalt aufzurufen. Den Politikern, deren Sprüche vom drohenden Staatskonkurs die Gewerkschaft eifrig nachbetet, wird ein harter Vorwurf nicht erspart: Die Kürzung der Sozialausgaben, die gesetzlichen Anreize zur Mietpreiserhöhung, die zusätzlichen Steueraufschläge auf alle Lebensnotwendigkeiten, auf die das arbeitende Volk nicht verzichten kann, und die Kreditverbilligungen und Investitionsanreize für alle, die mit Geld etwas anfangen können, bleibe ein „beschäftigungspolitisches Stückwerk“. Für die deutsche Arbeitervertretung wäre eine Lösung nützlicher und „sozial ausgewogener“ gewesen, mit der ihren Mitgliedern umstandslos und am Geldbeutel spürbar staatlicherseits mitgeteilt worden wäre, daß sie dem Staat Kosten bereiten und

deshalb für alle Kosten, die der Staat sich leistet, aufzukommen haben: „Arbeitsmarktabgabe für alle!“ Was alle diejenigen brauchen, die unter die Wechselfälle des „Arbeitsmarkts“ fallen, sind „längerfristig höhere Steuereinnahmen des Staates“ – und eine krisensichere Beschäftigung der Politiker.

Für deren Handlungsfreiheit, die dem Leben des mit einer bundesdeutschen Nation beglückten Arbeiters erst den angenehmen Reiz gibt, in „unserer“ Demokratie leben zu *dürfen*, was dasselbe ist wie nicht unter dem Kommunismus arbeiten zu *müssen*, sind die Arbeitslosen in den Augen des DGB eine einzige Gefahr. Getreu der Maxime, daß die demokratische Reife des Volkes darin besteht, arbeiten zu gehen, gehorsam den Weisungen der Betriebsleitungen zu folgen und brav Steuern zu zahlen, wird der DGB den Verdacht nicht los, daß der Verlust des Arbeitsplatzes auch zum Verlust des demokratischen Anstands bei den davon Betroffenen führt. Arbeitslose sind ein „sozialer Sprengstoff“, vor dem die offensichtlich allzu naiven Staatsmänner zu warnen sind.

„Arbeitslosigkeit macht krank nicht nur (!) den Einzelnen, auch die Gesellschaft. Wer den Sprengstoff nicht sieht, der sich hier ansammelt, dem werden eines Tages die Brocken um die Ohren liegen. Noch gehen die Arbeitslosen nicht auf die Straße. Noch verstecken sie sich eher:“ (Terroristen wirken immer im Untergrund!) „Aber wenn sie es tun – und sie haben es in der jüngsten Geschichte schon einmal getan –, dann heißt dies: Ende offen!“ (Vetter)

Das glaubt Vetter zwar selbst nicht – seit wann wäre ausgerechnet Ohnmacht der Grund und das Mittel politischer Gewalt! Dafür taugen die Arbeitslosen jedoch allemal: die Politiker daran zu erinnern, daß es der DGB ist, der für den „sozialen Frieden“ derer sorgt, die auch nach Veters Einschätzung allen Grund hätten, diesen Zustand, der den herrschenden Figuren das Regieren so leicht und den Betroffenen das Zurechtkommen damit so schwer macht, für schlecht zu befinden. Schließlich verwaltet der DGB die Fügsamkeit der deutschen Arbeiterklasse–, etwas öffentliche Anerkennung von seiten derer, auf die Vetter und Loderer setzen, gehört sich da schon. Und deshalb mag der DGB den „Grafen“ Lamsdorff und Strauß nicht so recht leiden: ab und zu sind sie „Gewerkschaftsfeinde“ und schaden der schönen Demokratie. Die

Warnung vor Arbeitslosenheeren, die sich auf der Straße zusammenrotten und sich zu ungehörigen Gedanken verführen lassen, gilt auch keineswegs als Mahnung an deutsche Politiker, sie sollten den Bogen nicht überspannen. Eher schon schwebt dem DGB ein nationales Arbeitsprogramm vor, damit die vergangenen Tage der „jüngsten Geschichte“, wo der nationale Arbeitsdienst praktisch verwirklicht wurde, nicht wiederkehren mögen.

Von einem Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten will die moderne Gewerkschaft in allen Fällen, wo sie sich bei dessen Ausgestaltung einmischt, also grundsätzlich nichts wissen und ebensowenig von einem Widerstand. Sie hält sich für das partnerschaftliche Gewissen jener Figuren, die die Nation befehligen und ihre Mitglieder für die ungekrönten Könige der Demokratie: sie sind als Befehlsempfänger gefragt und dürfen ihre Opferbereitschaft zeigen. Sie brauchen dafür nur fleißig zu arbeiten, während das mühevollte Geschäft der Politiker darin besteht, daraus erst noch etwas zu machen, was sich als Nation sehen lassen kann.

Wie gut, daß es den DGB gibt: ohne dessen Alternativen, mit denen er die täglichen Leistungen deutscher Politiker begleitet, wäre dem politischen Alltagsgeschäft möglicherweise gar nicht anzusehen, zu welchen menschheitlichen Segnungen der eigene Staat in der Lage wäre, würden seinem Wirken nicht ständig Hindernisse in den Weg gelegt. Da gibt es den „Ölpreisschock“, die unverständliche Mißachtung deutscher Wertarbeit selbst von seiten „befreundeter“ Nationen, die Raffgier der Unternehmer, und selbst beim Volk soll „überzogenes Anspruchsdenken“ noch nicht ausgestorben sein. Das und vieles andere mehr erschwert „unseren“ Staatsmännern, die Wohltaten der Politik gebührend zur Geltung zu bringen. Der Phantasie läßt die Gewerkschaft freien Lauf, und sie beschäftigt ganze Abteilungen von Universitäten und eigene Wissenschaftsinstitute mit der Erstellung von Gegengutachten, die die harten Taten der Politiker begleiten und diese in das rosige Licht von eigentlich beabsichtigten, jedoch nur unvollkommen verwirklichten, menschenfreundlichsten Wünsche tauchen.

Alle diese alternativen Vorschläge entdecken im Treiben der Politiker nie gehörte gute Absichten, weil sich der DGB einen Kanzler Schmidt nur wie einen gütigen Landesvater vorstellen kann. Im Namen derer befehlen zu können, die den Anweisungen der Politiker zu gehorchen haben, setzt der DGB gleich mit Wohltaten für die davon Betroffenen – schließlich hält er es mit seiner Mitgliedschaft nicht anders. Deswegen appelliert er an die Politikerfiguren als Wächter der Menschenwürde, Hüter des Wohlergehens und Pfleger des bundesdeutschen Gemeinwesens; und das will er nicht verwechseln mit einem einklagbaren Anspruch an sie, wenn diese sich nicht dementsprechend aufführen. Der Gewerkschaft reicht es, mit dieser Verwandlung der BRD in ein Reich edelster Absichten, nach eigener Einschätzung die sicherste „Säule der Demokratie“ darzustellen – mit Erfindungen, die, würden sie am Stammtisch geäußert, berechtigten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit aufkommen ließen. Ansonsten verbindet der DGB seinen Idealismus mit dem „realistischen“ Opportunismus der verständnisvollen Rücksichtnahme darauf, was alles „nicht geht“, weil es das Wirken der Politiker hinderlich stören würde. Leider gilt nur das Machbare – und für die Gewerkschaft ist immer das machbar, was Parlament und Parteien gerade beschließen oder in Vorschlag bringen –; nach gewerkschaftlicher Einbildung müßte der Dienst der Politik am arbeitenden Menschen nur konsequenter vollzogen werden!

Aus dem „Sparprogramm“, mit dem sich die Bundesregierung für ihr grenzenloses Bedürfnis nach militärischer und politischer Ausrüstung an den Lohntütten schadlos hält, wird über Nacht ein „Beschäftigungsprogramm“. Und warum? Weil

„die Koalition unter dem Druck der Gewerkschaften die politische Kraft zu einer beschäftigungspolitischen Initiative gefunden hat.“ (Loderer)

Der DGB will der eigentliche Urheber des Paketes von Mehrwertsteuer- und Mietpreiserhöhungen sein; und mit der höheren Aufgabe, die er diesen Maßnahmen zuschreibt, spricht er „unserer“ Regierung einen herzlichen Glückwunsch aus. Alles, was eine SPD an der Macht beschließt, ist „ein Schritt in die richtige Richtung“, und die Erinnerung an den nötigen und geleisteten Beitrag der Gewerkschaft dazu wird gratis mitgeliefert. „Zu wenig konsequent“

und „sozial unausgewogen“ lautet das Urteil über die täglichen Werke der Politiker, die sie ausgerechnet der „Tatenlosigkeit“ verdächtigt! Für unzumutbar hält sie grundsätzlich nichts, was Politikerhirnen einfällt! Die Arbeitslosenzahlen, die sie für untragbar erachtet, holt sie konjunkturgerecht bei Herrn Stingl in Nürnberg ab. 1977 hat der DGB 800.000 Arbeitslose für untragbar gehalten. 1978 fing die Rückkehr zur „Vollbeschäftigung“ bei einer Million aus Verdienst und Brot Geworfenen an; und 1982 diskutiert dieser Verein, ob er zwei Millionen noch für untragbar halten soll.

Am liebsten treiben sich die Anführer deutscher Arbeit und deren nützlicher Anwendung in den Diskussionen herum, mit denen die beschlossenen Maßnahmen der Politiker öffentlich „verständlich“ gemacht werden. Dann entdecken sie in deren ziemlich eindeutiger Zielsetzung nie gehörte Alternativen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist „sozialer“ als die staatliche Verteuerung des Benzinpreises, befindet Loderer. Und für dieses Lob der schließlich verabschiedeten Maßnahme hat er sicher nicht einmal nachgerechnet. Aber führende Gewerkschafter beraten eben gerne ihre Minister, denn ihnen steht es zu, zumindest moralisch die Geschicke der Nation zu überwachen und zu lenken.

An *einer* „Eigenschaft“ der von ihnen vertretenen Arbeiter haben sie einen guten Grund ausgemacht für diese ihre Mitsprache. Sind Arbeiter nicht auch Bürger, also von der Politik betroffen – und haben sie daher nicht ein Recht auf eine Politik, die alle Leistungen einer (Gewerkschaft ersetzt? Nachdem die Gewerkschaft bereits in mehreren Tarifrunden die Überflüssigkeit des Lohnkampfes ihren Mitgliedern praktisch bewiesen hat, lautet der Erfolg der Tarifverhandlungen 1982:

„Hinzu muß in stärkerem Maß als bisher auch die allgemeinpolitische Mobilisierung unserer Mitglieder und Funktionäre kommen, damit Parteien, Parlamente und Regierungen den Abbau sozialer Leistungen stoppen und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit wirkungsvoller fortsetzen. Die Einsicht in die Grenzen der Tarifpolitik einerseits verlangt die nachdrückliche Vertretung unserer Forderungspolitik an den Staat auf der anderen Seite.“ (H. Janßen, metall 6/82)

Also: Weg mit der „Grenze Tarifpolitik“ und hin zu einer Arbeitervertretung, die ihre Mitglieder als Wählerpotential einsetzt und ihre Unzufriedenheit in die Politik einbringt. Was da noch für die zu Arbeitsbürgern Erklärten herauspringen soll, ist den Arbeitsführern der Nation kein Geheimnis: auf das Druckmittel, mit Arbeitsverweigerung die Lohnforderungen und damit die Berücksichtigung derer, die vom Lohn leben müssen, durchzusetzen, wird ja absichtsvoll verzichtet. Das gehört dem „Klassenkampfdenken“ einer vergangenen und überwundenen Arbeiterbewegung an.

Aus der Tatsache, als politische Kraft anerkannt zu sein – weil sie die Gebeutelten vertreten, ohne etwas für sie zu verlangen –, haben die Führer der modernen deutschen Gewerkschaft freilich das Beste gemacht. Sie haben die moralische Verantwortung für alles, was in der Republik geschieht, gepachtet und scheuen vor keiner Lächerlichkeit zurück, wenn es gilt, den „sozialen Frieden“ zu loben, zu bewahren und zu verteidigen. Von einem Gegensatz derer, die arbeiten müssen, um zu leben – weshalb ihnen das Leben immerzu schwer gemacht wird –, und derer, die aus dem Zwang zur Arbeit die Mittel beziehen, stattliche Gewinne und einen ansehnlichen Staat zu machen, will der DGB nichts wissen. Er hält es mit dem *Lob der Arbeit*, Quelle einer *solchen* Gesellschaft zu sein.

„Denn die Arbeitskraft ist die Quelle allen Wohlstands in der Welt. Sie allein vermag Kapital zu erzeugen und sie ganz allein muß es beleben, um es überhaupt wirksam werden zu lassen.“ (W. Böckler, erster DGB-Vorsitzender nach 1945)

„Die Arbeiterbewegung hat bis heute die Arbeit als eine bewußt schöpferische Tätigkeit“ (am Fließband und acht Stunden vor der Maschine?) „begriffen, als Quelle allen Reichtums und als Grundlage jeden gesellschaftlichen Fortschritts.“ (Vetter, Quelle 11/80)

Solche Verherrlichung der Notwendigkeit, in den modernen Fabriken des Kapitals seinen Mann stehen zu müssen, fällt gewiß niemandem am Arbeitsplatz, gleichgültig welcher Lohngruppe, ein. Das Bedürfnis, das aus dieser Verdrehung des lebenslangen Zwanges zur Lohnarbeit spricht, entsteht nicht aus der Erfahrung der Abhängigkeit. Vielmehr liefern hier Verehrer der Arbeit ihr Kompliment bei denen ab, die sie verrichten müssen, und zwar aus einem sehr offensichtlichen Grund: Sie erklären diejenigen zum

heimlichen *Subjekt* des Kapitals, die unter seiner Herrschaft zwar nichts zu lachen haben, mit denen aber sehr gut und viel Staat zu machen geht. Sie haben Gefallen daran gefunden, daß Kapital, Reichtum und Fortschritt dazu in der *Arbeit* ihre Quelle haben – und freuen sich darüber, als Verwalter dieses Stoffes teilzuhaben an allen Segnungen, die er *anderen* erzeugt. Diese wertvolle Eigenschaft der Arbeiter, sich nützlich anwenden zu lassen, gibt dem täglichen Arbeitszwang und auch seinen Urhebern eine kaum glaubliche höhere Berechtigung. Die Unternehmer sind gefragt und gefordert: als Arbeitgeber stellen sie selbstlos ihre Fabrikhallen zur Verfügung, nur damit die Arbeitslust sich gesellschaftlich austoben kann. Ihrem *Auftrag* sind sie dann nicht nachgekommen, wenn ihr *Geschäft* zu wünschen übrig läßt. Vor lauter „Mißmanagement“ haben sie inzwischen Rationalisierungen verschlafen, die fürs Auslandsgeschäft entscheidend gewesen wären und – bei allen Entlassungen – *deutsche* Arbeitsplätze geschaffen hätten; sie stecken jetzt in der Krise und können deshalb die Millionen nicht beschäftigen, die dem Arbeitsamt zur Last fallen. Mit den „olympiareifen Mannschaften“, die sich die Unternehmer zwischenzeitlich herangebildet haben, können sie es dann der Gewerkschaft auch wieder nicht recht machen.

Glücklicherweise gibt es noch den Staat, der seinen Bürgern das „Recht auf Arbeit“ garantiert und so den Namen „Sozialstaat“ verdient. Daß er nicht so kann, wie er will, liest der DGB aus den Arbeitslosenzahlen ab. Deswegen gilt „unser“ aller Sorge ihm:

„Kein Zweifel – der Wohlfahrtsstaat steckt in einer Krise. Hiobsbotschaften häufen sich. Arbeitslosenzahlen steigen. Die Staatsverschuldung wächst. Erstmals in der Nachkriegszeit wird die Gefahr beschworen, daß die internationale Zahlungsfähigkeit der BRD gefährdet sein könnte.“ (Während der Export boomt!) (Loderer, metall 12/81)

Allzu oft verschlafen Unternehmer und Politiker auch den „technischen Fortschritt“ und das „sozial Machbare“. Da muß sich die Gewerkschaft selbst ihr Lob ausstellen, damit es Unternehmer und Staat nicht überhören.

„Mitverantwortung der Gewerkschaften für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Gewerkschaften haben schon in den vergangenen Jahren das Mögliche getan! Als Beweis verweise ich auf die Mitarbeit bei der Einführung neuer Technologien, ferner auf das Sinken der Reallöhne im vergangenen und im laufenden Jahr. Vor allem wegen des im internationalen Vergleich geringeren Anstiegs der deutschen Stücklohnkosten hätten unsere Exporteure ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können.“ (A. Pfeiffer)

So zieht die deutsche Gewerkschaft heute Bilanz, wenn sie der Nation wieder einmal die Platte „Wir haben unser Bestes getan!“ vorspielen will. Ihr Stolz gilt nur einer einzigen Leistung: Wir haben den von Staat und Wirtschaft vollzogenen Maßnahmen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt, was man an den Opfern sieht, die dabei der Basis des DGB aufgehalst worden sind! Diese Erhaltung des „sozialen Friedens“ berechtigt uns allerdings auch zur Kritik an denen, die zu wenig daraus gemacht haben!

Die Aufzählung all dessen, was es heißt, in der schönsten aller Demokratien arbeiten zu müssen, erfüllt den DGB dann wieder mit Zufriedenheit. Er hat sich nichts vorzuwerfen: schließlich ist er bei den Opfern, auf die die Nation Anspruch erhebt, schon längst verantwortlich mitbestimmend beteiligt.

Kapitel IV

Die Mitbestimmung der Gewerkschaft

Die tausendundeinfach vorgebrachten Beschwerden und Mahnungen an deutsche Betriebe, die deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat gipfeln noch jedesmal in einem einzigen Anwurf: Die Unternehmer haben zuviel Einfluß auf Staat und Wirtschaft, während der Gewerkschaft ein entsprechender Einfluß immer nicht eingeräumt wird. Jede Kritik am Gang der Geschäfte und der Politik löst sich in die Forderung auf, die Gewerkschaft noch mehr mitbestimmen zu lassen. All die Einwände, die von Gewerkschaftsfunktionären tagaus tagein angemeldet werden, sind deshalb sehr konstruktive Bedenken, sooft nur den Funktionären das Recht zugestanden wird, ihre Verantwortung noch mehr in die Welt des Profits und der staatlichen Gewalt einzubringen. Mit einer interessierten Parteinahme für Arbeiterinteressen, geschweige denn mit einem auf Durchsetzung berechneten Kampfprogramm verwechselt das niemand. Auf der anderen Seite verwandelt sich jedes Lob des sozialen Modell Deutschland, der demokratischen Errungenschaften unserer Republik, die den Klassenkampf überflüssig und das Arbeiterleben erträglich gemacht haben sollen, in die zufriedene Feststellung, daß die deutschen Gewerkschaften *beteiligt* sind, daß sie ein *Recht auf Mitbestimmung* haben.

Daß diese Errungenschaften nichts von allem, was die „Arbeitswirklichkeit“ so wirklich macht, verhindern, sondern ein Freibrief für den Umgang der Unternehmer mit ihrem Arbeitermaterial und der Politiker mit ihrem Volk sind, läßt keinen Gewerkschaftsfunktionär rot werden. Sie schwatzen vielmehr jedem die Lüge auf, einerseits sei die offizielle Anerkennung der Gewerkschaft durch ihre Gegner ein Garant friedlichen Fortschritts, andererseits aber seien all die tarifvertraglich und politisch geregelten Unannehmlichkeiten, die das gewerkschaftlich wahrgenommene Recht auf Mitbestimmung die Arbeiter spüren läßt, ein Ergebnis unternehmerischer Willkür und ein Argument für den gewerkschaftlichen Anspruch auf Mitsprache bei der Regelung der Ausbeutung. Als wären die Anschläge des Kapitals und die Anforderungen der Politik

bisher *ohne* und nicht *durch* die schönen Vereinbarungen, *durch* die politische Vertretung zustandegekommen, welche die Gewerkschaften als ihr Recht schätzen. Die geheuchelte Verwunderung eines Steinkühler, dem sich bei der Lektüre eines Erlebnisberichtes über die Bandarbeit bei Mercedes „spontan die Frage aufdrängte: Ist das alles, was gewerkschaftliche Ziele und Kämpfe erreicht haben? Haben wir an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen so wenig ändern können?“, hat mit einer Kritik gewerkschaftlicher Mitbestimmungspraxis nichts zu tun. Schließlich kennt dieser Mann sich nur zu genau in den Schäden an Gesundheit und Leben der Arbeiter aus, die er laufend mit beschließt. Und die Betroffenheit, die er hier äußert, ist ziemlich dieselbe wie die von Politikern, wenn sie bei ihrem Wählervolk für ihre politische Verantwortung und für ihre Macht, gegen sie zu entscheiden, werben. Ohne jeden Skrupel benutzt der Arbeitervertretungsverein das Elend und die Betroffenheit, die er durch seine umfassende Teilnahme an der geschäftsfördernden und staatsnützlichen Organisation bundesrepublikanischer Verhältnisse mit schafft, zum Belegmaterial seines politischen Anspruchs – Die Unzufriedenheit, die er mit erzeugt, will er dabei keineswegs zum Anlaß von Gegenwehr machen. Unzufriedenheit ist lediglich Material der politischen Taktik des DGB. Gibt es sie einmal, wiegelt er sie mit „Verständnis“ ab. Meistens aber erfindet er sie und macht sich zum Sprecher einer Basis, die angeblich nur eine Beschwerde hat: daß deutsche Gewerkschaftsfunktionäre als gesellschaftstragende Figuren nicht umstandslos auf einer Stufe mit den Männern aus Wirtschaft und Politik stehen.

Gegenüber der anderen Seite, mit der man laufend an den verschiedenen Konferenztischen zusammensitzt, wirbt man mit ganz anderen Tönen für dieselbe Sache. Da sollen die Zustimmung zu den unternehmerischen Wünschen und die Opfer, die das die Arbeiter kostet, den Anspruch untermauern, daß jede Maßnahme, die auf Kosten der Arbeiter das Wohl der Nation fördert, von der „größten Arbeiterorganisation der Welt“ mitgetragen wird:

„Ich habe gesagt, wir müssen technisch in der Spitze bleiben, Dieser technologische Wandel trifft aber den einzelnen Menschen. Vom Arbeiter verlangen wir (!), daß er die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten einsieht,

die vielleicht seinen Arbeitsplatz kosten. Dann können wir (!) ihn (!) aber nicht von der Entscheidung ausschließen.“ (A. Pfeiffer)

Daß die Notwendigkeiten, die Gewerkschafter so gerne einsehen und mitverantworten, immer nur einen Geschädigten haben, macht diese Arbeitervertretung richtig stolz und anspruchsvoll:

„Die Montanmitbestimmung ist die Gesetz gewordene Anerkennung für die Leistung, die von Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften beim Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg erbracht wurde.“ (Vetter)

Man mag dem verflorenen und hochdekorierten DGB-Vorsitzenden die kleine Lüge verzeihen, die Montanmitbestimmung sei die demokratische Belohnung für die Leistung „Wirtschaftswunder“. Andernorts heißt es dann wohl auch schon einmal, dieses Lieblingskind gewerkschaftlicher Absage an die Auseinandersetzung mit Kapital und Staat sei das Ergebnis erfolgreicher Kampfansage. Beiden Lügen liegt dasselbe Eingeständnis zugrunde: Was die Alliierten und die Väter des Grundgesetzes mit ihrem Gesetzeswerk beabsichtigt haben – die Festlegung der Gewerkschaft auf den Betriebszweck und damit die Verhinderung von Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in den Grundlagenindustrien für den nationalen Wiederaufbau –, das hat sich der DGB ganz freiwillig zum obersten Zweck gewerkschaftlicher Politik gemacht. Die Führer der nationalen Gewerkschaft beanspruchen die Knochenarbeit der Proleten als ihren Beitrag zum Erfolg der BRD; sie haben im Unterschied zu den profitorientierten Unternehmern durch die Anerkennung jedes Profitinteresses der Nation *gedient* und sich für den sozialen Frieden aufgeopfert. Und diese Pose des selbstlosen Dieners, die Vetter, Loderer & Co. so gut beherrschen wie jeder andere Repräsentant gesellschaftlicher Macht über das arbeitende Volk, dient ihrem ganz und gar nicht selbstlosen Verlangen, diese Macht aber auch gebührend ausüben zu dürfen:

„Hier geht es um das unveräußerliche Recht der Arbeitnehmer auf Demokratie in der Wirtschaft. Es geht um Mitbestimmung und Mitverantwortung. Das ist der Weg des DGB nach 1945 ... Adenauer sagte ..., es gehe dabei um die innere Befriedung des deutschen Volkes.“ (Quelle 10/80)

Auf der anderen Seite ist unüberhörbar, daß die so kämpferisch vorgetragene Forderungen nach gebührender Repräsentanz der Gewerkschaft im Kreis der Verwalter nationaler Größe nur die Begleitmusik der abgründigen Zufriedenheit und des unverschämten Selbstbewußtseins sind, solche Rechte längst nicht mehr nur fordern zu müssen, sondern zu besitzen. So anmaßend sprechen nur Repräsentanten einer Institution, die ihren Platz im demokratischen Gemeinwesen hat und mit Begeisterung ausfüllt; Repräsentanten, denen es schon zur lieben Gewohnheit geworden ist (genau wie den Politikern, die, wenn sie vom Volk reden, die staatlichen Ansprüche ans Volk meinen), die Institution Gewerkschaft und ihre Ansprüche ins Feld zu führen, wenn sie vom „deutschen Arbeitnehmer“ reden. Für diese Leute ist das Recht auf Mitbestimmung wirklich keine politische Festlegung auf die *bedingungslose* Zustimmung, keine bloße *Verpflichtung* zur Absage an eine gewerkschaftliche Gegenwehr, also auch keine politische *Beschränkung* ihrer Ziele und Mittel. Die Zustimmung, Verpflichtung und Beschränkung ist *ihr eigenes Interesse* – nicht einmal der Preis, den sie für die Mitbestimmung schweren Herzens zu zahlen bereit wären. Die Mitbestimmung, das offizielle „Zugeständnis“ der geregelten Mitsprache, ist daher für sie auch eine einzige großartige Möglichkeit mitzumachen, selber mit Politik zu treiben und sich zu profilieren, in diesem Staat Karriere zu machen, sich zu bereichern – kurz alles zu machen, was zur schweren Bürde politischer Verantwortung in unserer Demokratie so dazugehört.

Und in der Tat! Mit Manteltarifverträgen, Lohnabschlüssen Rationalisierungsabkommen und Sozialplänen ist die Organisation der Arbeiter schon immer mit zuständig dafür, daß die Arbeit schwerer und das Leben vom Lohn schwieriger gemacht wird. Die „Unternehmerwillkür“ schränkt sie derart ein, daß jede Überstunde jede Kurzarbeit, jede Entlassung und jede Rationalisierungsmaßnahme ganz tarif- und rechtmäßig und mit der Unterschrift der Gewerkschaft oder des Betriebsrats versehen abgewickelt wird. Von der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung für die rechte Benutzung der Arbeitskraft ganz abgesehen, die der Gewerkschaftsbund in Aufsichtsräten, Versicherungsvorständen, Parlamenten und Kanz-

lerjets mit Tat und Rat wahrnimmt. Als wäre das noch nicht ausreichend und ein Grund zur organisierten Gegenwehr, was Kapital und Staat aus dem Zwang, für Geld arbeiten zu müssen, für sich machen, bekommen es die Arbeiter auch noch ständig mit ihrer Organisation zu tun – als Instanz, die über sie nach Maßgabe des Nutzens beschließt, den die Nation von ihrer Arbeit erwartet; und als Instanz, die dabei laufend sich ins Spiel bringen und die errungenen Positionen im Getriebe der politischen Macht sichern will. Die Arbeiter dürfen mit der treulichen Erfüllung all der gesetzlichen Erlaubnisse fürs Kapital, die ihre Interessenvertretung fristgemäß besiegelt, den Beweis antreten, daß sich die Mitbestimmung *für die Nation* lohnt. Und die Gewerkschaftler achten in allen Bereichen ihrer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Machern von Wirtschaft und Politik, daß sich dieser Beweis auch *für sie* lohnt. Von der betriebsrätlichen „Arbeit“ vor Ort über die Tarifpolitik und die Aufsichtsrats-tätigkeit bis zum Eintreten für ein „Europa der Arbeitnehmer“ im Europaparlament, überall unterwerfen Gewerkschaftler ihre aufopferungsvolle Tätigkeit dem einen harten Kriterium: Wie taugt sie am besten zur Selbstdarstellung unserer Leistung für diejenigen und vor denjenigen, auf die es ankommt; wie taugt sie also auch zur Profilierung desjenigen, der da auf schwierigem Posten seine wichtige Aufgabe erfüllt. Dafür wissen jung- und altgediente Gewerkschaftsfunktionäre sehr säuberlich zu unterscheiden, auf wen es wie ankommt.

Die gewerkschaftlichen *Betriebspolitiker*, die die Pflichten des Betriebsverfassungsgesetzes ganz eifrig erfüllen, mit dem „ernsten Willen“, den „Arbeitsablauf oder den Frieden des Betriebs nicht zu beeinträchtigen“, im Namen der Belegschaft den ordnungsgemäßen Charakter betrieblicher Maßnahmen zu bescheinigen, lassen selten den Verdacht aufkommen, sie würden sich für Arbeiterinteressen stark machen. Sie lassen sich für drei Jahre wählen, um unbehelligt von ihrer Betriebsmannschaft, aber unter beständiger Berufung auf deren ihre Rechte ihrer Vertreterpolitik nachgehen zu können. Während des Wahlkampfes – des einzigen Kampfes, den ein Betriebsrat führt und führen darf – läßt er sich schon einmal öfter in den Abteilungen sehen oder entfaltet demonstrativ

„Aktivitäten“. Daß es zur Wahl dazugehört, sich volkstümlich zu geben, hat er den Politikern erfolgreich abgeschaut. Ansonsten beschränkt sich ein versierter Betriebsrat auf die Mitteilung der Beschlüsse des Unternehmens, die er unterschrieben hat, und zwar so, daß seine Leistung gebührend gewürdigt werden kann. Schließlich ist er mit beteiligt an Betriebsentscheidungen, und an dieser Beteiligung mißt sich nicht nur seine Zustimmung, sondern auch seine *Selbstdarstellung*.

Verbale Proteste gegen betriebliche Planungen gehören da ebenso dazu wie ein paar saftige Lügen gegenüber den „Kollegen“, was der Betrieb mit ihnen alles gegen den Willen des Betriebsrats vor habe. So wird aus Rationalisierung, Kurzarbeit, Sonderschichten und Sozialplänen mit der Unterschrift des Betriebsrats jedesmal ein „tragfähiger Kompromiß“. den Betriebsräte einerseits als ihren Erfolg feiern, für dessen unangenehme Seiten sie andererseits jede Verantwortung ablehnen. Betriebsversammlungen geraten zu einer angeberischen *Lcistungsschau* des Betriebsrats. Da hält er das kritische Koreferat zu den Ankündigungen der – und spart nicht mit demonstrativer Kritik gerade wegen der Einsicht in die unternehmerischen Notwendigkeiten. Da kann ein Betriebsrat schon einmal mit Taschenrechner und Statistiken den Managern Nachhilfeunterricht in betriebsökonomischen „Sachzwängen“ erteilen. Hätten sie auf den Betriebsrat gehört, wäre das, was er jetzt wohl oder übel unterschreiben „muß, nicht nötig gewesen. Noch jedesmal gipfeln solche Feierstunden der Demokratie hinter dem Fabrikator in dem (Generalvorwurf, mit dem es jeder Betriebspolitikexperte den Unternehmern wieder einmal „gibt“: Er ist angeblich nicht genügend zu Rate gezogen worden und hat gleichwohl bzw. damit den Standpunkt der Belegschaft zur Geltung gebracht. So als ob sich die Betriebsmaßnahmen vor *seinem* kritischen Urteil zu bewähren hätten, und als machte er nicht umgekehrt aus seiner Zustimmung einen kritischen Beurteilungszirkus, wirft er sich in die Brust:

„In der über fünf Stunden dauernden Sitzung (ein Arbeiter würde sich mit dem Spruch „In meiner über acht Stunden dauernden Arbeitszeit“ lächerlich machen, ein Betriebsrat macht sich aber wichtig.) „wurden Pro und Contra (der Sonderschichten diskutiert. Als erstes Ergebnis kann vom Betriebsrat

festgestellt werden, daß die gegebenen Informationen widersprüchlich sind. Die Begründung der (Geschäftsleitung zur Notwendigkeit der Sonderschichten war für den Betriebsrat weder klar noch verständlich.“ (Opel-Betriebsrat)

So führt sich ein Betriebsrat auf, der nach seiner selbstverständlichen Unterschrift unter jede Sonderschicht die Behauptung in die Welt setzt, sie seien ein Beweis für den Erfolg „seines“ früheren Sanierungskonzeptes sprich einer betrieblichen Rationalisierung mit 4.000 Entlassungen! Genauso gut beherrschen diese gewerkschaftlichen Unterfunktionäre des Personalmanagements die umgekehrte Tour, die Werbung mit einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit den eigentlichen Managern. Alles für den Erfolg des Unternehmens!, so repräsentieren sie den „Willen der Belegschaft:

„Die Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke ist sich der Notwendigkeit der Opfer bewußt. Die Belegschaft ist stark genug.“ (Betriebsrat BMW)

Was Wunder, daß diese Repräsentanten gewerkschaftlicher Ordnungsmacht im Betrieb ihre Sternstunden erleben, wenn sie in einem großen Unternehmen aus längst abgesegneten Maßnahmen unter Einsatz der Betroffenen eine lokalpolitische Demonstration machen können. „Für den Bau eines Stahlwerks jetzt“, „Für den Erhalt der Stahlbasis Dortmund!“, usw. Unter solchen Parolen demonstrieren Betriebsratschefs im Verein mit Gewerkschaftsfunktionären und Lokalpolitikern zumal sie dasselbe auch noch in einer Person sind – an der Spitze ihrer Belegschaft auf Marktplätzen. Verhindert wird damit keine einzige Entlassung, kein „Arbeitsplatz geschaffen“, nicht einmal die sowieso schon beschlossenen Subventionen für den „notleidenden Konzern“ erhöht. Aber die Wichtigkeit und Verantwortung von Betriebsräten in Betrieb, Kommune und Land wird demonstriert und durch Presse, Politiker wieder einmal öffentlich anerkannt.

„Starke Betriebsräte durch eine starke Gewerkschaft“ und umgekehrt, heißt die Parole. Für den Erhalt und Ausbau dieser ihrer Macht „vor Ort“ beschwört die Gewerkschaft beständig die vor den Fabrikatoren stehengebliebene Demokratie und meldet bei den Politikern ihre Wünsche nach einem Ausbau ihrer Personalmitverwaltungs befugnisse an:

„Eine umfassende Einflußnahme des Betriebsrats bei globalen Fragen der Personalplanung muß durch eine gleichberechtigte Mitbestimmung bei den personellen Einzelmaßnahmen ergänzt werden erzwingbares Initiativrecht stärkeren Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen großzügigere Freistellungsmöglichkeiten ... kein übersteigertes Verhältniswahlrecht als ein Stoß gegen die Einheitsgewerkschaft.“ (Quelle 1/82)

Kurz, am liebsten hätte die kooperationswillige Gewerkschaft eine staatliche Garantie auf ein unbedingtes Monopol bei der rechtlichen Abwicklung aller betrieblichen „Personalentscheidungen“ über den profitabelsten Einsatz der Arbeitskräfte.

Gewerkschaftspolitiker die den Haken des Betriebsverfassungsgesetzes nicht in der Verpflichtung auf den sozialen Frieden, sondern in der immer noch nicht ausreichenden Erlaubnis sehen, ihn mitzusichern, sind allerdings für diese „Ungerechtigkeit“ längst entschädigt worden – mit einer „überbetrieblichen Mitbestimmung“, die Gewerkschaftsfunktionären das Recht einräumt, auf Aufsichtsratsposten den flotten Gang der Geschäfte mitzuplanen und zu überwachen. Da sitzen die bekannten Vertreter der Gewerkschaft, die bei Gelegenheit über Unternehmermacht und -willkür wettern, fernab ihrer „Basis“ endlich mit an den Schalthebeln unternehmerischer Macht und nehmen sie gegen die Arbeiter wahr. Angesichts dessen, wie selbstverständlich und zufrieden DGB-Ärsche sich über die Notwendigkeit der Wirtschaft und der Betriebsleitungen den Kopf mit zerbrechen dürfen und mit zerbrechen, ist es nachgerade lächerlich, bei Gelegenheit immer wieder einmal Korruption in den Reihen der Führung zu entdecken. Die hat schließlich längst die Form der gewollten, erlaubten und geregelten Zusammenarbeit in den Chefetagen, und die Gelder der Neue-Heimat-Spekulanten stammen sicher nicht nur aus den Gewerkschaftsbeiträgen.

Gewerkschaftler, die ihren „Kollegen“ nur noch den Wunsch nach Erhalt ihrer Aufsichtsratsposten von den Lippen ablesen wollen, lassen sich diese Krönung innerbetrieblicher Demokratie nicht gerne beschneiden, können und wollen aber auch keinen Kampf auf Vorstandstischen entfachen. Daß Politiker und Unternehmer ihnen einige liebgewonnene Posten streichen wollen, kränkt sie

zutiefst und veranlaßt sie dazu, auf ihren konstruktiven Beitrag zum Gedeihen dieser demokratischen Republik hinzuweisen:

„Ausgerechnet in einer Zeit äußerster weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Herausforderungen will die FDP die Gewerkschaften aus der Mitverantwortung herausdrängen, indem sie die Montan-Mitbestimmung zu zerstören sucht. Die deutschen Gewerkschaften haben in der Montan-Mitbestimmung wie anderswo einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung unserer Gesellschaft und zum sozialen Frieden in unserem Lande geleistet. Im Ergebnis stärkt die FDP die Kräfte, die einen anderen“ (kommunistischen) „Staat wollen. Statt Mitverantwortung wird Klassenkampfdenken geradezu herausgefordert.“ (Quelle 2/81)

– und da sei das mehrfache Aufsichtsratsmitglied Loderer davor. Also beklagt sich die Gewerkschaft, wie wenig ihr die Verantwortung gedankt wird und beschwört den Untergang der Demokratie mit einem Zitat von Wehner:

„Wer an der Montan-Mitbestimmung rührt, rührt am Nerv der Republik.“ (IG Metall-Flugblatt)

Ihre Mitglieder schickt sie für die „Hoffnung auf eine faire Austragung von Konflikten“ (Vetter) einmal demonstrativ auf die Straße und widmet sich wieder ihrer „Bewältigung nationaler Herausforderungen“. Nach der beschlossenen Revision der Montan-Mitbestimmung hat der DGB seinen Protest sang- und klanglos in der Mottenkiste der „erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung“ verschwinden lassen. Die Wucht der Mitbestimmung liegt schließlich nicht in der ab und zu verbreiteten Lüge, durch sie sei das Arbeitsleben schöner, weil demokratischer geworden, sondern in dem festen Willen der Gewerkschaft, sich der gewährten Rechte auch an jeder Stelle und bedingungslos würdig zu erweisen. Und dem ordnet sich das Verlangen nach einem politischen Lohn für Gewerkschaftsfunktionäre noch allemal unter.

Dafür lassen es sich dieselben Herren, bei aller demonstrierten Zurückhaltung in der Sache Lohn, nicht nehmen, aus Tarifrunden Beweise für ihr Anrecht auf politischen Respekt zu machen:

Einerseits dadurch, daß sie jeden Gegensatz beseitigt haben und Tarifautonomie nur noch so wahrnehmen, daß jedes Unternehmer-

interesse auch schon zum eigenen Diktat wird. Andererseits aber dadurch, daß sie an Zehntelprozenten den Nachweis ihrer Selbständigkeit führen, also einen propagandistischen Streit um ihre Tarifautonomie und gegen Unternehmersdiktate führen. Sie, die längst jedes gewerkschaftliche Auftreten als eine einzige Gefährdung ihres Ansehens ansehen, weil sie immer noch als Instanz der Anmeldung von Arbeiterinteressen betrachtet werden, lassen sich da wohlkalkuliert und wohl dosiert gewerkschaftliche Kampfmittel einfallen. Immer wieder fallen Leuten wie Kluncker die Sorgen der von ihnen Vertretenen ein, wenn sie ihre sozialpartnerschaftliche Rolle herausstreichen wollen. Und immer wieder einmal dürfen diejenigen, über die da gerade entschieden ist, dem gewerkschaftlichen Anspruch Nachdruck verleihen, für den Verzicht auf störende Forderungen auch die Rechte wieder einmal verbrieft und die Verantwortung zugestanden bekommen, die nun wirklich heutzutage niemand mehr der Gewerkschaft streitig machen will, weil sie sie genauso wahrnimmt, wie sie gedacht sind:

„Kluncker betonte, es gehe nicht um eine Weigerung der ÖTV, über einen Beitrag der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zur Sparpolitik nachzudenken. Dieser habe jedoch in regulären Verhandlungen zwischen mündigen Tarifpartnern zu geschehen.“

So verteidigt die Arbeitervertretung ihre Berechtigung als gesellschaftspolitische Institution, klagt sie bei Unternehmern und Politikern moralisch ein und fördert damit immerhin eine Wahrheit zutage. Selbstverständlich ist die offiziell zugestandene Rolle als Sozialpartner und „gesellschaftliche Kraft“ wirklich nicht; und nur der Wille, sich ihrer unbedingt würdig zu erweisen, garantiert auch die willige staatliche Gewährung der entsprechenden Rechte.

Je mehr sich allerdings die gewerkschaftliche Kooperation mit und für deutsche Politik in den höheren Sphären explizit politischer Zuständigkeiten abspielt, um so mehr wird auch der Schein einer Verteidigung „erkämpfter Positionen“ überflüssig und weicht dem Gehabe zufriedener Politiker, die ihre Leistungen anmaßend zur Schau stellen. Da dokumentieren Gewerkschaftsvertreter ganz ungeniert wirtschaftspolitischen Sachverstand bei allen Fragen nationaler Reichtumsvermehrung in beständigen „konzertierten Aktio-

nen“ mit Bossen und Politikern; da sitzen eine Menge Gewerkschaftler als Parlamentarier in Bonn und beschließen über Aufrüstung und staatlich verordnetes Sparen für das Volk; da kommt dem Kanzler bei Gelegenheit der Spruch „liebe Gewerkschaftskollegen“ genauso leicht über die Lippen, wie umgekehrt Vetter & Co. in deutschen und anderen Landen sich als Repräsentanten deutscher Politik vorstellen; da bevölkern Gewerkschaftler streng parteienproportional Staatssekretärs- und Ministerämter, gehen Gewerkschaftskarrieren bruchlos in Parteiamter über und umgekehrt und alles im Namen der Arbeiter und im Dienste der Nation.

Die Einheitsgewerkschaft = überparteiliche Staatsgewerkschaft

Der „erfolgreiche Kampf“ um „ein Gesamtsystem von Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer“ hat einen Spruch aus vergangenen Tagen „Arbeit macht frei“ erst so recht zur nationalen Geltung gebracht. Der Arbeitsmann kann unter den beschlossenen Bedingungen unbeschwert arbeiten, hat nicht auf Gut und Geld zu sehen, sondern fleißig und opferbereit, also frei von jedem Materialismus zu sein die Gewerkschaft aber genießt die Freiheit, unbeschwert von den Notwendigkeiten des Arbeitslebens den nationalen Nutzen der Arbeit mit zu organisieren, das als Institution im Staatsleben zu repräsentieren und bei allem einzig darauf zu achten, daß sie davon profitiert. Sie ist also längst nicht mehr eine Koalition der Lohnarbeiter zur Verteidigung ihrer ökonomischen Anliegen, sondern die Organisation des Bedürfnisses und Ansinnens, sich von den ökonomischen Notwendigkeiten der arbeitenden Volksmehrheit freizumachen, sich an ihrer ökonomischen und politischen Verwaltung zu beteiligen. Insofern verdankt sie nicht zufällig ihre Entstehung auch nicht den Kämpfen der Mitglieder, sondern dem Interesse der Alliierten und Grundgesetzväter nach einer demokratischen Benützung gewerkschaftlicher Macht für ein solides Staatswesen ohne Arbeiterbewegung – und dem Interesse von Gewerkschaftlern der „ersten Stunde“ nach Beteiligung am Staatsaufbau. So wirkt sie seit den Anfängen der Bundesrepublik als zufriedene Ordnungsmacht dort, wo die Parteien selber nicht unmittelbar befriedend wirken können – in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Sie erlaubt den Politikern, sich in der Sicherheit sozial

friedlicher Erledigung des Klassengegensatzes ganz ihrer politischen Freiheit in der Benutzung des Volkes nach innen und außen zu widmen. Damit eröffnet sie sich das weite Feld der Konkurrenz mit den Unternehmern um Einfluß im Staat und des zufriedenen Genusses politischer Machtbeteiligung mit kritischer Begleitmusik.

Dieser freiwillige nationale Arbeitsdienstverein ist die wahre *Staatspartei der Arbeit* und gesellt sich deshalb ganz verantwortlich und bescheiden den demokratischen Parteien zu und unter. Für die Behauptung, der Staat habe recht eigentlich das Anliegen und Werk der Arbeiter zu sein, steht der DGB ein, und zwar dadurch, daß er die Arbeiter zum Mittel seiner politischen Mitwirkung und damit auch zum frei verfügbaren Mittel für jeden politischen Anspruch macht. Und für diese Leistung fordert er und behauptet er das Monopol, das Monopol an Zuträgerleistungen und Mitwirkungsrechten an allen Notwendigkeiten demokratischen Regierens nämlich – jenseits und „politisch neutral“ gegenüber aller Parteienkonkurrenz. Das ist das Prinzip der *Einheitsgewerkschaft*, daß sie sich keiner „Ideologie“ mehr verpflichten will außer der, daß jeder Anspruch des Arbeiters in seiner demokratischen Mitverwaltung durch den DGB aufgehoben und erfüllt ist:

„Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung der Nazidiktatur entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften.“ (DGB-Grundsatzprogramm)

Interessant zu wissen, daß es der Arbeiterbewegung niemals um die Händel zwischen Arbeit und Kapital gegangen ist, sondern um geistesgeschichtliche Strömungen und politische Verwurzelung in staatstragenden Parteien, bei denen man nicht zufällig an SPD und CDU denken soll! Von politischen Richtungen, die noch einen Anspruch der Arbeiter an den Staat erkennen lassen, und von Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft um die politische Linie will Vetter nichts mehr wissen. Der DGB versteht sich also als der eigentliche Wahrer der Demokratie und damit hat dieser freizü-

gige Dienstleistungsbetrieb für jede nationale Regierung nicht ganz unrecht. Er steht wirklich zu jeder Koalition im Lande, mag sie von Adenauer, Brandt, Schmidt oder Strauß angeführt werden. Seine „engen Bindungen“ an die SPD, für die er des öfteren als Wahlwerbungsverein eintritt, leiten sich einzig daraus ab, daß diese Partei die Gewerkschaften gebührend als Garanten des Modell Deutschland und Zuträger von Wahlstimmen würdigt. Die CDU dagegen erhebt des öfteren den Vorwurf vom Gewerkschaftsstaat weil sie nicht gleichermaßen auf das gewerkschaftlich organisierte Stimmvieh setzen will. Das hält die Gewerkschaften keineswegs davon ab, auch mit den „Reaktionären“ im Land sich prächtig zu verstehen. Der „Wert der Arbeit“ und des DGB für die Nation steht über allem Parteiengezänke, so daß ein Loderer der bayerischen IG Metall bei Gelegenheit anempfiehlt, einen Sekretär zu wählen, dessen gewerkschaftliche Qualifikation in seiner CSU-Mitgliedschaft besteht. Dafür genießt und verteidigt der DGB aber auch das Privileg, ohne Konkurrenz zu sein bei seiner Definition dessen, was „deutsche Arbeitnehmer fordern“. Seine Anstrengungen gelten keinem besonderen Interesse, sondern einem gesunden deutschen Staat. Vertreten wird nicht der *Arbeiter*; sondern der Bürger in ihm:

„In der Einheitsgewerkschaft haben sich Arbeitnehmer unterschiedlicher Religion, Weltanschauung und politischer Überzeugung zusammengeschlossen. Dies ist entscheidend: Damit ist die verhängnisvolle Spaltung in ‚Richtungsgewerkschaften unterschiedlicher parteipolitischer Anbindung überwunden worden.“ (Vetter)

Die schönsten Stunden erleben Gewerkschaftsführer daher immer dann, wenn sie sich im Kreise Gleichgesinnter von Schmidt über Kardinal Höffner bis Strauß unter Ausschluß der Mitglieder als nationale Kraft und anerkannte Institution staatsfeiern oder feiern lassen; wenn zum 30. Jahrestag des DGB Repräsentanten staats-treuer Wissenschaft und Öffentlichkeit dem deutschen Arbeiter bestätigen, durch seine Vertretung dem Staatsaufbau gedient zu haben; wenn am Staatsfeiertag der Arbeit Politiker und Gewerkschaftspolitiker ihre Einheit demonstrieren; oder wenn ein scheidender Gewerkschaftsvorsitzender aus der Hand seines höchsten Bonner Kollegen das Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausge-

hündigt bekommt, einfach dafür, dreizehn Jahre lang der Bundesrepublik Deutschland an verantwortlicher Stelle treu gedient zu haben. Dann können sie zufrieden und ohne den lästigen Ruch, der einem Arbeitervertreter im Reich der Volksvertreter so leicht noch anhaftet, sich in der Anerkennung sonnen, endgültig in den höheren Sphären der Macht ihre Heimat gefunden zu haben.

Die Basis – das Arbeitsvolk des DGB

Einheitsgewerkschaft, das verstehen die Vertreter der Arbeit auch gegenüber ihren Mitgliedern ganz nach der Devise ihrer Vorbilder aus der großen Politik: Was das Volk zu wollen hat, bestimmen wir! Sie stützen sich nicht auf ihre Millionen Gewerkschaftsmitglieder, sondern organisieren sie als brauchbare Mittel für die Institution Gewerkschaft:

„Die interne Vielfalt verpflichtet auf der Grundlage der Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.“ (DGB-Grundsatzprogramm)

Unabhängig ist die Willensbildung vor allem von jeder Rücksichtnahme auf eventuelle Mitgliederinteressen. Die werden von Tarifkommissionen etc. definiert, und die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Diskussion auf Gewerkschaftsversammlungen, so sie überhaupt stattfinden, sind bekannt. Befohlener und abrufbarer Gehorsam gegenüber dem Willen der Funktionäre, das ist die eine Seite der Toleranz, die von oben mit der Basis geübt wird. Die andere Seite heißt „Solidarität“ und ist die rechte Ideologie für den Gebrauch der Mitglieder als Basis:

„Solidarität ist keine Einbahnstraße! Sie muß durch ein freimütiges Geben und Nehmen immer wieder erneuert werden.“

Die Zeiten sind glücklich vorbei, wo Gewerkschaftsfunktionäre Arbeiterinteressen organisiert haben und darüber zu vaterlandslosen Gesellen geworden sind. Heute haben sie eine gewerkschaftliche Basis, d.h. ein Fußvolk für die Organisation, das sich um das, was die Politik des DGB ihnen beschert, nicht zu kümmern hat und in seiner Gefolgschaftstreue als Beweismittel der

politischen Unentbehrlichkeit des DGB für Staatsmänner, Kapitalisten und Öffentlichkeit vorführbar zu sein hat. Die Basis dient als auf- und abrufbare Staffage für die Gewerkschaftsrepräsentation, die schließlich immer „im Namen der Arbeiter“ passiert. Da ist es kein Wunder, daß die Führer der deutschen Arbeitsfront, denen die nationale Verantwortung ins Gesicht geschrieben ist, ein besonderes Verhältnis zur „Arbeitswelt“ haben: Besucht Vetter einmal eine Belegschaft, so heißt dies im unverwechselbaren Gewerkschaftsjargon, er sei „unmittelbar vor Ort“ gewesen, nach dem Muster von Schmidt & Co., die zu Wahlkampfzeiten unter öffentlicher Anteilnahme einmal zum Wählerhändeschütteln in die Grube und wieder heraus fahren. Dennoch wollen Vetter und Konsorten nicht einfach mit Politikern verglichen werden. Die müssen sich nämlich alle vier Jahre dem Wählervolk stellen und neigen nach Ansicht des DGB zu „parteipolitischen Winkelzügen“, weil sie sich von Lust und Laune der Wähler zu leicht abhängig machen. Die Saubermänner der Nation dagegen erfüllen ihr Leben an der Spitze innergewerkschaftlicher Demokratie einerseits wie Beamte, nur gewählt durch Spitzenkreise und nur dem Ganzen des Vereins verantwortlich, andererseits aber ausgestattet mit einer „Hausmacht“ und „Konkurrenten“, kurz allen schönen Verlaufsformen innerparteilichen Strebens nach Macht und Einfluß. Die Basis darf dabei gerade noch den Schein eines regen innergewerkschaftlichen Lebens entfalten und bei ernsteren Anlässen die Klappe halten, weil ihre freie Meinung schon längst in den besten Händen ist; und ihre Interessen sowieso.

Auf die Überzeugung, daß das Mitmachen bei der Gewerkschaft sich lohnt, will der DGB nicht setzen. Er will sie auch gar nicht erst verbreiten, geschweige denn für das Lohnen sorgen. Aber haben will er sie schon, die deutschen Arbeiter, denn auf ihrer Zahl beruht schließlich seine Berechtigung als Ordnungsmacht. Also wird mit dem möglichen Schaden bei eventuellen gewerkschaftlichen Aktionen, mit dem Hinweis auf die „Trittbrettfahrer“ geworben, die angeblich einfach Vorteile von der Gewerkschaft wollen, statt ihre Pflicht für sie zu erfüllen und Beiträge zu zahlen. Am liebsten würde er alle staatlich zwangsverpflich-

ten lassen, gewissermaßen als berechtigte Folge der Tatsache, daß sie automatisch unter die gemütlichen Ergebnisse seiner Mitbestimmung fallen. Und am liebsten würden die Obergewerkschaftler ihre Basis genau entsprechend ihren Vorstellungen zu beitragszahlenden Karteileichen, freudigen Erster-Mai-Gängern, ein paar braven und karrierebewußten Funktionären, gehorsamen Wählern, kurz: zu den jeweils gerade anstehenden solidarischen Diensten für die Organisation abrichten.

Denn die viel beschworene Einheit ist den ,Vertretern dieser Einheit immer nicht einheitlich genug. überall entdecken sie Spalter der Gewerkschaftseinheit, die sich nicht umstandslos der Linie unterordnen, auch wenn sie bloß meinen, es stünde dem Ansehen der Gewerkschaft gut an, wieder einmal einen Streik zu inszenieren. Wer gewerkschaftliche Betriebsratspolitik kritisiert oder gar auf einer anderen als der genehmen Liste kandidiert, wer nach dem Nutzen der Mitbestimmung für die Arbeiter zu fragen wagt, wer von der kritischen Gewerkschaftsjugend seinen Idealismus zu ernst nimmt, wer zu sehr für Frieden und nicht für Frieden gegen Osten und mit Bundeswehr und NATO ist, wer nichts von gewerkschaftlichen Staatsfeiern am 1. Mai hält, oder wer gar das Interesse am Lohn auch nur halbwegs ernsthaft und nicht auf Bestellung für Tarifverhandlungen anmeldet, der ist die längste Zeit Gewerkschaftsmitglied gewesen. Der erfährt die Wucht solidarischer und einheitlicher Durchsetzung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen: Keine Toleranz mit den Feinden der Toleranz! So jemand will die Gewerkschaft für seine Ideologie zweckentfremden und wird über kurz oder lang dem einzigen Feind zugeschlagen, den unsere Gewerkschaft wirklich noch kennt:

„Daß Kommunisten nicht zu den Wurzeln der Einheitsgewerkschaft gehören, dabei bleiben wir.“ (Vetter)

Der Gegner des deutschen Arbeiters ist eben nicht das Kapital, das ihn ausbeutet, sondern jeder, der irgendwie auch nur den Verdacht erweckt, gewerkschaftliches Bewußtsein mit Arbeiterinteressen zu verwechseln, was zwangsläufig Gegnerschaft zum Staat einschließt! Für den DGB ist dergleichen schon deshalb untragbar, weil er schließlich nach innen wirklich einen Gewerkschaftsstaat

eingrichtet hat, mit Alleinvertretungsanspruch, Volk und Führern. An jedem Verstoß gegen diese Prinzipien entdeckt er den Angriff gegen eine tragende Säule unserer Demokratie und damit gegen diese selbst: Gewerkschaftsstörend, das ist staatszerstörend, und mit dem wird entsprechend verfahren. Einen solchen Störer lassen demokratische Einheitsgewerkschaftler ihre Macht spüren und auf den lassen sie bei passender Gelegenheit auch die Mitglieder zum solidarischen Schlägern los. Ein Interesse dürfen die Mitglieder nämlich immer anmelden: das nach Verteidigung ihrer Vertretung, die sonst jedes Arbeiterinteresse dem Arbeits- und demokratischen Untertanendienst für die Nation opfert.

Kapitel V

Der DGB und die Weltpolitik: Offensiver Nationalismus im Namen der deutschen Arbeit

Auf die Mitbestimmung hält sich der DGB viel zugute – und dem Staat, der sie gestattet, ebenfalls. Als *Partner* von Staat und Kapital darf sich die Einheitsgewerkschaft ganz dem *Streit um gute Politik* verschreiben. Diese Organisation hat davon Abstand genommen, sich wegen der Dienste und Kosten, die ihren Mitgliedern tagtäglich auferlegt werden, störend bemerkbar zu machen. Stattdessen leitet sie aus den lebenslangen Pflichten und Nöten der Lohnabhängigen das *Recht* ab, bei der Durchsetzung der „wirtschaftlichen Vernunft“ mitzuwirken. Darin verfährt der DGB sehr konsequent. Einerseits bemüht er sich wie seine Partner aus Politik und Wirtschaft unentwegt um die öffentliche Verbreitung der Lüge, daß es den „Arbeitnehmern“ um so besser gehe, je erfolgreicher Staat und Unternehmen zu Werke gingen. Daß die Erfolge von Staatskasse und Betrieben die vom DGB organisierten Arbeitsbürger ziemlich beanspruchen, weil sie nur durch ihre Leistungen und Beschränkungen zustandekommen, ist den maßgeblichen Anwälten der arbeitenden Klasse kein großes Problem. Alle Zumutungen gegenüber den „sozial Schwachen“ verlegen sie ganz einfach in die Rubrik „Fehler und Versäumnisse“: *anerkannt* wird da ohne weiteres die „Schwierigkeit“, mit einer leeren Staatskasse eine anständige Sozialpolitik zu betreiben, und *verlangt* wird eine Sanierung des Haushalts, dessen Verschuldung gerade wegen der unerläßlichen Rüstungsbedürfnisse des Staates auf eine Rekordhöhe festgesetzt wird. *Anerkannt* wird genauso der Gewinn als Erfolgskriterium der Unternehmen, und angesichts von Entlassungen, die für den Gewinn vorgenommen werden, *verlangt* die Gewerkschaft die Beseitigung der „roten Zahlen“. Wirtschaftspolitiker und Manager müssen sich vom DGB unablässig vorhalten lassen, die ihnen übertragenen Aufgaben nicht bewältigt zu haben; sie werden beschuldigt, die Segnungen ihres Geschäfts nicht ordentlich zustandezubringen – und ihr „Versagen“ dient als Anlaß, eine *Krise* nach der anderen auszurufen.

Andererseits sind diese Art von Vorwürfen weder dazu geeignet noch darauf berechnet, den „Sozialpartnern“, die sich ständig vor ihrer Aufgabe blamieren, den Kampf anzusagen. Der DGB hält ungeachtet aller gegenteiligen Erfahrungen – *die* machen ja seine Mitglieder – am Prinzip seiner Lüge fest: Wirtschaft und Nation in Ordnung – Wohl der arbeitenden Menschheit gesichert! Seine Beschwörung von *Krisen* – der Politik, der Finanzen, des „sozialen Netzes“, der Beschäftigung – ist stets der Auftakt für „*gemeinsame Anstrengungen*“, die „wir alle“ auf uns nehmen müssen, um wieder das zustande zu bringen, wovon wir alle abhängen: das nationale Geschäft. Wenn der DGB streitet, so um die beste Ausgestaltung der Schicksalsgemeinschaft, in der Staatsmänner, „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ so unkündbar aufeinander angewiesen sind.

„Einseitig“ sieht ein demokratisch geschulter Arbeitervertreter die soziale Marktwirtschaft jedenfalls nicht. Alles, wovon die Lohnabhängigen so *abhängig* sind, ist für ihn Gegenstand der rücksichtsvollen Fürsorge. Weil „Arbeitnehmer“ die Entscheidungen der Regierung zu spüren kriegen, pflegen die verantwortungsbeflissenen Herren und Damen des DGB den Vergleich zwischen den Politikern, die mit ihrer Partei Deutschland regieren wollen; das Ergebnis ihrer Überprüfung legen sie dann regelmäßig ihren Mitgliedern ans Herz. In Form von „Wahlprüfsteinen“ und -empfehlungen räumen sie jeden Verdacht gegenüber denen aus, die nichts Geringeres versprechen als eine effektive Verwaltung des Wirtschaftswachstums und „schwere Zeiten“ für die, die es erarbeiten. Weil „Arbeitnehmer“ von Berufs wegen auf Arbeit angewiesen sind und das Geld zum Leben nur kriegen, wenn sich die Ausnutzung ihrer Leistung auch lohnt, treten gestandene DGBler für den guten Geschäftsgang der deutschen Unternehmen ein und – so Vetter in der BILD-Zeitung – lassen „über manches mit sich reden“, wenn sich die anvisierten Opfer von Beschäftigten wie Arbeitslosen im Rahmen ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen bewegen. Kurz: der DGB macht sich zum *Anwalt der Abhängigkeit* von Staat und Kapital, und dabei ist ihm auch der Spruch von „der Kuh, die man nicht schlachten darf, wenn man sie melken will“, nicht zu blöd. Ob ein Vorsitzender zu Beginn einer Tarifrunde wieder einmal ausrechnet, wieviel Lohnkosten die Wirt-

schaft nicht verträgt, ob im Interview mit Massenblättern von H. O. Vetter persönlich zum hundertsten Male zur Belebung der Investitionstätigkeit – natürlich im Namen der Arbeitslosen – aufgerufen wird, ob das gewerkschaftliche Wirtschaftsinstitut das neueste Gegengutachten über den erforderlichen Aufschwung vorlegt: immer wird *Propaganda für den Erfolg der Staatskasse und des Geschäfts* betrieben. So fest ist man im DGB davon überzeugt, daß die Lohnabhängigen an diesem Erfolg *beteiligt* werden: Gewerkschaftliche Politik besteht im „Kampf“ um die Beseitigung sämtlicher Hindernisse, die dem Kapital, von dem die deutschen „Arbeitnehmer“ in den Augen der Gewerkschaft *leben*, im Wege sind.

1. Der Internationalismus des DGB

Besteht deshalb in der schamlosen Feier von sämtlichen Erfolgen deutscher Außenpolitik – und in der ebenso unverschämten Kritik an jeder anderen Nation, die sich nach Meinung der deutschen Einheitsgewerkschaft irgendwie als Hindernis des deutschen Außenhandels, der „Bündnis-“, „Entspannungs-“ und „Friedenspolitik“ zur Geltung bringt. Selbstverständlich ist die jeweilige Gewerkschaftsmeinung immer konform zur Regierungserklärung vom Vortage: vom *Standpunkt der eigenen Nation*, der durch seine Verkündung aus dem Munde eines IG Metallers fraglos mit den Interessen der „Arbeitnehmer“ zusammenfällt, wird da jeder andere Nationalismus radikal kritisiert. Die *Unvernunft regiert im Ausland*, und das macht den Machern der deutschen Weltpolitik die Erfüllung aller Aufträge so schwer, die ihnen von den Lohnabhängigen über die Vertreter im DGB erteilt werden. Alles, was dem eigenen Volk von seiner Regierung verordnet wird, ist eine – „leider“ – notwendige „Reaktion“ auf die Untaten, mit denen deutsche Politiker und Wirtschaftsbosse auf ihren Weltreisen konfrontiert werden. Bezeugt wird diese verlogene Darstellung der weltpolitischen Durchsetzung der zweitgrößten Wirtschaftsmacht des freien Westens immerzu durch mitreisende Gewerkschaftsvorsitzende, die sich überall „vor Ort“ von der Rechtmäßigkeit deutscher Interessen überzeugen, aber nirgends eine Wirkung deutscher Politik bemerken, wenn sie etwas zum Klagen finden:

„Wir alle verwahren uns, daß die Großmächte die Welt in Interessensphären, in Macht- und Einflußgebiete aufteilen. Das Elend der Flüchtlingsmassen, Massenvernichtung und Unterdrückung sind ein entwürdigender Niederschlag dieser Politik.“

Billiger ist demokratische Empörung wirklich nicht zu haben: Als wüßten die Reisegefährten von Graf Lambsdorff, Schmidt, Genscher und Amerongen nicht, was deutsche Politik und „Kapitalhilfe“ in Afrika und Südamerika anrichten! Als wäre die eigene Regierung, wenn sie mit der ganzen Wucht des in Deutschland erzeugten Reichtums auf dem Weltmarkt auftritt, um auswärtige Völker und Landstriche dem deutschen Wirtschaftswachstum dienstbar zu machen, nicht an der von „unseren amerikanischen Freunden“ erhaltenden „Einflußsphäre“ profitabel beteiligt! Als wäre die Tatsache, daß die Bundesrepublik wirtschaftlich und militärisch die Nr.2 im NATO-Bündnis stellt, ein einziger Beleg für die weltpolitische Unschuld dieses Staates, dem jeder Gewerkschafter ansonsten einen Freibrief auf „unsere Interessen“ in allen Gegenden der Welt ausstellt!

Wo immer diese Interessen erfolgreich zur Geltung kommen, vermeldet der DGB auch Erfolge seiner Mitglieder: Ob Siemens im brasilianischen Atomgeschäft, Mannesmann im Osthhandel oder eine Werft im Bau von Kriegsschiffen für eine befreundete Diktatur die Produkte deutscher Wertarbeit zu Kapital machen – im Grunde ist das alles ein Dienst am deutschen Arbeiter. Daß *der* fürs Geschäft arbeiten muß und der Lohn für seine Leistung so bemessen ist, daß der Gewinn immer, das „schöne Leben“ nie garantiert bleibt, stört da wenig. Zwar gehören zur erfolgreichen Durchsetzung der Nation auf dem Weltmarkt inzwischen Entlassungen in Millionenhöhe, doch sind die für den DGB nur ein Grund, den Einsatz der Lohnabhängigen für die Nation in das Gegenteil umzudichten: „Wir“ sind eine Exportnation, und in der schafft der Welthandel die Arbeitsplätze. Wenn einerseits Entlassungen sein müssen, weil Rationalisierungen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie stärken, also Arbeitsplätze *schaffen*, dann sieht man in Gewerkschaftskreisen nur eine Lösung des Problems Nr.1: Arbeitslosigkeit“. Erstens müssen die deutschen Manager noch gründlicher mit der von der Gewerkschaft so preisgünstig angebotenen deutschen Wertarbeit kalkulieren und

dürfen nicht die für den internationalen Wettbewerb fälligen Rationalisierungen verschlafen. Zweitens müssen deutsche Politiker all ihren Einfluß spielen lassen, um „unsere“ Konkurrenten zur Vernunft zu bringen. *Die* sind nämlich mit *ihrer* Exportoffensive schuld an den deutschen Arbeitslosen! Im Namen der Arbeiter ganz Europas bemängelt Loderer,

„daß europäische Produkte und Kapital kaum Zugang zum japanischen Markt und damit seiner technologischen Entwicklung finden ... Die japanische Industrie wäre gut beraten, wenn sie ihre Verkaufserfolge im Rahmen der psychologischen Erträglichkeit hielte.“ (Metall 16/80)

Da wird schlicht darauf bestanden, daß sich für Japan nicht gehört, was unwidersprechliches Recht der BRD ist. Man wagt kaum zu fragen, ob denn die deutschen Arbeiter bei der Festsetzung des „psychologisch Erträglichen“ etwas zu melden haben! Wenn Wirtschaftsminister Lamsdorff von seiner Reise aus Fernost zurückkehrt und mitteilt, die befreundete japanische Regierung habe „Einsicht“ gezeigt und werde sich beim Export zurückhalten, dann äußert sich zumindest der DGB sehr zufrieden über die „Leistung“ dieses Menschen, der ansonsten in gewerkschaftlichen Verlautbarungen nicht so gut wegkommt.

An der Konkurrenznation Japan, aus der selbiger Wirtschaftsminister auch die Botschaft „fleißiger arbeiten!“ für sein deutsches Volk mitgebracht hat, entdecken deutsche Gewerkschafter sogar die Ausbeutung als Erfolgsgeheimnis einer Exportnation:

„Die Herausforderung auf technologischem Gebiet kann nicht zu einem Angriff auf soziale und gesellschaftspolitische Errungenschaften umgemünzt werden. Wir wehren uns gegen die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch Wettbewerbsvorteile, die auf erheblichen Rückständen bei sozialen Leistungen und bei der Arbeitsplatzgestaltung bestehen, vor allem in einem Land wie Japan, das einen vergleichbaren technisch-industriellen Entwicklungsstand wie die BRD aufweist.“ (Loderer in Metall 16/80)

Unter dem Gesichtspunkt des „Wettbewerbsvorteils“ kommt ein deutscher Gewerkschafter darauf, zum *Klassenkampf* zu raten *in Japan!* Seine eigene Logik, derzufolge mangelnde Geschäftstüchtigkeit auf dem Weltmarkt „Arbeitsplätze“ vernichtet, interessiert ihn nur sehr einseitig – ganz als würden die deutschen Entlassun-

gen abnehmen oder rückgängig gemacht, wenn in Japan der „soziale Fortschritt“ um sich greift und die fernöstlichen Fernseher und Autos teurer und unverkäuflich würden, verordnet der IG Metall-Chef den japanischen Gewerkschaften, etwas *für* die Arbeiter und *gegen* die dortige Wirtschaft zu tun. Während hierzulande das Beste für die arbeitende Klasse immer noch die Kräftigung der Wirtschaft ist – „Die wirtschaftliche Kraft unseres Landes muß gewahrt werden. Dazu müssen passende Investitionsprogramme verwirklicht werden, die aktuelle Nachteile im Vergleich der Produktionstechnologie und der Produktionssteuerung abbauen und die bestehenden Vorteile (!) der deutschen Exportindustrie stärken.“ – muß bei der Konkurrenz das genaue Gegenteil passieren. Dort haben die Gewerkschaftskollegen den deutschen Auftrag zu befolgen, ihre Tarifrunden „unvernünftig“ abzuwickeln, ganz ohne Rücksicht auf die Wirtschaft. Die Schilderung, mit der DGB-Funktionäre die japanischen Arbeitervertreter *kritisieren*, ist nicht zufällig ein getreuliches Protokoll der letzten bundesdeutschen Tarifrunden:

„Die Dachverbände aber zeigten Takt und Maß. Um zu demonstrieren, daß nicht etwa durch ihre maßlosen Forderungen nach höherem Lohn Japans Wirtschaft einen Schock erleiden würde, verabredeten sie eine gemeinsame Lohnforderung von acht Prozent. Diese acht Prozent waren weniger, als die Kaufkraftentwertung betrug. Das Frühjahr 1980 war nämlich durch ein enormes Ansteigen der Verbraucherpreise gekennzeichnet, bei Heizkosten, Lebensmitteln, Benzin, Fahrpreisen und Mieten. Die Forderung nach acht Prozent bedeutete damit einen Lohnverlust durch die Gewerkschaften, die sich dem Wahlbürger als vernünftig andienen wollten. Dennoch wurde um diese Lohnforderung so gefeilscht, daß es nach einem echten Lohnkampf aussah. Die Verkehrsbetriebe traten sogar in einen Streik, den sie allerdings schon nach einer Stunde abblasen konnten. Die Unternehmer lenkten ein und traten anschließend vor die Fernsehkameras, um zu frohlocken, alles sei prächtig gelaufen. Und auch die Gewerkschaften jubilierten. Herr Shioji etwa, der Vorsitzende der Automobilgewerkschaft, verkündete, man habe nun die Einheit hergestellt. Es war aber nur die Einheit des gemeinsamen Versagens, von dem er sprach.“ (ÖTV 5/81).

In der Abwicklung eines „verantwortungsvollen“ Lohnkampfes macht dem DGB so schnell keiner was vor – wenn ihn andere da kopieren, ist er prompt mit einer Entlarvung zur Stelle. Aber eben nur in den Fällen, wo ihm der Siegeszug *deutscher* „Arbeitgeber“ dies geraten erscheinen läßt. Im Bemühen um

2. Ein deutsches Europa

Fällt ihm durchaus das Gegenteil ein. Daß Staatsmänner und Kapitalisten aus Gründen des Geschäftsvorteils und unter der schützenden Wucht der NATO ein weltweit florierendes Wirtschaftsbündnis aufgemacht haben, war den Gewerkschaftsinternationalisten Deutschlands erst einmal die Parole vom „Europa der Arbeitnehmer“ wert – plus ein paar Gewerkschaftsfunktionäre im europäischen Parlament. Denn dort wird sich um die Verteilung von Nutzen und Kosten zwischen den nationalen Partnern gestritten, und da stehen Gewerkschafter für *Deutschland* gerade. Hier, wo die eigene Nation an der *gelungenen Akkumulation* der Partner beteiligt sein will, berechtigt die Armut der ausländischen Kollegen keineswegs zum Bruch des „sozialen Friedens“.

In *England* vermißt die deutsche Einheitsgewerkschaft die Einigkeit zwischen Regierung und Gewerkschaften zu einer ordentlichen Sanierung der „desolaten Wirtschaftslage“; die Einigkeit der Gewerkschaften, wie der DGB mit der Regierung zusammenzuarbeiten; und den Willen der Regierung, sich der Gewerkschaften zu bedienen. Im Falle *Italiens* malt ein deutscher Ordnungsfanatiker aus den Reihen der Gewerkschaft gleich das beliebte Bild vom faulen Spaghetti, den der schwache Staat nicht zu deutscher Arbeitsmoral erziehen kann.

„Ein besonderes Kapitel sind die Streiks, für die Italien berüchtigt (!) ist. Der durchschnittliche Verlust an Arbeitstagen pro 1000 Beschäftigten lag in Italien im sechziger Jahrzehnt an der Weltspitze. Hinzu kommt: Einmal ist für Italien der häufige und unberechenbare Kurzstreik typisch, der durch Unsicherheitsauslösung besonders zerrüttend wirkt, und zweitens kommt der hohe Grad von Arbeitsabwesenheit hinzu – selbst im schlimmsten Streikjahr 1969 gingen dadurch dreimal mehr Arbeitsstunden in der Industrie verloren als durch Streiks.“ (Gewerkschaftliche Monatshefte 9/78)

Nationalistische Hetze vom Standpunkt deutscher Wirtschaftsjournalisten und Unternehmer aus, oder deutsch-gewerkschaftliche Solidarität mit den streikenden Kollegen in Italien? Aber was soll man auch an Schamgrenzen bei einem Verein erwarten, der stolz die seit den sechziger Jahren zur „Rettung der deutschen Stahlindustrie“ entlassenen Arbeiter aufzählt, den „EG-Partnern“ ihre

staatlichen Subventionen als „gegen alle internationale Solidarität (!) verstoßenden Wettbewerbsvorsprung“ vorwirft und auch noch den Unterbuchhalter der deutschen Regierung spielt, dem die Vorteile der BRD aus der EG immer zu klein sind und der immer nur das angebliche ungehörliche Luxusleben sieht, das die französischen Bauern sich mit „unseren“ Geldern im EG-Haushalt machen:

„Es hat den Anschein, als würde die BRD, die sich in Europa nachdrücklich für einen ungehinderten Welthandel einsetzt, dafür doppelt zur Kasse gebeten.“

Eine andere Kasse fällt Europaparlamentariern und Beratern der schwierigen Regierungsarbeit wirklich nicht mehr ein. Arbeiter kennen sie nur noch als das mehr oder minder brauchbare Material wirtschaftlicher Erfolge und staatlicher Macht, die es nach innen und nach außen zu garantieren gilt. Solche Gewerkschafter halten daheim nichts von der lästigen Frage, was bei ihrem verantwortlichen Treiben eigentlich für die organisierten „Arbeitnehmer“ herauspringt; und auch bei der Besichtigung auswärtiger Kollegen liegt ihnen nichts ferner als eine Betrachtung der Leistung des jeweiligen Gewerkschaftsvereins für die Arbeiter. Wenn von offizieller Seite in Bonn das prinzipielle Einverständnis mit einer neuen Regierung in *Frankreich* ausgesprochen ist, dann beurteilen deutsche Gewerkschafter ihre französischen Brüder nur noch nach einem Kriterium: Könnten sie sich als Störung der französischen Politik und damit der deutsch-französischen Zusammenarbeit erweisen? Dieselben Fragen, die ein stockreaktionärer Journalist in die Welt setzt, werden dann im Funktionärsorgan des DGB aufgeworfen. Und die Empfehlung ausgesprochen, in der die Anliegen französischer wie deutscher Arbeiter in sehr eindeutiger Form vorkommen: Imitiert die deutsche Art der Wahrung des sozialen Friedens und gewöhnt euch daran, daß eure Mitglieder nichts davon haben!

„Die meisten Franzosen scheinen zu übersehen, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen geraume Zeit brauchen, bis sie zum ‚Greifen‘ kommen ... hier beginnt das gegenwärtige französische Dilemma auf Arbeitnehmerseite: Es gibt augenblicklich eine Reihe von Streiks und Unmutsäußerungen ... Für die Gewerkschaften ist dies eine neue und schwierige Situation ... Natürlich hat die Regierung Gründe für ihre Zurückhaltung. Sie will die Unternehmer nicht verprellen, deren Mitwirkung sie zum Wiederaufschwung dringend braucht ... Und so konfrontieren sich hehre soziale Zielvorstellungen mit dem harten

Alltagsrealismus einer Regierungspolitik. Für die Deutschen ist dies längst ein alter Hut, in Frankreich muß man das erst lernen.“ (Quelle)

Wenn der DGB mit einer französischen Regierung zufrieden ist, die mit dem Versprechen sozialer Leistungen und durchgreifen der Reformen die Wahlen gewinnt, wenn der DGB ein französisches „Beschäftigungsprogramm“ durch Verstaatlichung, Investitionshilfen und Inflation gut findet, dann haben französische Arbeiter sich nicht über die ausbleibenden Vorteile für sie enttäuscht zu zeigen, dann haben sie nicht einmal auf Einhaltung der Versprechungen zu dringen, sondern sich dem „Realismus“ der Regierung gemäß ihre Alltagsorgen abzuschminken.

3. Unsere Interessen in der „Dritten Welt“

Obgleich deutsche Gewerkschafter redlich darum bemüht sind, den traditionellen Schein zu wahren und – wie es sich für die „Erben der Arbeiterbewegung“ gehört – immer etwas für die Erniedrigten und Beleidigten verlauten zu lassen, gerät ihnen jede Stellungnahme zur „Dritten Welt“ zum weltpolitischen Zynismus. Aus dem ganz einfachen Grund, weil sie die *Subjekte* des Elends und der Gewalt längst zu ihren vertrauten Partnern erkoren haben – sie also weder nennen noch anklagen wollen. Im Gefolge deutscher Politiker, die sich für die Versorgung ihrer nationalen Wirtschaft mit billigen Rohstoffen aus der Dritten Welt zuständig wissen, die daher mit der Lieferung von Waffen und internationaler Unterstützung von brauchbaren Diktatoren und Menschenschlächtern für die Erhaltung der „politischen Stabilität“ dort eintreten und die billige Verwaltung des dadurch geschaffenen Elends und Massensterbens als selbstverständlichste Aufgabe wahrnehmen, entdecken Gewerkschafter in solchen Ländern viel Unerfreuliches. Über Not und Gewalt berichten sie allerdings so, als wären die bekannten Zustände ganz unabhängig von der „Einbeziehung“ dieser Erdgegenden in die „Weltwirtschaft“ vorgefunden worden. Getreulich plappert jeder Gewerkschaftsfunktionär die offiziellen Phrasen von der „Unterentwicklung“ nach, die ein Willy Brandt verkündet, so als ob nicht die Durchsetzung „unserer“ freiheitlichen Interessen erst die brutalen Formen von Ausbeutung und Herrschaft geschaffen hätte, an denen

die Tugend der Mildtätigkeit sich hierzulande so gerne erbaut. Nie fällt der Schatten eines Vorwurfs auf unsere guten demokratischen Politiker, die schließlich mit all diesen Herren Diktatoren diplomatisch verkehren und ihnen jede Unterstützung bei ihren nützlichen Diensten für „unsere Interessen“ zukommen lassen. Da bekommen die verschiedenen Menschenschlächter wohl dosiert nach dem jeweiligen Stand deutscher Beziehungen zu ihnen manchen Vorwurf der Grausamkeit, des undemokratischen Treibens und der „Unfähigkeit“ (!) zu einer ordentlichen Herrschaft zu hören – und bestenfalls folgt daraus die Mahnung an unsere Politiker, ihnen nicht zu oft die Hand zu schütteln und sich für die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter stark zu machen. An die Forderung nach Aufkündigung der „Zusammenarbeit“ denkt ein Verantwortlicher des DGB nicht einmal im Traum – und Druck auf die bekannten Regimes würde nach offizieller Lesart nur den Unterdrückten schaden! Daß deutsche Politik an den Zuständen dort unten bestenfalls soweit beteiligt ist, daß sie mehr Entwicklungshilfe an die richtigen Adressen geben könnte, ist für die Fans internationaler Verantwortung für den „Aufbau einer gerechten Weltordnung“ ausgemachte Sache; die verheerenden Wirkungen imperialistischer Politik beschwören sie als angeblich drohende Gefahr für uns, und beim munteren Waffenexport geben sie zu bedenken, daß man das eigene Sicherheitsbedürfnis nicht außer acht lassen dürfe:

„Es sollte sich niemand wundern, wenn die Lieferanten von Rüstungsgütern eines Tages in die Mündungen ihrer eigenen Waffen blicken müssen. (Rede zum 4. DGB-Kongreß)

Deutsche Unternehmer in Südafrika und Lateinamerika sind qua Nationalität Vorkämpfer des Fortschritts: VW und Bosch und Siemens „schaffen Arbeitsplätze“, die die Zerstörung des Lebens im größeren Teil des Landes rechtfertigen. Neger müssen sich „entwickeln“, deutsche Arbeiter sind angesichts von deren Elend zur Zufriedenheit verpflichtet. Kurz: Diese Regierungsvertreter in Fragen der Außenpolitik beherrschen alle Winkelzüge des politischen Opportunismus in der Beurteilung, was sich für diese Staaten in bezug auf unsere Erwartungen an sie gehört, und wie man dafür mit ihnen umgeht. Auch das Spektakel um die „zu unrecht verfolgten Gewerk-

schaftskollegen“ hat seine genau kalkulierten Grenzen an der Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Das nennt sich dann Einsatz für Demokratie:

„daß wir z. B. in Brasilien mit seinem Prozeß der demokratischen Öffnung“ (so will man das nun nennen!) „immer sehr maßvoll reagiert haben. Wir haben dies wohlüberlegt im Hinblick auf neue Chancen der Demokratie getan.“ (Loderer, Metall 18/80)

So entschuldigt ein Gewerkschaftsnationalist heute ein seinem Staat nützlichem Militärregime!

4. Solidarität mit Polen

Kaum waren sich die westlichen Regierungen einig, daß die Arbeiterunruhen in Polen, die Versorgungsschwierigkeiten und die Militärregierung zum Anlaß genommen werden, Polen mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen zu erpressen und laufend diplomatisch, politisch und ökonomisch Druck zu machen, um den Ostblock nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, da hat auch der DGB den Feind der Entspannung erkannt:

„Der Ausnahmezustand in Polen erschüttert aber auch die Hoffnungen auf mehr Frieden und Entspannung, wie sie der DGB-Friedensappell ausdrückt.“ (Solidaritätsaufruf des DGB)

Bei den befreundeten Diktatoren fällt einem deutschen Gewerkschafter nicht ein, daß, wie und warum sie unterstützt werden. Bei den erklärten Feinden des Westens aber heißt gewerkschaftliche Solidarität die Forderung nach beständiger Einmischung in den Ostblock und zwar im Interesse deutscher Politik. Mit den polnischen Arbeitern hat das nur insoweit zu tun, daß sie von den Arbeitervertretern des westlichen Frontstaats daraufhin begutachtet werden, wieweit sie in das weltpolitische Konzept passen. Der Westen will die Entspannung aufgeben, und das wird vom DGB ganz in den Worten der Bundesregierung ausgedrückt: Die Polen machen „uns“ die Entspannung schwer! Den Politikern des DGB ist nicht entgangen, daß die Zeit der Entspannung die ökonomische Abhängigkeit des Ostens von westlichen Geschäften hergestellt hat, mit deren Einstellung Polen und andere Länder drüben jetzt geschädigt werden; daß die Zeit der „friedlichen Koexistenz“ zum Ausbau des gan-

zen Waffenarsenals genutzt worden ist, mit dessen forciertem Ausbau die Sowjetunion vor die Alternative Krieg oder Kapitulation gestellt wird; sie wissen auch, daß die Aufkündigung der Entspannung längst beschlossene und durchgesetzte Sache des westlichen Staatenbündnisses ist. Sie machen sich zum Sprecher der Regierungspolitik, die mit den Idealen einer längst aufgegebenen Linie gegen Osten verkauft wird. Deutschland würde ja gerne weiterhin den Ostblock wirtschaftlich ausnutzen und aufweichen. aber der Osten läßt das nicht mehr einfach zu, meint auch die Gewerkschaft. Also plädiert sie mit Berufung auf ihre kritische Distanz zu den USA für eine ordentlich deutsche Zuständigkeit im Osten. „Gewährenlassen“ wäre bei „unserem“ Einfluß verkehrt:

„Die Nichteinmischung als Prinzip darf nicht zum Vorwand für das Gewährenlassen einer jeden Großmacht in ‚ihrem‘ Herrschaftsbereich werden. So, wie der amerikanische Imperialismus in Vietnam, Honduras, Guatemala und El Salvador zu verurteilen ist, bleibt festzustellen, daß Sowjet-Kommunismus und Sowjet-Imperialismus millimeternah beieinander liegen.“ (Gewerkschafter 1/82)

Loderer & Co. denken also ganz in den Bahnen der Blockpolitik zwischen Groß-, Mittel- und Kleinmächten. Dazu gehört einerseits die Beteuerung der eigenen Selbständigkeit gegenüber den USA, weil man ihr bester Juniorpartner ist:

„Die BRD ist und bleibt Mitglied der NATO. Doch das kann nicht bedeuten, in Nibelungen-Treue jede Wendung der amerikanischen Politik mitzumachen, bis zur Preisgabe des eigenen Standpunkts.“ (Hensche)

Zum anderen aber gehört dazu vor allem die beständige Aufforderung nach drüben, gefälligst auf die politischen Anforderungen des Westens an den Ostblock einzugehen:

„Die Beendigung der Intervention in Afghanistan wäre ein hervorragendes sowjetisches Zeichen der Vertrauensbildung. Ebenso fordern wir von Moskau die uneingeschränkte Respektierung der nationalen Souveränität Polens und aller Staaten.“ (Loderer)

Sowenig der DGB sich in die Freiheit der USA einmischen will und beispielsweise im Vietnamkrieg Päckchen an die Vietnamesen oder jetzt an die Guerilleros in Lateinamerika schickt, damit sie sich gegen ihre Regierung und die amerikanische Einmischung wehren, so selbstverständlich ist ihm eine theoretische und prakti-

sche Einmischung in Polen. In aller gewerkschaftlichen Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern verkündet er *seine* Anforderungen an eine ordentliche polnische Politik. Erstens soll die Regierung mal für einen soliden Aufschwung der maroden Wirtschaft sorgen – ohne Rücksicht auf Verluste und frühere Versprechungen an die verwöhnten Arbeiter:

„Das (polnische) Regime hat sich an der Preisfront in einen Teufelskreis hineinmanövriert, aus dem kein Ausweg in Sicht scheint. Um die Wirtschaft zu sanieren, wäre es unbedingt nötig, die künstlich niedrig gehaltenen Preise für Grundnahrungsmittel und andere wichtige Waren den steigenden Produktionskosten entsprechend anzuheben. Aber wie erklärt man's den Arbeitern, die von den Medien jahrelang mit triumphalistischen Meldungen gefüttert wurden.“ (Metall 18/80)

So sieht „unternehmerische Preisdiziplin“ für drüben aus! Was die „marode Wirtschaftssituation“ mit den polnischen Billigexporten von Gänsen und Kohle in westdeutsche Lande zu tun hat, wird natürlich vornehm verschwiegen. Zweitens wird an die Adresse der aufständischen Arbeiter die eindringliche Mahnung gerichtet, gefälligst die „Vernunft“ des DGB aufzubringen und zwar im Interesse der BRD, für die der DGB schließlich nicht „voreilig nach Boykott rufen“ will:

„Zu fragen ist, ob auch die Regierung immer die hinreichende Bereitschaft zum Kompromiß mitbringt. Die ist sicher auch deswegen besonders notwendig, damit nicht diejenigen Kreise in der ‚Solidarität‘ gestärkt werden, die sich eine schärfere Gangart wünschen ... Wir können nur hoffen, daß sich weiterhin jene Kräfte in der ‚Solidarität‘ durchsetzen, die die geographischen und weltpolitischen Grenzen für solche Veränderungen klar erkennen.“ (Quelle 10/81)

Drittens und vor allem aber weiß der DGB, daß der Boykott längst westliche Politik ist, und macht sich für praktische Solidarität stark, die diese Linie unterstützt: Keine Wirtschaftshilfe für Polen von offizieller Seite mehr, dafür aber Opfer aus dem Geldbeutel guter deutscher Arbeiterstaatsbürger, an die richtigen Adressen in Polen:

„Der DGB erklärt erneut seine Bereitschaft, den polnischen Arbeitnehmern bei der Überwindung der Versorgungskrise zu helfen. Dazu aber ist es unerlässlich, daß der DGB auch weiterhin mit ihren gewählten Vertretern zusammenarbeiten kann.“ (Quelle 1/82) „Solange noch eine Hoffnung besteht, daß die Machthaber in diesem Lande die Verhältnisse nicht wieder auf Null zurückdrehen, solange sollten wir es nicht an Hilfsbereitschaft fehlen lassen.“ (Metall 1/82)

Lauter Freiheitspäckchen garantiert in die Hände kirchlicher und anderer Verteiler, damit das Volk gegen seine Regierung mobil gehalten wird; und das nur solange, wie diese Hilfe garantiert nicht durch die Hände der Regierung geht: Das ist der gute Zweck des „gemeinnützigen Vereins ‚Solidarität für Polen. Deutscher Gewerkschaftsbund“! Auf der anderen Seite wird jedem dieser solidarischen Opfer deutscher Gewerkschaftsmitglieder für die westlichen Kreditboykotte die politische Botschaft mitgegeben, die Vetter & Co. auf ihren Reden zum „Polentag“ unisono mit dessen Initiatoren Reagan und Schmidt verkündet haben: Für freie Gewerkschaften, den Dialog mit der Kirche und Menschenrechte, also für einen polnischen Staat, der im Ostblock nach westlichem Muster organisiert ist. Das nützt dem polnischen und dem deutschen Arbeitsmann!

5. Deutsche Friedenspolitik

Im Namen der Betroffenen, die für Frieden und Krieg einzustehen haben, fühlt sich ihre Vertretung aufgerufen, die „Friedenspolitik der Bundesregierung“ bedingungslos zu unterstützen – gegen alle, die innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik darunter etwas anderes verstehen. Dafür wird zunächst und vor allem – im Namen einer ganz und gar unkritischen „Nibelungentreue“ mit den Bündnisabsichten und -vorbehalten der eigenen Regierung – der Feind identifiziert, gegen den der Friede mit Gewalt aufrechterhalten werden muß: die *Sowjetunion*, „die glaubt, revolutionäre Veränderungen in ihrem Sinne in die Welt tragen zu müssen, während sie jede Freiheit in ihrer eigenen Hemisphäre mit Drohungen oder gar mit militärischen Interventionen beantwortet.“

Dieses „Regierungskommunique“ sieht bewußt über das Elend und die Gewalt hinweg, die das souveräne Wirken kapitalistischer Staaten ganz ohne „revolutionäre Veränderungen“ auf dem Globus erzeugt und erhält. Die Sowjetunion gefährdet die Herrschaft westlicher Freiheit und Konkurrenz durch ihren Block, also ergibt sich Zufriedenheit mit ihr auch nur dann, wenn sie sich als Hindernis dieser weltweiten Freiheitsordnung selbst aus dem Weg räumt. Diese Ordnung hält der DGB getreu westlicher Sprachregelung für „den Frieden“; er möchte sie offensiv *verteidigt* sehen, und deshalb sind Waffen hier auch nicht dasselbe wie Waffen drü-

ben. Allen Kritikern westlicher Raketen hält die Gewerkschaft deshalb ein ums andere Mal die Aufforderung entgegen, gefälligst die Waffen der anderen Seite aufs Korn zu nehmen:

„Wer Pershing II sagt, der muß auch SS 20 sagen.“ –

wobei das „auch“ die nötige Heuchelei ist. Auf seinem eigenen Gebiet zeigt ein deutscher Gewerkschaftsführer, wie schnörkellos Friedenspolitik geht. Er stellt an die Gewerkschaften im Osten die Forderung, die Seite zu wechseln – denn denen drüben ist ihr Nationalismus nicht zuzugestehen, und die Retourkutsche: „Wer SS 20 sagt, muß auch Pershing sagen!“ mag ein deutscher Gewerkschafter sich gar nicht bieten lassen:

„Ich rufe auch die sogenannten Gewerkschaften Osteuropas auf, endlich einmal zu zeigen, daß sie in ihren Ländern etwas zu sagen haben. Die Auseinandersetzung mit der Rüstungsproblematik im Westen können sie uns getrost überlassen. Wir alle hätten mehr davon, wenn sie der Rüstungspolitik ihrer Regierung auch einmal den Spiegel der Kritik vorhielten.“

Ein schöner Unterschied: eine freiwillige Staatsgewerkschaft, die an der von deutschen Politikern mit getragenen Aufrüstung gegen Osten nur eine „Problematik“ entdeckt, entlarvt eine östliche Staatsgewerkschaft als unfrei, weil sie nicht die eigene Regierung mit dem westlichen Vorwurf überschüttet, sie treibe aggressive „Rüstungspolitik“.

Auf der anderen Seite wird jede Aufrüstungsmaßnahme im „eigenen“ Bündnis mit Kommentaren begleitet, die sie als Ausdruck der Sehnsucht friedliebender, weil arbeitswilliger und folgsamer Deutscher interpretiert. Daß Genschers Ausflüge in die ganze Welt dem Frieden dienen, beweist schon die Existenz unserer Gewerkschaft, bei der die menschlichen Werte der Politik aufgehoben sind. Den Inhalt dieser Werte, Frieden, Freiheit, Demokratie bekommen ihre Mitglieder täglich zu spüren; die Gewerkschaftsführer aber kleiden diese Freiheit ihrer Regierung auf dem Feld imperialistischer Konfrontation mit dem Osten in die schönen Ideale, die gerade offiziell gefragt sind:

„Die Gewerkschaftsbewegung ist zutiefst eine Friedensbewegung. Sie hat sich stets entschieden für die Zielsetzung eines dauernden Völkerfriedens eingesetzt.“

Kleine Ausnahmen in den Zeiten vor „Ausbruch“ eines Krieges bestätigen wohl die Regel, zumal sich die Parteinahme für einen

kräftigen nationalen Frieden samt gehöriger Verteidigung immer auch so vorbringen läßt: Den armen Politikern falle es so schwer, ihn zu sichern, der „Kriegsgefahr“ entgegenzuwirken. DGBler beherrschen das Friedensgerede auf ihre Tour:

„Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt.“

Für alles, was Gewerkschaftler an Schönem in die saubere Welt imperialistischer Freiheit hinein phantasieren, soll der Frieden zuständig sein. Am Krieg gemessen, den Gewerkschaftler fein säuberlich dem schönen Frieden gegenüberstellen, wird freilich aus der täglichen Ausbeutung, aus der täglichen Gewalt, aus den Kriegsvorbereitungen der Politiker eine glückliche Idylle, die darin ihren Vorzug hat, daß sie den DGB und sein „Wirken“ ermöglicht. Die Sehnsucht, daß unser Staat erhalten bleibt, soll ausgerechnet dann aufkommen, wenn dieser von Fall zu Fall Leib und Leben seiner Bürger unmittelbar für sich einfordert und zur Verteidigung von Freiheit, sozialem Fortschritt usw. das Arbeitsvolk zur Kasse bittet und unbedingten Gehorsam verlangt.

Auf der anderen Seite beherrschen Deutschlands Gewerkschafter deswegen auch die Kunst, sich als das *schlechte Gewissen* der nationalen Friedens- und Kriegsvorbereitung aufzuführen. In dem Bewußtsein, daß die NATO-Aufrüstungsprogramme unwiderruflich beschlossene Sache sind, wirft der DGB im Namen deutscher Eigenständigkeit die Frage auf, ob die „Nachrüstung“ denn wirklich so unumgänglich sei. Nach erfolgter Zustimmung zum „Sparprogramm“ der Regierung lamentiert er über die Kosten der Rüstung. Die kalkulierten Fortschritte im Ausbau der weltweiten, westlichen und westdeutschen Waffenarsenale deutet er im Sinne der offiziellen Staatsideologie als „Spirale“, mit deren „Drehungen“ die Politiker kaum noch fertig würden – die friedliebenden deutschen vor allem deswegen nicht, weil sie sich einem entsprechenden Ansinnen ihrer amerikanischen Kollegen schlecht widersetzen könnten. Der Westen fordert die Sowjetunion ultimativ zum Abbau ihrer Mittelstreckenraketen auf, zu einem Stück Selbstentwaffnung, das für die NATO nie in Frage käme und von dem jeder westliche Politiker auch weiß, daß es für die östlichen Militärpolitiker genauso unvollziehbar ist; in den

anschließenden „Rüstungskontrollverhandlungen“ wird der Zweck dieses Ultimatums eindeutig klargestellt: Der Westen will seinen Feind nach Belieben *besiegen* können, weil er nur so den Frieden für sicher hält; – die deutsche Gewerkschaft feiert das Stattfinden von Verhandlungen ungerührt als Erfolg bundesdeutscher Vorstöße und wünscht mehr davon. Sie will ganz offenkundig gar nichts tun, um die ziemlich lebensgefährlichen Geltungsansprüche bundesdeutscher Macht zu unterbinden und gegen die Freiheiten westlicher Weltpolitik einzuschreiten: Jedes Bedenken gegen die bundesdeutsche NATO-Linie nimmt sie als Gewissensfrage auf, gemahnt die Politiker an *ihre* „Verantwortlichkeit“ – und stellt damit *gegen* jegliche Opposition klar, bei wem die Verantwortung für die weltpolitischen Affären, bis zur Entscheidung über Krieg und Frieden und über die Vorbereitung des „Ernstfalls“, liegt und zu bleiben hat. Auf keinen Fall will sie die demokratischen Führer der Nation „in die Pflicht nehmen“, sondern gewissenhaft an ihre „Pflicht“ erinnern – und so dem Volk seine aktuellen Pflichten nahebringen, vor allem die, ohne Wenn und Aber für eine nationale Friedenspolitik einzustehen, die von der freiwilligen Staatsgewerkschaft einer Gewissensprüfung unterzogen worden und für nicht besser machbar befunden worden ist. Abschließend, ohne einen Finger zur Opposition gerührt zu haben, erzählen Gewerkschaftsführer, was ihnen lieber *wäre* als alle militärtechnischen und strategischen Fortschritte der NATO.

„Die einzige Aufrüstung, die Gewerkschaften anerkennen können, ist die soziale Aufrüstung. Sichere Arbeitsplätze, wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind die besten Garanten gegen alle Feinde des Friedens und der Freiheit – hier und überall auf der Welt.“ (Vetter auf dem 4. DGB-Kongreß)

Kaum nimmt der Gewerkschaftsvorsitzende das Wort „Frieden“ in den Mund, schon fällt ihm ein, daß der ein weltweites Aufrüstungsprogramm für die Auseinandersetzung mit den Feinden der Freiheit ist. Und daß er die regierungsamtlich sieht, steht außer Frage. Also verschließt sich ein deutscher Gewerkschaftsvorsitzender auch nicht dem staatlich eingerichteten Garanten gegen diesen Feind. Vielmehr macht die Gewerkschaft selber „Friedenspolitik“ – gegen die Friedensbewegung und für die Bundeswehr.

6. Gewerkschaft und Bundeswehr: Kriegs- und Arbeitsdienst

Kaum nämlich ist das Thema Frieden, also die politische Aufkündigung seiner Selbstverständlichkeit, auf die Tagesordnung gesetzt, schon entdeckt die Gewerkschaft auch den *inneren Feind*, und zwar in den eigenen Reihen. Für die kritische Gewerkschaftsjugend und andere Mitglieder hat sie nichts mehr übrig, wenn sie Appelle unterschreiben, die von den Politikern andere Maßnahmen als die beschlossene deutsche Friedenspolitik gegen Osten fordern. Da sei die deutsche Einheitsgewerkschaft davor, daß irgendwelche Zweifel an deutscher Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft aufkommen. Solche Leute werden daran erinnert, daß innergewerkschaftliche Demokratie eine Pflicht ist:

„Es widerspricht demokratischem Selbstverständnis, wenn die durch Mehrheitsbeschlüsse festgelegten gewerkschaftlichen Positionen von einzelnen durch Willenskundgebungen auf fremden Unterschriftenlisten mit Betonung auf ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit unterlaufen werden.“ (Aktuellster Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB)

Da wittert der unabhängige deutsche Gewerkschaftsbund vaterlandslose Agenten eines Feindes:

„Die Gewerkschaften bestimmen ihre Ziele und den Weg dorthin selbst in Unabhängigkeit von den Interessen anderer Mächte und gegenüber denen, die, mit wessen Hilfe auch immer, auf das Gebiet der Bundesrepublik einwirken und sich dabei des Potentials der Gewerkschaften bedienen möchten.“

Welche Macht das ist, die da die deutsche Einheitsfront aufweichen möchte, ist keine Frage: Der, gegen dessen Raketen man zu protestieren hat, wenn man sich an die eigene Regierung wendet:

„Jeder, der nur eine Reduzierung des Rüstungspotentials auf der einen Seite fordert, ist unehrlich und unrealistisch. Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen.“

Der regierungstreue Realismus, die parteiliche Ehrlichkeit des DGB hat einen eigenen, gewerkschaftsamtlichen Friedensaufruf nach sich gezogen, damit die Gewerkschaft die Spalter in den eigenen Reihen entlarven und der Nation ihre Geschlossenheit demonstrieren kann. Ein Gewerkschaftsführer, der sich gegen „ein labiles Europa mit unkalkulierbaren Risiken wehrt, der duldet keine „Einäugigkeit“ in Sachen Vaterlandsverteidigung, der tritt vielmehr ganz einseitig für

die unabwiesbaren Gewaltpotentiale ein, die der eigene Staat für seine Zwecke braucht. Der fordert als Gewerkschafter von seinem Volk auch ein bedingungsloses Ja zum tödlichen Staatsdienst. Der veröffentlicht deshalb auch zur Verteidigung unserer Volksarmee ein Kommunique über „Bundeswehr und Gewerkschaften“, in dem Arbeitsdienst- und Soldatendienstvertreter für die nationale Freiheit der Politik sich ihrer jeweiligen Aufgabe versichern. An der Geschlossenheit der inneren und äußeren Frontverteidigung soll aber auch wirklich kein noch so geringer Zweifel aufkommen:

„Bundeswehr und Gewerkschaften haben beide ihren gesicherten Stellenwert in unserer Verfassung. Sie haben – jede auf ihrem Gebiet – eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat. ... Im Gegensatz zu langen Epochen der deutschen Geschichte, in der sich bewaffnete Macht und organisierte Arbeitnehmerschaft feindselig gegenüberstanden betrachten heute Bundeswehr und Gewerkschaften es übereinstimmend als ihre Aufgabe, unseren freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten. ... Frieden muß erst möglich gemacht werden durch Selbstbehauptungswillen und Verteidigungsfähigkeit. ... Als Staatsbürger in Uniform ist der Soldat zugleich integrierter Teil der Gesellschaft. Die allgemeine Wehrpflicht schafft daher einen dauernden lebendigen Austausch zwischen dem Volk und seinen Soldaten.“

Getrennt marschieren und vereint schlagen, heißt die Devise für die beiden tragenden Säulen unserer Demokratie: Gewerkschaft und Militär. Daß die Leidtragenden beidesmal die Arbeiter sind, stört die Verteidiger deutscher Politik keineswegs; im Gegenteil: Daraus leiten sie gerade ihr spezielles *Recht* her, mit den Arbeitern – ihrem „Potential“ – aber auch wirklich wie Politiker umspringen zu dürfen. Sie wollen ganz staatstragende Kraft sein, auch und gerade in bezug auf den staatlichen Einsatz des Arbeitsvolks im Krieg. Deswegen fordern sie für ihre Basis auch eine neue Sorte Mitbestimmung: Sie sollen gefälligst die Bundeswehr verteidigen dürfen, gegen demonstrierende Kritiker des Militärs anlässlich einer öffentlichen Zapfenstreichvereidigung. Und zwar handfest:

„Hat irgend jemand daran gedacht, Arbeiter einzuladen? Ist niemand auf die Idee gekommen, die Werftarbeiter der Weser-AG, der Vulkan-Werft, die Arbeiter von Klöckner oder die Hafendarbeiter mit ihren Kollegen der städtischen Verkehrsbetriebe und der Müllabfuhr einzuladen? War es nur eine Veranstaltung der Bremer Wirtschaft? War es nur eine Veranstaltung der Generäle und Admiräle? Hat niemand daran gedacht, den Bundespräsidenten

in Begleitung von vielen hundert Arbeitnehmern zum Stadion gehen zu lassen? ... Denken Politiker in Erwartung von Störungen durch Unruhestifter und Chaoten nur noch an Polizei? Ist es nicht unsere Demokratie? ... War das Gelöbnis in Bremen nicht geeignet, diesen Beweis zu führen?“ (ÖTV-Kommentar zur Störung eines Rekruten-Gelöbnisses in Bremen)

Das ist die Verteidigung des Arbeiterinteresses des Interesses nach einer starken und gebührend gefeierten Gewaltmaschinerie, der sich das Volk zu treuem Einsatz bis in den Tod verpflichten darf. Für sich selber aber haben die Gewerkschaftsoberen die Rechtfertigung dieser Aufgabe vorgesehen. Als ob das arbeitende Volk nicht schon von den Politikern als Manövriermasse für Geschält und Gewalt ausreichend bedient wäre, führen sich auch noch Arbeitervertreter wie Politiker auf. Als echte Abgesandte des Volkes, das ja wirklich für alles geradestehen muß, reisen sie wie der Kanzler in der Welt herum und unterbreiten den Mächtigen den deutschen Standpunkt in Sachen Krieg und Frieden – dem Osten drohend, dem Westen unterwürfig:

„DGB: Wir tun was für den Frieden! Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sprach am 5. Oktober 1981 mit dem Staatspräsidenten Frankreichs – Mitterrand – in Paris, 12. Oktober 1981 mit dem Generalsekretär des ZK und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR – Breschnew – in Moskau, im November 1981 ist ein Gespräch mit dem Präsidenten der USA –Reagan – in Washington vorgesehen.

Wir sprechen über den Rüstungsstopp in Ost und West mit denen, auf die es ankommt ...“

Auf *wen* kommt es an, ihr Arbeitervertreter?